Nr. 42 ♦ 44. Jahrg.

Ausgabe A Nr. 22

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig, zulässig zwei fettgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Mittwoch, den 26. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Feilschen um Worte.

Das Bürgerblockprogramm soll heute 11 Uhr vormittags fertig sein.

Amtlich wird um 11½ Uhr abends gemeldet:

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden vom Reichskanzler während des ganzen Dienstags fortgesetzt. Zu diesem Zweck empfing er vormittags die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, die über ihre gestrigen Fraktionsberatungen Bericht erstatteten. Um 4 Uhr nachmittags besprach er sich mit den Führern der Demokratischen Partei, den Abgeordneten Koch, Erkelenz und Dietrich. Nach einem weiteren Empfang des Abgeordneten Leicht von der Bayerischen Volkspartei fand in den Abendstunden eine erneute eingehende Aussprache mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei unter Beteiligung der Reichsminister Dr. Stresemann und Brauns statt, die am Mittwoch ihre Fortsetzung finden soll. Für Mittwoch vormittag ist ein Vortrag des Reichskanzlers über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen bei dem Herrn Reichspräsidenten vorgesehen.

*

Ueber die einzelnen Verhandlungen verbreitet ein parlamentarisches Nachrichtenbureau folgenden offiziösen Bericht:

Die vom Reichskanzler Dr. Marx für ein Regierungsprogramm ausgearbeiteten Richtlinien wurden im Laufe des gestrigen Nachmittags den für die neue Koalition in Betracht kommenden Fraktionen unterbreitet, die ihrerseits endgültige Stellung dazu zu nehmen haben. Die endgültige Fassung soll dann am Mittwoch vormittag um 11 Uhr den Demokraten vorgelegt werden. Die demokratische Reichstagsfraktion vertagte daher ihre für Dienstag abend angesetzte Fraktionssitzung auf Mittwoch vormittag 11 Uhr. Die Fraktion wird ihre endgültige Stellungnahme zur Regierungsbildung von der Fassung dieser Richtlinien abhängig machen. Soweit man aus demokratischen Kreisen hört, dürfte kaum Aussicht sein, daß die demokratische Fraktion sich aktiv an der neuen Regierung beteiligt.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftl. Vereinigung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Fraktionssitzung mit der Frage der Regierungsumbildung und nahm den Bericht ihrer Mitglieder Drewitz und Alpers über die Verhandlungen mit Dr. Marx entgegen. Die Fraktion hält an dem bisher eingenommenen Standpunkt fest, daß sie die Beteiligung an einer Regierung ablehnen müsse. Sie will dem Kabinett der bürgerlichen Parteien mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen und es unterstützen, solange die Regierung den Forderungen des Mittelstandes Rechnung trägt.

Die deutschnationale Fraktion setzte gestern eine besondere Fachkommission ein, die aus den Abgeordneten Schiele, Behrens, Lambach, Leopold und v. Goldacker gebildet wurde und den Auftrag hatte, über die Formulierung des sozialpolitischen Regierungsprogramms zu verhandeln. In eingehender Aussprache dieser Kommission mit den geschäftsführenden Ministern Brauns und Dr. Curtius wurde eine volle Einigung über die Formulierung der sozialpolitischen Programmsätze erzielt.

Gestern abend fand eine Besprechung beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann statt, in der die Fragen der auswärtigen Politik erörtert wurden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Dienstag abend keine Sitzung ab; sie versammelt sich erst wieder am Mittwoch vormittag.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist zu einer neuen Sitzung auf heute nachmittag 2 Uhr berufen worden. Voraussichtlich wird in dieser Sitzung festgesetzt werden können, wann die Regierungserklärung des neuen Kabinetts vor dem Reichstag abgegeben werden kann.

*

Ob das offiziöse Versprechen, daß heute 11 Uhr vormittags das neue Regierungsprogramm fertig sein werde, gehalten werden kann, ist noch fraglich. Gestern früh hieß es, am Abend werde alles fertig sein, nun ist die Frist abermals verlängert worden. Offenbar versuchen die Deutschnationalen, gewissen Formulierungen auszuweichen, von denen sie fürchten, daß sie den Zorn der „Deutschen Zeitung" erregen könnten, aber niemand glaubt, daß sie um einiger Worte willen, die vielleicht für den Augenblick etwas unbequem sind, die Beute fahren lassen werden, deren Geruch sie schon in der Nase haben. Im Notfall werden sie sich eben an Friedrich Wilhelm IV. erinnern, der im Jahre 1848 die neuen Volksrechte beschwören sollte mit den Worten: „Ich gelobe, daß ich das ehrlich halten werde," während der Berliner Volksmund versicherte, der König habe gesagt: „Ick jloobe, daß ich das schwerlich halten werde."

Im Reichstag wurde z. B. erzählt, die Deutschnationalen hätten statt des Schutzes der republikanischen Verfassung ihre „organische Fortentwicklung" gefordert. Auch in den Fragen der Außenpolitik sollen sie um andere Formulierungen bemüht sein. Schließlich werden sie, daran zweifelt kaum noch jemand, den „Richtlinien" so oder so ihren Segen geben.

Die „Richtlinien" sind, wohlgemerkt, etwas anderes als das „Manifest des Zentrums". Und das Regierungsprogramm" wird wieder etwas anderes sein als die „Richtlinien". Die „Germania" fordert, daß die „Richtlinien" veröffentlicht werden sollen. Schön, dann wird in der Entwicklungsgeschichte des Bürgerblockprogramms auch dieses Zwischenglied festgehalten sein.

Wir legen weder den „Richtlinien" noch dem „Regierungsprogramm" übertriebene Bedeutung bei. Mag darin stehen, was will, die Deutschnationalen bleiben, die sie sind, und der Besitzbürgerblock bleibt, der er ist. Worte können an seinem Charakter nichts ändern. Und ebensowenig könnte sich an ihm etwas ändern, wenn der Demokrat Reinhold, wie behauptet wird, Lust verspüren sollte, auch in der neuen Regierung weiter den Finanzminister zu spielen.

Nach dem Bürgerblock kommt die Abrechnung, kommen die nächsten Wahlen. Darum Vorhang auf! Laßt die Komödie beginnen!

Das Zentrum ist verschnupft.

Eine Erklärung zu den Gerüchten über Konkordatverhandlungen.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums teilt mit:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm in ihrer gestrigen Sitzung weitere Berichte über den Verlauf der Verhandlungen um die Regierungsbildung entgegen. Dabei fand die durch gewisse Gerüchtmeldungen in namhaften volksparteilichen Blättern geschaffene Sachlage besondere Beachtung. Die Deutsche Volkspartei hat sich den aussichtsreichen Möglichkeiten einer Wiederaufrichtung eines Kabinetts der Mitte widersetzt und auf den Versuch der Mehrheitsbildung mit den Deutschnationalen hingedrängt. Im Augenblick, da der Beauftragte des Herrn Reichspräsidenten, der Zentrumsmann Dr. Marx, auf Grund des Manifestes seiner Fraktion Verhandlungen aufgenommen hat, schicken sich volksparteiliche Blätter an, die sachlichen politischen Ziele des Zentrums durch leere Kombinationen in ein völlig falsches Licht zu rücken, um diese zu diskreditieren und eine gemeinsame Abwehrfront des Liberalismus gegen eine „angeblich dem deutschen Geistesleben drohende Gefahr" zu begründen. Das Ungewöhnliche dieses Vorganges ist offensichtlich. Demgegenüber sieht sich die Reichstagsfraktion des Zentrums veranlaßt zu nachstehend formulierter Stellungnahme:

Mit Staunen und Entrüstung nimmt die Zentrumsfraktion Kenntnis von den geflissentlichen Ausstreuungen volksparteilicher Blätter über kulturpolitische Vorverhandlungen und Abmachungen des Zentrums mit deutschnationalen Kreisen. Solche jeder Grundlage entbehrenden Ausstreuungen sind aber geeignet, die politische Atmosphäre zu vergiften und die laufenden Verhandlungen zwecks Bildung einer Regierung auf das Ernsteste zu stören. Die Zentrumsfraktion muß die Verantwortung für die möglichen Folgen eines solchen Vorgehens den Urhebern dieser durchsichtigen Kombinationen überlassen. Die Beweggründe zu ihrem politischen Verhalten hat die Zentrumsfraktion in ihrem Manifest offen dargelegt. Sie hat dem nichts hinzuzufügen."

Die Deutschnationalen höhnen.

Das Zentrum macht sich weidlich über die Volkspartei lustig, die immer nach dem Bürgerblock gerufen hat und nun Angst bekommt, da er wirklich kommt. Zugleich aber gießt die deutschnationale Presse im Reich — in Berlin ist man vorsichtiger — volle Schalen des Hohns über die ausgefallenen Häupter des Zentrums aus. So die „München-Augsburger Abendzeitung":

Nicht oft wird eine Partei gezwungen, das Steuer von einem Tag auf den andern gänzlich herumzuwerfen. Das Zentrum ist heute in dieser Lage. **Wie hat die Zentrumspresse, wie haben Zentrumsführer vom Schlage des Dr. Wirth über die Rechtskoalition geschimpft!** Wie haben sie immer und immer wieder versucht, die heute in Deutschland einzig mögliche Mehrheitsbildung als „Besitzbürgerblock" verächtlich zu machen. **Und soll Marx diesen Block bilden, soll Marx Kanzler einer so schimpflichen Regierung werden?** Auch unsere Zeit, in der ja rasche Gesinnungsänderungen nicht ganz ungewöhnlich sind, in der man sich immerhin noch erinnert, wie viele am 8. November 1918 als Monarchisten zu Bett gegangen sind, um am 9. November 1918 als Republikaner aufzuwachen — auch unsere Zeit hat ein Gefühl für die Peinlichkeit der Lage, in der das Zentrum sich heute befindet. Wenn die Partei des Herrn Marx auch gewiß nicht ohne eigene Schuld in diese fatale Situation geraten ist, so wäre die Oeffentlichkeit doch bereit gewesen, darüber schweigend hinwegzugehen, zumal im Himmel mehr Freude herrscht über einen Sünder, der Buße tut, denn über 99 Gerechte.

Und nun folgt eine herablassende Abkanzlung Josefs und seiner Brüder, die von den Deutschnationalen Bekenntnisse fordern, was natürlich rundweg abgelehnt wird.

Es geht wirklich recht polternd zu auf diesem Polterabend vor der Bürgerblockhochzeit.

Triumph der Bureaukratie.

Die Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung.

Neben den Fragen des materiellen Versicherungsrechts in der kommenden Arbeitslosenversicherung ist von besonderer Bedeutung der Träger dieser Versicherung. Von einer sozial befriedigenden Lösung dieser Aufgabe wird es mit abhängen, ob die Arbeiter und Angestellten das nötige Vertrauen zu diesem Versicherungsträger haben können.

Der Regierungsentwurf erfüllt nicht das in der Reichsverfassung vorgesehene Recht jedes Arbeitslosen auf ausreichenden Schutz; er mißachtet in der gleichen Weise den Artikel 161 der Reichsverfassung, der dem Reich die Pflicht auferlegt, ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten zu schaffen. Was für das Ganze gilt, muß auch für seine Teile gelten. Die Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung muß deshalb den Versicherten einen maßgebenden Einfluß einräumen. So will es wenigstens die Reichsverfassung. Der Regierungsentwurf läßt das vollständig unberücksichtigt.

Es ist ein schlechter Witz, wenn dennoch der Sachbearbeiter des Reichsarbeitsministeriums, Geheimrat Weigert, im Reichsarbeitsblatt erklärt, daß in der Organisation die Selbstverwaltung der Beteiligten in den Vordergrund treten muß und die behördliche Mitwirkung sich auf die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen in der Versicherung zu beschränken hat. Diese behördliche Mitwirkung ist in Wirklichkeit von ausschlaggebender Bedeutung. Man braucht sich den Regierungsentwurf daraufhin nur näher anzusehen.

Träger der Arbeitslosenversicherung sollen die Landesarbeitslosenkassen werden, deren Bezirke sich mit den Bezirken der Landesämter für Arbeitsvermittlung decken sollen. Diese Landesämter sind keine sozialpolitischen Selbstverwaltungskörper, wie beispielsweise die Krankenkassen, sondern Teile der allgemeinen Staats- oder Provinzialverwaltung. Die Folge davon ist, daß bei der engen Verbindung zwischen Arbeitslosenkassen und Landesämtern keine wirkliche Selbstverwaltung, sondern eine Staatsverwaltung herauskommt, gemildert durch eine paritätische Besetzung der Organe der Landesarbeitslosenkassen: Ausschuß und Vorstand. Aber auch hier sorgt eine raffinierte Konstruktion dafür, daß die Bäume der Selbstverwaltung nicht in den Himmel wachsen: Alle Macht dem Vorsitzenden!

Es ist sicher mehr als ein neckischer Zufall, daß dieser Vorsitzende gleich drei Aemter in einer Person als Vorsitzender vereinigt: Ausschuß, Vorstand und Landesamt. Die Organe der Landesarbeitslosenkassen brauchen ihn auch gar nicht erst zu wählen, sie bekommen ihn fix und fertig durch Gesetz geliefert. Auch sonst besteht nicht die Gefahr, daß die Versicherten einen entscheidenden Einfluß auf diesen wichtigen Posten ausüben können. Die Dreieinigkeit schützt den Vorsitzenden davor. Er wird, in seiner ursprünglichen Eigenschaft als Vorsitzender des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, nach Anhörung des Verwaltungsausschusses von der obersten Landesbehörde bestellt. Die Selbstverwaltung hat damit noch keineswegs ihre höchste Stufe erklommen. Ein solcher Vorsitzender ist durchaus geeignet, die nötige Umsicht bei der Bildung des Vorstandes der Landesarbeitslosenkasse zu entfalten. Und so bestellt der Herr Vorsitzende die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für den Vorstand.

Mißtrauen, sagt man, sei eine demokratische Tugend. Sie ist auch dann zu üben, wenn der Vorsitzende von der obersten Landesbehörde bestellt wird. Man kann nicht wissen. Die „Selbstverwaltung" in der Arbeitslosenversicherung reift ihrer Vollendung entgegen. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichneten Stellen sind berechtigt, Beauftragte zu den Landesarbeitslosenkassen zu entsenden. Der Beauftragte kann an den Sitzungen der Organe und Spruchkammern mit beratender Stimme teilnehmen; er kann sogar gegen Entscheidungen der Spruchkammer Beschwerde mit aufschiebender Wirkung an den Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes einlegen.

Wer noch nicht gewußt hat, was Selbstverwaltung ist, der findet in diesem Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung reiche Belehrung darüber, wie sie nicht aussieht. Es ist unmöglich, keine Satire zu schreiben. Die Verwaltungsbureaukratie allmächtig, obwohl die Finanzierung der Versicherung ausschließlich aus Beiträgen erfolgen soll.

Der Regierungsentwurf läßt das entscheidende Problem ungelöst, weil man nicht sehen will, in wie engem Zusammenhang es mit der unzulänglichen Selbstverwaltung in unserem Arbeitsnachweiswesen steht. Zwar ist es eine Binsenwahrheit, daß die Arbeitsvermittlung das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Nur werden die Konsequenzen nicht daraus gezogen. **Die ganze Organisation des Versicherungsträgers und eine wirkliche Selbstver-**

waltung lassen sich vollkommen durchführen, wenn von den bestehenden Arbeitsnachweisämtern ausgegangen wird. Es kommt darauf an, sie aus der allgemeinen Staats- und Kommunalverwaltung loszulösen, sie zu wirklichen sozialpolitischen Selbstverwaltungskörpern zu machen. Sind sie erst einmal das, dann wird endlich die Möglichkeit bestehen, sie den eigenen Bedürfnissen entsprechend einheitlich zu organisieren, und dann kann auch die Selbstverwaltung sich voll entfalten. Im anderen Falle bleiben die Selbstverwaltungsorgane eine mehr dekorative Einrichtung.

Die zur vollen Selbständigkeit ausgebauten Arbeitsnachweisämter sind also die Voraussetzung einer wirklichen Selbstverwaltung. Dazu gehört auch das Selbstbestimmungsrecht bei der Einstellung, Bezahlung und Ausbildung des Personals. Deshalb kann auch keine Rede davon sein, daß den Beamten der Landesarbeitslosenkassen die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten übertragen werden dürfen. Das ist bereits jetzt unvereinbar mit einem wichtigen Grundgedanken des Arbeitsnachweisgesetzes.

So ergibt sich, daß bei der Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung die Arbeitsnachweisämter zu wirklichen sozialpolitischen Selbstverwaltungskörpern auszubauen sind, denen dann die Durchführung der Arbeitslosenversicherung neben ihren anderen Aufgaben obliegt.

Deutschnationale Sozialpolitik.

Tagung deutschnationaler Industrieller.

Unter Vorsitz Hugenbergs haben sich am Dienstag deutschnationale Industrielle ein Stelldichein gegeben, bei dem sie sich hauptsächlich mit den sozialpolitischen Fragen beschäftigten, die jetzt und in nächster Zukunft den Reichstag passieren sollen.

Der frühere Rechtsanwalt und jetzige Bergwerksdirektor Dr. Rademacher suchte die Unternehmer über das Arbeitsschutzgesetz und die Arbeitslosenversicherung zu informieren. An dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ist für ihn das Bemerkenswerteste, daß die bisherigen Lasten zumindest in einer Höhe von einer halben bis einer Milliarde Mark von der Oeffentlichen Hand auf die Unternehmer und die Arbeiter abgewälzt werden. Mit dem dreiprozentigen Beitrag, der zunächst als ein zeitweiliger angesehen wurde, müsse man als einer Dauereinrichtung rechnen. Was die Organisation der Arbeitslosenversicherung anlangt, so will Rademacher eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung von den politisierten Gemeinden anstreben. Den „sehr heftigen Vorstoß der Gewerkschaften zugunsten des Achtstundentages führt Rademacher zurück auf das allgemeine Bedürfnis der freien Gewerkschaften, Unruhe zu stiften" (!), daneben auf den „auch vom Arbeitsministerium vertretenen Gedanken, daß der Arbeitnehmer an der Besserung der Wirtschaftslage in Form einer Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen beteiligt sein müsse". Die Betonung der Arbeiterforderungen auch innerhalb der eigenen Partei macht diesem Bergwerksdirektor einige Sorgen. Er sieht mit Befremden, daß die Arbeitnehmer sich nicht mehr nur als deutschnationales Stimmvieh behandeln lassen wollen. Besonders erblickt er als Grund für den bisherigen Linkskurs des Zentrums die Tatsache, daß **„der Arbeitnehmerflügel des Zentrums seine berufsständische Gebundenheit zur reinen Arbeitnehmerpartei der Sozialdemokratie stärker empfinde, als seine allgemeine politische und kulturelle Gebundenheit an das Zentrumsprogramm"**. Um einer ähnlichen Entwicklung in der Deutschnationalen Partei vorzubeugen, redete Rademacher den deutschnationalen Industriellen gut zu, in ihrer Partei den Ausgleich der bestehenden berufsständischen Gegensätze zu suchen, und zwar „Schulter an Schulter mit der nichtsozialistischen Arbeiterschaft". Zwar sei dadurch eine starke Selbstbescheidung des Unternehmertums auf vielen Gebieten bedingt, aber sie sei eine „vaterländische und staatspolitische Pflicht"!

Außer Rademacher sprach noch der Unternehmersyndikus Dr. Reichardt über die Weltwirtschaftskonferenz behandelte. Er schloß seine Darlegungen mit der pessimistischen Erklärung, die deutschen Vertreter der Weltwirtschaftskonferenz müßten sich stets bewußt bleiben, daß sie in Genf nur sehr wenige Freunde der deutschen Wirtschaft finden würden.

Bestrafte völkische Verleumder.

Ein zusammengebrochener Eideshelfer.

Ein außerordentlich interessanter Verleumdungsprozeß spielte sich gestern, Dienstag, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ab. Angeklagt waren der Redakteur des „Deutschen Tageblatts" Dr. Lippert und der Grazer Schriftsteller Dr. Kurt Rudolf. Der erstere ist wiederholt wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz und Beleidigung vorbestraft. In der völkischen Zeitschrift „Der Hakenkreuzler" hatte Rudolf unter der Ueberschrift „Der fromme Hirtsiefer und die Wiener Mädels, alkoholische Studien des preußischen Wohlfahrtsministers" einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, der preußische Wohlfahrtsminister habe auf einer Reise nach Wien im Oktober 1925 auf Staatskosten die Wiener Halbwelt studiert und sei damals „sternhagelbesoffen" mit der Polizei in Konflikt geraten. Das „Deutsche Tageblatt", für das Lippert verantwortlich zeichnet, hat ähnliche Ausführungen unter der Ueberschrift „Hirtsiefer und die Freudenmädchen" gemacht und sich dabei auf Mitteilungen bezogen, die der völkische Abgeordnete Gieseler im Landtag vorgebracht hatte. Hirtsiefers Abwehr war als Verteidigungsstammel bezeichnet worden. Der Prozeß endete mit einer verhältnismäßig milden Bestrafung des Dr. Lippert zu 2000 M. Geldstrafe. Der abwesende Angeklagte Dr. Rudolf wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Verhandlung hatte der Begleiter Hirtsiefers auf der Reise, Ministerialdirektor Peters, ausgesagt, daß die verleumderischen Angaben Lipperts Unruhe in der Beamtenschaft und in der Familie Hirtsiefers hervorgerufen haben. Der Minister selbst erklärte, daß an den Vorwürfen kein Wort wahr sei. Die völkischen Verleumder beriefen sich auf eine eidesstattliche Erklärung des Wiener völkischen Professors Otte, der tatsächlich in dieser schriftlichen Aussage sich die Verleumdungen gegen den Minister zu eigen gemacht hat. Nun ist aber inzwischen der Professor Otte in Wien verhört worden. Aus dem Protokoll über diese eidliche Vernehmung, das zur Verlesung gebracht wurde, ergaben sich eigenartige Ausblicke auf die Kampfmethoden der völkischen Verleumder. Professor Otte rückte nämlich in seiner eidlichen Vernehmung von seiner eidesstattlichen Erklärung auf das Schärfste ab, sagte aus, er sei von dem Abgeordneten Gieseler im Oktober 1925 um die eidesstattliche Erklärung bestürmt worden und habe dann schließlich aus Gutmütigkeit „für interne Zwecke einen moralisch bedingten Gefälligkeitswechsel" ausgestellt. Der völkische Held stellt die ganze Sache so dar, als sei er von seinen deutschen Freunden moralisch vergewaltigt und erpreßt worden. Gieseler habe insofern eine große Täuschung begangen, als er den Gefälligkeitswechsel einer eidesstattlichen Versicherung als bares Geld in Zahlung genommen habe! Ein solcher Akt von moralischer Nötigung sei Otte in seinem Leben noch nicht vorgekommen.

Die Ausflüchte, die natürlich das ganze Lügengebäude der Verleumder zum Zusammenbruch brachten, erinnern peinlich an eine „moralische Vergewaltigung", die ein bayerischer Ministerpräsident bei dem Hitler-Putsch erlitten haben will. Mit ihrer Auffassung vom Eide sind auch andere Völkische — man erinnere sich nur an Ehrhardt — schon recht weitherzig umgegangen. Im vorliegenden Falle sind diese im völkischen Lager offensichtlich weit verbreiteten Auffassungen einem Publizisten schlecht bekommen, was einem Führer der völkischen Bewegung geziemt, ist eben einem kleinen Redakteur noch längst nicht erlaubt.

Lippert ist übrigens von seinem Blatte aus anderen Gründen fristlos entlassen worden.

Um die Reform des Ehescheidungsrechts.

Volksparteiliche Anregungen.

Die außerordentlich brennende Frage einer Reform des Ehescheidungsrechts, für die die Sozialdemokratische Partei wiederholt einschneidende Forderungen erhoben hatte, wurde gestern im Rechtsausschuß des Reichstags behandelt. Großes Aufsehen erregte eine ausführliche Rede des volksparteilichen Abgeordneten und Rechtssachverständigen Prof. Kahl, der im einzelnen die Gründe für die Zerrüttung von Ehen darlegte und zeigte, wie zwischen dem Ehescheidungsrecht und dem Leben eine große Lücke klafft. Die Ausfüllung dieser Lücke sei notwendig aus zwei Gründen: einmal deswegen, weil sonst die Selbsthilfe durch Inszenierung gefälschter Ehescheidungsgründe, wie Ehebruch oder böswilliges Verlassen, zum andern aber, weil der Richter oft weiß, daß ihm die Unwahrheit vorgetragen wird, was den Gang der Verhandlung und die Urteilsfällung nachteilig beeinflußt. Eine Aenderung müsse eintreten. Kahl schlug dazu vor, den Ehescheidungsparagraphen derart zu ergänzen, daß auch dann auf Scheidung geklagt werden kann, wenn ohne nachweisbares Verschulden eines Eheteils die eheliche Gemeinschaft schwer zerrüttet wird, und wenn ferner die Ehegatten mindestens ein Jahr vor dem Scheidungsantrag getrennt gelebt haben. Die Scheidung soll erst dann ausgesprochen werden, wenn die Ehegatten dem Gericht einen rechtsgültigen Vertrag vorgelegt haben, in welchem die gegenseitige Unterhaltspflicht, die Zuteilung und Erziehung der Kinder geregelt ist.

Gegenüber diesen Anregungen, die bei den anwesenden, dem Zentrum und der Deutschnationalen Partei angehörigen weiblichen Reichstagsmitgliedern auf scharfen Widerstand stießen, vertrat Frau Dr. Stegmann (Soz.) den sozialdemokratischen Antrag, bat aber Dr. Kahl, seine Anregungen zu formulieren. Die Stellungnahme Prof. Kahls, der aus rechtlichen Gründen in einen Gegensatz zu seinen Koalitionsfreunden geraten ist, läßt interessante Auseinandersetzungen über das Ehescheidungsproblem erwarten.

Die Besetzung der Diplomatenposten.

Sozialdemokratische Vorschläge zur Umgestaltung des auswärtigen Dienstes.

Die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes, die den Ausschuß für den Reichshaushalt in seiner Dienstagsitzung beschäftigte, kam über die — zu einem erheblichen Teil vertrauliche — allgemeine Aussprache nicht hinaus. Die Berichterstatter Dr. Hötzsch (Dnat.) und Dietrich (Dem.) begrüßten es, daß die Einnahmen wieder um 1 Million Mark zurückgegangen seien, da sie in der Hauptsache aus Paßgebühren bestehen. Es sei erfreulich, daß Deutschland, was Europa betreffe, den Bestand an Konsulaten vor dem Kriege wieder erreicht habe; dagegen sei dies in den übrigen Erdteilen noch keineswegs der Fall. Ohne genaue Kenntnis der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der anderen Länder sei unter den heutigen Verhältnissen keine gute Außenpolitik zu treiben.

Auf die Ausführungen der Referenten antwortete der Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Die politische Vertretung dürfe im Auswärtigen Amt gegenüber der wirtschaftlichen nicht zurücktreten. Auf der anderen Seite hätten wir mit manchen Ländern hauptsächlich wirtschaftliche Fragen zu verhandeln, und die Gesandten in diesen Ländern müßten mit richtigen Augen auch unsere wirtschaftlichen Interessen beobachten. In der Frage der Wahlkonsuln neige er persönlich der Meinung zu, daß sie in manchen Ländern nicht zu entbehren seien.

Genosse Dr. Breitscheid ist der Ansicht, daß wirtschaftliche Fragen für die deutsche Außenpolitik gegenüber den rein politischen Fragen immer mehr in den Vordergrund rücken, so daß eine starke Berücksichtigung dieser wirtschaftlichen Fragen durchaus zu begrüßen ist. Die Zeit der Botschafter sei bis zu einem gewissen Grad vorüber, jetzt komme die Zeit der Konsuln. Auch der Gedanke der Sozialattachés sei durchaus erwägenswert. Bedenklich sei es aber, wenn bei der Auswahl des Diplomatennachwuchses auf die Vermögensverhältnisse der Kandidaten Rücksicht genommen werden müsse. Es müsse alles getan werden, um eine solche Rücksichtnahme unnötig zu machen. Nach seiner Kenntnis meldeten sich auch so wenige Bürgerliche zur diplomatischen Kariere, weil sie der Ueberzeugung seien, in dieser Karriere kaum Chancen zu haben. Zum Schluß regte Genosse Breitscheid an, eine jährliche Zusammenstellung der Verträge und ausgetauschten diplomatischen Noten herauszubringen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt diese Anregung des Genossen Dr. Breitscheid für sehr beachtlich. Durch derartige zusammenfassende Publikationen werde die politische Arbeit unbedingt erleichtert.

Kurzer Prozeß.

Von Hans Bauer.

Dieser Barmat ist doch wirklich ein grundschlechter Kerl und scheint überhaupt nicht zu wissen, auf was es eigentlich ankommt. Jetzt bildet er sich wohl gar ein, daß all dieses Detailzeug seiner Kreditgesuche und Kontoüberziehungen, seines Verhältnisses zu Dr. Hellwig und der Höhe des Betrages, den die Staatsbank an ihm zusetzt, von irgendwelchem Interesse für die Rechtskreise sei. Du lieber Gott, Leute, die faule Geschäfte machen und bei denen der Staat draufzahlt, haben die Nationalisten in ihren eigenen Reihen genug, dazu brauchen sie diesen Barmat nicht. Aber die Sozialdemokratie sollte er ja doch schließlich erledigen helfen! Schon lange lagen die vollsetten, die riesigen Ueberschriftenlettern in den Setzereien bereit — aber sie konnten bislang noch nicht recht verwertet werden. Der Barmat-Prozeß drohte ein langwieriger Prozeß zu werden, einer mit viel wirtschaftstechnischem Ballast und mit viel farblosen Geschäftsknissen, die nur der Fachmann recht bewerten kann. Die dicken Sachen, die man erwarten zu können ein sittliches Recht zu haben glaubte, scheinen nicht in Erfüllung zu gehen. Es wird noch so werden, daß eine politische Aktion ersten Ranges in jenem Sande verläuft, den man seinen Propagandaopfern in die Augen zu streuen gedachte. Neun Monate soll der Prozeß dauern, aber da das nicht solche der Sensation zu werden scheinen, hat man rechts an dieser Zeitdauer keine rechte Freude mehr.

Der „Arminius", ein frischweg polterndes Nationalistenzeitschriftchen, hat die ganze Verlorenheit der Situation erfaßt, bringt für den Prozeß nicht das mindeste Interesse mehr auf und packt das Problem von einer völlig anderen Seite an. Um was geht es denn bei den Verhandlungen in Moabit? Nun, um Recht und Unrecht. Um die Verletzung von Gesetzesparagraphen und um das Ausmaß dieser Verletzung. Auch eine Wichtigkeit! denkt da der „Arminius", Sorgen, was die Richter haben! Und aus dem Geiste seiner völkisch-sittlichen Erneuerungsgedanken heraus wirft er die Frage nach dem Kostenpunkt der Rechtsergründung auf, gelangt zu dem Resultat, daß der Landtag für die Barmat-Untersuchungen bislang schon 70 000 M. ausgegeben hat, daß der Prozeß, der jetzt laufe, abermals beträchtliche Summen verschlinge und daß im Gegensatz dazu eine Gewehrkugel inklusive der sonstigen für Hinrichtungen aufzuwendenden Spesen höchstens 10 M. koste. „Was ist da billiger?" fragt der „Arminius". Die Hinrichtung natürlich! rufen wir begeistert aus. Die Beweisführung des „Arminius" ist zwingend und lückenlos. Es läßt sich nichts einwenden gegen sie. Sie stimmt aufs Haar. Allerdings muß der „Arminius" bekennen, daß seine Idee nicht ganz originell ist, daß er vielmehr bei seiner verblüffenden Gedankenführung sich an das Vorbild angelehnt habe, das Tschangsolin gab, als er zehn chinesische Bankiers totschießen ließ. Aber schließlich kommt es ja nicht so sehr auf die Neuartigkeit eines Verfahrens als auf dessen Zweckmäßigkeit an und dann: ehrt es nicht einen Völkischen, wenn er bei aller streng arischen Deutschgläubigkeit das Gute sich doch auch vom Mongolen zu holen weiß. Er empfiehlt des gelben Mannes kurzen Prozeß, obwohl dieser nicht etwa gerade chinesische Barmats exekutierte, sondern schlechtweg eine Reihe von Devisenspekulanten, Leute also, die während der Inflationsjahre zu Hunderten in Deutschland herumliefen, die oft hochgeachtete Namen trugen und nicht selten nationalistische Zeitungen aufkauften und Putschorganisationen finanzierten! Gleichgültig, wenn in Aussicht steht, daß ein Gewehr abgeknallt werden kann, pfeift ein rechter Nationalist auf alle Unterschiede der Rasseeigentümlichkeiten, läßt er einen Mongolen seinen Lehrmeister sein, nimmt er in Kauf, daß die Kugel im Prinzip seine eigenen Gesinnungsfreunde trifft. Wie sehr er der verhaßten Republik auch die Pest auf den Leib wünscht: um den Preis der Befriedigung seiner Blutrunst gönnt er ihrem Etat sogar die Ersparnisse der Kugel.

Aber freilich, wenn die „Arminius"-Leute den Finanzen der Republik nicht ein wenig entgegenkämen, woher sollte diese dann auf die Dauer die Pensionen für Putschgeneräle nehmen, für deren Behandlung ja doch wohl keinesfalls jenes nationalistische Prinzip der Sparsamkeitsübung in Anwendung gebracht werden soll?

Der Tod eines großen Sprachgelehrten. Der größte italienische Sprachforscher, Domenico Comparetti, ist im Alter von 92 Jahren in Florenz gestorben. Comparetti, der zuerst als Apotheker sein Brot verdiente, war ein leidenschaftlicher Verehrer der alten Sprachen und ist mehr als ein Menschenalter Professor der griechischen Literatur an der Universität Florenz gewesen. Aber seine Forschungen griffen über die klassische Philologie weit hinaus, so wurde er zuerst berühmt durch sein großes Werk „Virgil im Mittelalter". Eine andere große Tat von ihm war die wissenschaftliche Behandlung des finnischen Nationalepos, des „Kalewala", an dem er die Entstehung eines Kunstepos direkt aus der Volksüberlieferung heraus nachwies. Unter seinen zahlreichen altphilologischen Schriften finden sich Bücher über Pindar und Sappho, zahlreiche Editionen, unter denen besonders die Herausgabe der zu Gortyn auf Kreta gefundenen Inschriften hervorragt. Besonders viel hat er über Herkulanum gearbeitet; er hat auf die systematische Ausgrabung gedrungen, die jetzt beginnen soll.

Preis für Lyrik 1927. Ein Freund lyrischer Dichtung hat in diesem Jahre einen Preis für Lyrik in Höhe von 1500 M. gestiftet. Er beabsichtigt, diesen Preis jährlich auszusetzen. Der Zweck der Stiftung ist, lyrischen Persönlichkeiten zur Geltung zu verhelfen. Einsendungen, die mindestens zehn, höchstens fünfzehn ungedruckte Gedichte enthalten sollen, sind in Maschinenschrift bis zum 15. März an den Schutzverband deutscher Schriftsteller, Berlin W. 57, Bülowstr. 22, mit der Aufschrift „Preis für Lyrik" zu richten. Die Manuskripte sind anonym, nur mit einem Kennwort versehen, einzureichen. Die Bewerber haben in einem Umschlag, der nur auf der Außenseite die Worte „Preis für Lyrik 1927" trägt, das von ihnen gebrauchte Kennwort sowie ihre Adresse an Rechtsanwalt und Notar Dr. Wenzel Goldbaum, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 52, gleichzeitig einzusenden. Der Preis wird unter allen Umständen und ungeteilt am 1. Mai 1927 verteilt. Für die Stiftung zeichnen: Dr. Gottfried Bermann-Fischer, Dr. Ernst Blaß, George Groß, Armin T. Wegner, Max Herrmann-Neiße, Oskar Loerke, Paul Wiegler, Dr. Alfred Wolfenstein.

Im Reiche der ewigen Wunder. Ein sportgerechter Alpenfilm ohne sensationelle Handlung und Verstiegenheiten wurde im Langenbeck-Virchow-Haus zunächst für Mitglieder des Alpenvereins und des Norddeutschen Skiverbandes vorgeführt. Eine Winterbesteigung des Piz Bernina, des höchsten Berges der Ostschweiz, die Rudolf Meyer und Ernst Haberkorn aufgenommen haben, vermittelt den unmittelbaren Eindruck eines prächtigen Winteralpenmilieus und einer tüchtigen alpinen Leistung. Die Reise, der Wintersport in Arosa, St. Moritz und Pontresina, die Besteigung selbst mit ihren Gefahren der Schneebrücken und Gratwanderungen werden eingehend geschildert. Vor allem entzückt die Herrlichkeit der Schneelandschaft und der Ausblicke und nicht minder die sausende Schneeschuhfahrt auch den Nichtalpinisten. Man sollte — mit einigen Kürzungen — diesen unfrisierten Naturfilm auch dem großen Publikum zugänglich machen. r.

Arbeit und Radio. Die Vereinigung der Webereien von Burnley teilt in ihrem Monatsbericht für Januar mit, daß sie beabsichtigt, in allen Betrieben ihrer Mitglieder Anschluß an den Rundfunk und Installation von Lautsprechern durchzuführen. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß es gelingt, das Geräusch der Maschinen so weit zu dämpfen, daß die Darbietungen des Rundfunkprogramms überhaupt gehört werden. Versuche in dieser Richtung sind im Gange und versprechen gute Fortschritte. Es wird darauf verwiesen, daß der Lärm der Webereibetriebe erheblich zu den Ermüdungserscheinungen in der Arbeiterschaft beiträgt, und daß man von der beabsichtigten Reform günstige Wirkungen auf den Arbeitsertrag erwartet.

Munch-Ausstellung in der Nationalgalerie. Die Nationalgalerie bereitet eine Ausstellung von Werken Edvard Munchs vor, für die Ludwig Justi in Oslo die Abreden getroffen hat. Außer den Bildern, die die Munch-Ausstellung in Mannheim enthält, werden besonders die Werke des Künstlers aus der Nationalgalerie in Oslo selbst — seine Hauptwerke —, aus der Galerie in Bergen und aus der Werkstatt Munchs selbst erwartet.

Die „Junge Syne" veranstaltet am Donnerstag 8 Uhr im Grotrian-Steinweg-Saal, Bellevueallee 14, einen Rezitationsabend unter Mitwirkung von Lotte Lorbinger, Max Koninski und Richard Weimar zugunsten des notleidenden Dichters Jakob Haringer.

Eugène Turpin, der Erfinder des Melinit, sowie zahlreicher anderer explosiver Stoffe, ist, wie aus Paris gemeldet wird, im Alter von 79 Jahren gestorben. Turpin war besonders vor dem Kriege sehr populär, trotzdem kam er wegen angeblichen Landesverrats ins Gefängnis.

Briefe Nikolais gefunden. In dem ehemals kaiserlichen Lustschloß Lustschloß Peterhof bei Leningrad ist eine größere Zahl von Briefen des letzten Zaren Nikolai II. aufgefunden worden. Ein ähnlicher Fund wurde bekanntlich erst kürzlich in einem anderen Lustschloß, Gatschina, gemacht. Auch diese Briefe werden vermutlich veröffentlicht werden.

Die Verfolgung der Weißrussen.

Auslieferungsdebatte im Sejm.

Warschau, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.). Im Sejm protestierte der weißrussische Abg. Sobolewski gegen die Verhaftung der fünf weißrussischen Abgeordneten und beantragte deren sofortige Freilassung. Der Sejm-Marschall widersetzte sich diesem Antrag und erklärte, daß der Sejm lediglich eine Nichtauslieferung der Abgeordneten beschließen könne, während das Recht der Intervention wegen Freilassung der verhafteten Abgeordneten nur ihm als Sejm-Marschall zustehe. Er wird jedoch von diesem Rechte nicht Gebrauch machen, da das ihm vom Justizminister übergebene Belastungsmaterial gewichtige Gründe für die Verhaftung der Abgeordneten enthalte. Hierauf führte der Vizeministerpräsident Bartel aus, daß die Auslieferung der fünf Abgeordneten, deren verbrecherische Tätigkeit durch die in seinem Besitz befindlichen Dokumente und Unterlagen hinreichend bewiesen sei, für den Sejm eine traurige Staatsnotwendigkeit darstelle. Die aufgedeckte amtstaatliche Aktion habe ein rasches Vorgehen der Regierung verlangt, so daß die Verhaftung erfolgen mußte. Auch in Zukunft werde die Regierung derartige staatsfeindliche Aktionen mit aller Schärfe bekämpfen. Während dieser Rede machte der kommunistische Abg. Wojewodzki Zwischenrufe, er nannte den Justizminister „Verehrer der Kaiserin Katharina von Rußland", worauf ihn der Sejm-Marschall auf einen Monat von den Sitzungen ausschloß. Darauf wurde der Regierungsantrag auf Auslieferung der fünf Abgeordneten einem Ausschuß überwiesen.

Die fünf Abgeordneten sind zum Protest gegen ihre widerrechtlich erfolgte Verhaftung in den Hungerstreik getreten.

Polnisch-Weißrußland.

Als Pilsudski im Frühjahr 1920 gegen Kiew zog, war sein großer Plan der, die Ukraine und Weißrußland von dem russischen Sowjetstaat loszureißen und als selbständige, an Polen angelehnte Staaten zu konstituieren. Der polnisch-russische Krieg endete aber ohne besonderen Erfolg. Die im **Frieden von Riga** festgesetzte Ostgrenze bringt das deutlich zum Ausdruck: Polen bekam von Weißrußland und der Ukraine je ein Stück, während der größere Teil beider Gebiete Sowjetrußland im Verband der Sowjetunion blieb. Wie stark auch die Alliierten die Zweckmäßigkeit einer solchen Zerreißung einheitlicher Gebiete anzweifelten, geht daraus hervor, daß sie mit ihrem Beschluß vom 15. März 1923 über die polnische Ostgrenze, deren Festsetzung ihnen nach Artikel 87 des Versailler Vertrages zustand, die Grenze des Rigoer Vertrages zwar anerkannten, aber den Zusatz machten: „Unter der Verantwortlichkeit der vertragschließenden Parteien", d. h. Polens und Sowjetrußlands.

Polen hat sich durch diese Grenze Millionen nichtpolnischer Menschen einverleibt, die einschließlich Ostgaliziens wenigstens 5 Millionen Ukrainer und 1,5 bis 2 Millionen Weißrussen zu beziffern sind; die Juden sollen hier außer Betracht bleiben. Die Weißrussen siedeln geschlossen im nordöstlichen Teil Polens bis in den Wilnaer Korridor hinein. Jenseits der Grenze sind auf der russischen Seite 4 bis 5 Millionen Weißrussen. Hauptstadt und Mittelpunkt der weißrussischen Sowjetrepublik ist **Minsk**.

Der weißrussische Stamm steht noch auf sehr primitiver Kulturstufe. Aber hier wie bei so vielen Stämmen des Ostens ist

das nationale Bewußtsein und die Forderung nach einem nationalen Eigenleben im Wachsen.

Die Polen versuchen durch einen brutalen und geistlosen Verwaltungsapparat hier zu polonisieren. Außer den Schikanen der Beamtenwillkür ist wie im ukrainischen Gebiet Polens noch ein besonders krasser sozialer Gegensatz zwischen einer sehr dünnen polnischen Oberschicht, dem Großgrundbesitz und dem weißrussischen Bauer zu verzeichnen. So fordert Polen die friedliche und schwerfällige Bevölkerung heraus und stärkt die national-weißrussischen Tendenzen. Da aber die Weißrussen immer mehr zu der Ueberzeugung kamen, daß im Rahmen des polnischen Staates ihre nationalkulturellen Forderungen nicht befriedigt werden würden, bekam die weißrussisch-nationale Bewegung immer mehr eine Wendung gegen den polnischen Staat, und die geschickte bolschewistische Nationalitätenpolitik führte schließlich dazu, daß in Polnisch-Weißrußland der Gedanke der Vereinigung mit der weißrussischen Sowjetrepublik als die nächstliegende Möglichkeit der Befreiung von dem polnischen Joch immer mehr an Boden gewann. So erklärt sich im polnischen Weißrußland die Verknüpfung nationaler und kommunistischer Ideen.

Für die polnischen Behörden war es natürlich das Bequemste, diese Bewegung als rein kommunistisch zu brandmarken, und unter dieser Flagge sind ja auch die jüngsten Massenverhaftungen von Weißrussen erfolgt. In Wirklichkeit handelt es sich in erster Linie um eine nationale Bewegung, die gerade

durch die verderbliche polnische minderheitenfeindliche Innenpolitik erst in das kommunistische Fahrwasser getrieben

worden ist. Daß Polen so dem Bolschewismus selbst in die Hände arbeitet und welche Gefahren es sich selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion heraufbeschwört, ist klar. Auch das Regime Pilsudski hat hier einen Wandel nicht geschaffen.

Englands indisches Chinaheer.

Heftiger Protest der Inderpresse gegen die Truppensendung nach China.

Bombay, 25. Januar. (WTB.) **Die nationalistischen Zeitungen Indiens wenden sich scharf gegen den Transport indischer Truppen nach China. „Bombay Chronicle" und andere Blätter geben ihrer Sympathie für die chinesischen Nationalisten und die Kantonregierung „in ihrem Kampf zur Befreiung ihres Landes von der Fremdherrschaft" Ausdruck. Die in Kalkutta erscheinende Zeitung „Pateika" begrüßt eine Erklärung des Arbeitsausschusses des Nationalkongresses, die sich gleichfalls gegen die Verwendung indischer Truppen in China ausspricht.**

Britischer Kriegsmob jubelt.

London, 25. Januar. (WTB.) In Portsmouth wurden heute ein Bataillon Marinetruppen, die für China bestimmt sind, sowie mehrere Flugzeuge an Bord des Transportschiffes Minnesota eingeschifft. Bei der Einschiffung der Truppen kam es laut Reuter zu begeisterten Kundgebungen der Menge. Die fünf anderen Transportschiffe für das Chinaexpeditionskorps werden voraussichtlich am Freitag zur Einschiffung der Truppen bereitstehen.

China verhandlungsbereit.

London, 25. Januar. (TU.) Der Kantoner Außenminister Tschen veröffentlicht eine weitere Erklärung, in der die Bereitwilligkeit Chinas zu Verhandlungen mit den fremden Mächten, besonders mit Großbritannien, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung betont wird.

Hollands Kolonialsorgen.

Truppenverstärkung auf Java.

Batavia, 25. Januar. (WTB.) Die in Vorbereitung befindliche Vermehrung der Bestände des holländischen Kolonialheeres auf Java wird in einer Vermehrung der bisherigen sechs Kompagnien Polizeitruppen um weitere zwei Kompagnien sowie in einer Auffüllung der Bestände der sechs Infanterieregimenter auf volle etatsmäßige Stärke bestehen. — Der Generalgouverneur hat drei vom Gerichtshof in Benkoelen gegen Aufständische von Sumatra erlassene Todesurteile in lebenslängliche Gefängnisstrafen umgewandelt.

Das Recht der Mutter und des Kindes.

Der Reichstag verlangt eine Denkschrift – ein Gesetz ist den Bürgerlichen nicht eilig.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages beantragte vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Crispien (Soz.) die Beratung des vom Zentrum, von der Volkspartei und den Deutschnationalen eingebrachten Gesetzentwurfes zur Aenderung des Gesetzes über die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen von der Tagesordnung wieder abzusetzen. Der größte Teil der Abgeordneten habe den Bericht des Ausschusses erst heute erhalten, die geschäftsordnungsmäßige Frist von einem Tage sei also nicht innegehalten worden. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird diese Feststellung vom Präsidenten Löbe bestätigt, die Beratung der beiden Gesetzentwürfe kann also erst heute erfolgen.

Abg. **Drewitz** (Wirtsch. Vg.) beantragt, einen von seiner Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch, der an erster Stelle der Tagesordnung steht, an den Ausschuß zurückzuverweisen, da der Vertreter der Fraktion dort keine Gelegenheit zur Begründung gehabt habe.

Abg. **Simon**-Franken (Soz.) stellt fest, daß der Vertreter der Wirtschaftspartei bei der Beratung der Vorlage im Ausschuß nicht zugegen gewesen sei, trotzdem sie vorher bekanntgegeben worden war. Der Antrag Drewitz wird abgelehnt, das Haus tritt in die Beratung dieser Vorlage ein. Nach kurzer Begründung durch den Abg. Drewitz wird nach einem Beschluß des Ausschusses der Gesetzentwurf abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gewerbeordnung, wonach für das Wach- und Schließgewerbe die Erlaubnispflicht eingeführt werden soll. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn der Nachsuchende die erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt oder die nötigen Mittel nicht nachzuweisen vermag. Personen, die den Betrieb des Wach- und Schließgewerbes schon früher begonnen haben, kann die Ausübung dieses Gewerbes untersagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf den Gewerbebetrieb dartun.

Abg. **Rädel** (Komm.) beantragt die Einführung einer Bestimmung, wonach die Wach- und Schließgesellschaften verpflichtet sind, ihr Personal nur durch Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise zu beziehen. Der kommunistische Antrag wird mit 94 gegen 165 Stimmen abgelehnt, die Vorlage wird hierauf angenommen.

Die Notwendigkeit des Mutterschutzes.

Das Haus nimmt hierauf den Bericht des bevölkerungspolitischen Ausschusses über einen kommunistischen Antrag betr. den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze für Mutter und Kind entgegen. Der Ausschuß beantragt zwei Entschließungen, wonach die Regierung eine Denkschrift über den Stand des Mutterschutzes und der vorhandenen Einrichtungen der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege vorlegen solle, ferner die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die notwendigen Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind auf eine gesicherte Rechtsgrundlage stellt.

Abg. Frau Nemitz (Soz.):

Die Versicherungsträger haben sich bisher schon außerordentlich große Verdienste um die Fürsorge für Mutter und Kind erworben, es handele sich aber hier um eine allgemeine bevölkerungspolitische Frage, für deren Lösung das Reich zu sorgen habe. Die soziale Versicherung hat im Jahre 1925 eine fürsorgende Tätigkeit in zwei Drittel aller Geburtenfälle ausgeübt; aller voran gehen dabei die Krankenkassen, bei der Leistung in Entbindungs- und Aufenthaltskosten von Wochengeldern für die Versicherten und für die Familienmitglieder und an Stillgeldern. Vorbildliches haben auf diesem Gebiet die Berliner Ortskrankenkassen in ihren Ambulatorien geschaffen. Hier erhalten die Schwangeren nicht nur Rat, sondern auch Hilfe. Aber auch den werdenden Müttern, die außerhalb des Kreises der Versicherten stehen, muß mehr als bisher geholfen werden. Die Beratungsstellen, in denen die Schwangeren in überfüllten Räumen oft lange warten müssen, sind zu Behandlungsstätten zu erweitern. Auch nach der Einführung der Familienversicherung ist ein weitergehender Schutz für Mutter und Kind notwendig, denn die Sterblichkeit unter den Säuglingen ist noch außerordentlich groß.

Eine große Anzahl von Müttern stirbt noch immer nach der Geburt.

Wenn sie vor ihrer Niederkunft nicht allein Beratung, sondern auch Hilfe gefunden hätten, dann hätte in vielen Fällen ihr Leben erhalten werden können. Wir brauchen aber auch einen größeren Säuglingsschutz. Aus dem vom preußischen Wohlfahrtsminister im Landtag erstatteten Bericht haben wir zwar erfahren, daß die Säuglingssterblichkeit in Preußen in den Jahren 1918 bis 1925 zurückgegangen sei, aber daraus darf nicht geschlossen werden, als ob sich die gesundheitlichen Zustände, besonders auf dem Gebiete der Säuglingspflege, wesentlich gebessert hätten. In der Säuglingssterblichkeit steht Preußen noch immer an neunter Stelle unter allen Staaten,

in anderen Ländern, wie England und Holland, ist die Säuglingssterblichkeit nur halb so gering wie in Deutschland.

Daraus ergibt sich, daß wir auch bei uns einen besseren Schutz für Mutter und Kind schaffen müßten. Wir müssen für Einrichtungen sorgen, daß auch solche Mütter, die keine eigene Wohnung haben, das Recht erlangen, mit ihren Kindern zusammen zu bleiben. Das gilt besonders für die ledigen Mütter, denen jetzt die Kinder nur recht schnell fortgenommen werden. Man hat kein Recht, um die Zukunft unseres Nachwuchses besorgt zu sein, solange nicht Einrichtungen geschaffen sind, die allen werdenden Müttern Schutz gewähren. Wir behalten uns vor, unsere dahingehenden Forderungen eingehend zu vertreten, wenn die von der Regierung verlangte Denkschrift und der Gesetzentwurf zum Schutze von Mutter und Kind vorliegt. Wir sprechen aber die Erwartung aus, daß sich die Regierung damit nicht allzuviel Zeit läßt. Man darf die Sorge für Mutter und Kind nicht allein den Versicherungsträgern und den privaten Vereinen überlassen, hier ist ein bevölkerungspolitisches Problem, das das Reich zu lösen hat. Wir wollen, daß das werdende Leben, das die Mutter unter dem Herzen trägt, erhalten bleibt und für die Gesellschaft nutzbar gemacht wird. Wenn der Gesetzentwurf, den der Reichstag von der Regierung verlangt, vorliegt, dann wird die Sozialdemokratie daran mitarbeiten, daß er so ausgestaltet wird, daß er einen wirklichen Mutter- und Kinderschutz bringt. (Lebhafter Beifall bei der Soz.)

Frau Abg. **Arendsee** (Komm.) erklärt, daß normale Geburten im Proletariat heute zu den Seltenheiten gehören. Aus diesem Grunde, der physischen Schwäche der proletarischen Frauen ist die hohe Zahl der Abtreibungen zu erklären. Die Rednerin fordert obligatorische Schwangerenfürsorge. Die bestehende Anarchie auf dem Gebiete der Gesundheitspflege muß beseitigt werden. Wenn gerade von bürgerlichen Kreisen von der Heiligkeit der Mutterschaft gesprochen wird, so gibt es die fürchterlichste Illustration dafür, am Beispiel der schwangeren Frauen in den Betrieben. Das Material, das vom Deutschen Textilarbeiterverband dem Reichstag zugegangen ist, gibt für diese grausamen Tatsachen eine beredte Sprache.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) weist darauf hin, daß die Volkszählung eine nicht geahnte Verschiebung der Zahlenverhältnisse zwischen den beiden Geschlechtern gezeigt habe. Die Zahl der ehelosen Frauen sei in dauerndem Zunehmen begriffen. Für den Staat erwachsen daraus besondere Aufgaben gegenüber Mutter und Kind. Wer eine Erstarkung und Kräftigung Deutschlands wolle, müsse an der Wurzel, beim Kinde, anfangen.

Abg. Frau **Neuhaus** (Z.) stimmt dem Ausschußantrag zu und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung ihm in kürzester Frist Folge leiste.

Abg. Frau **Agnes** (Soz.) weist noch einmal auf die ungeheure Bedeutung der Frage des Schutzes der Schwangeren hin. Gerade über diesen Punkt ist der bevölkerungspolitische Ausschuß zur Tagesordnung übergegangen, trotz der furchtbaren materiellen Not, unter der in der jetzigen Zeit gerade ein großer Teil der Schwangeren zu leiden hat. Die Rednerin begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die Paragraphen 10 bis 12 des Gesetzentwurfs, für die der Ausschuß Uebergang zur Tagesordnung empfohlen hat, zur sachlichen Beratung an den bevölkerungspolitischen Ausschuß zurückverwiesen werden sollen.

Abg. Frau **Matz** (D. Vp.) wendet sich unter großer Unruhe der Linken gegen die zweite Entschließung des Ausschusses, der die Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Schutze von Mutter und Kind verlangt.

Bei der Abstimmung wird nur die Entschließung des Ausschusses angenommen, die die Vorlage einer Denkschrift fordert. Die Vorlage eines Gesetzentwurfs wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Ueber Bahnbauten in den Ostgebieten legt der Ausschuß für Ostfragen einen Antrag vor, der die Reichsregierung ersucht, auf die Reichsbahn Einfluß zu nehmen, damit diese an den Bau der Bahnlinie herantrete, die durch die neue Grenzziehung im Osten erforderlich geworden sind.

Abg. **Schulz**-Königsberg (Soz.) weist auf die außerordentlich schlechten Eisenbahnverbindungen in Ostpreußen hin. Durch die Grenzziehung sind ganz unhaltbare Verhältnisse geschaffen worden. Es gibt noch Ortschaften, deren Einwohner 35 Kilometer bis zum nächsten Bahnhof laufen müssen. Auch in der Ausgestaltung des Tarifwesens müßte mehr als bisher auf die besonderen Verhältnisse Ostpreußens Rücksicht genommen werden.

Der Antrag des Ausschusses wird hierauf einstimmig angenommen.

Die Beratungen werden abgebrochen. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Sitzung am Mittwoch nachmittag 3 Uhr entsteht wiederum eine längere Geschäftsordnungsdebatte, und zwar aus Anlaß des von den Rechtsparteien beantragten Gesetzentwurfs zur Aenderung des Gesetzes über die Grundschule. Der Präsident Löbe hat nur die dritte Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf die Tagesordnung gesetzt und will eben die Sitzung schließen, als der Abg. Runkel (D. Vp.) verlangt, daß auch die Vorlage zur Grundschule morgen beraten werde.

Abg. **Dittmann** (Soz.) erhebt dagegen Widerspruch. Im Aeltestenausschuß herrschte Uebereinstimmung darüber, daß während der Pausen des Reichstags Sitzungen der Ausschüsse nicht stattfinden sollten, wenn nicht ganz besonders dringende Fälle vorlägen. Trotzdem hatte der Abg. Mumm eine Sitzung seines Ausschusses einberufen und gegen den Widerspruch der Minderheit die Beratung des Gesetzentwurfes durchgesetzt. **Es scheint, als ob die Deutschnationalen dem Zentrum noch schnell einen Brocken hinwerfen wollen, um es für die Regierungsbildung geneigter zu machen.** Sollte die zweite Beratung heute beschlossen werden, so werden wir gegen die sofortige Vornahme der dritten Beratung Einspruch erheben.

Abg. **Crispien** (Soz.) weist darauf hin, daß sogar die Regierung im Ausschuß darum gebeten habe, diese Frage jetzt nicht zur Verhandlung zu bringen. Es sei bereits eine entsprechende Vorlage in Vorbereitung. Trotzdem hat es Herr Mumm durchgesetzt, daß gegen den Beschluß des Aeltestenausschusses diese Vorlage erledigt worden ist.

Abg. **Könneburg** (Dem.) schließt sich dem Widerspruch an.

Abg. **Rheinländer** (Z.) erklärt für das Zentrum, daß es die Beratung der Vorlage wünsche.

Präsident Löbe stellt fest, daß im Aeltestenausschuß Uebereinstimmung darüber geherrscht habe, daß nur solche Fragen verhandelt werden sollten, über die zwischen den Parteien kein Streit herrsche. Wenn Widerspruch gegen die sofortige Beratung der dritten Vorlage erhoben werde, so könne sie morgen nicht vorgenommen werden.

Die Abstimmung ist zuerst zweifelhaft, das Haus muß ausgezählt werden. Mit 151 gegen 109 Stimmen wird beschlossen, die zweite Beratung des Gesetzentwurfs am Mittwoch vorzunehmen.

Aus dem Barmat-Prozeß.

Bezahlte „Liebesgaben".

Gestern nachmittag wurde im Barmat-Prozeß Dr. Rühe im einzelnen über seinen freundschaftlichen Verkehr mit Barmat befragt. Er sagte dabei aus, daß er einige Male mit Hellwig im Hotel Bristol bei Barmat gewesen sei, wobei dieser meist die Getränke bezahlt habe. Auch an einigen anderen geselligen Zusammenkünften hat er teilgenommen. An Geschenken hat er nur kleinere Dinge, z. B. für seine Frau einen Porzellanteller, ein paar Dessiter Kochein, einmal durch Dr. Hellwig ein Fläschchen Eau de Cologne erhalten. Eine längere Erörterung schließt sich daran, daß aus einem von Klenske geführten Buch hervorgeht, Rühe habe für 180 M. Zigarren erhalten, was dieser bestreitet. In diesem Buch finden sich aber, wie nachher festgestellt wurde, auch Eintragungen über Effektenkäufe; von wem die Zahlungen für diese Käufe geleistet wurden, von Barmat oder von anderer Seite, ließ sich dabei nicht feststellen. Verbucht waren dabei u. a. auch zwanzig Stück Koksanleihe auf den Namen Rühes, von denen Klenske aussagt, daß er das Geld selbst gegen Quittung eingezogen habe. Rühe und Ruge haben ferner auch Chromoaktien gekauft und nach Angaben Rühes dem Verein zur Erziehung verwahrloster Kinder gegeben. Rühe bietet den Beweis dafür an, daß es Sitte sei, mit Baukunden gesellschaftlich zu verkehren; so habe er mit einem Gutsbesitzer aus Schlesien und einem Getreidehändler verkehrt.

Eine weitere Diskussion ergab sich darüber, ob Barmat bei einem Kredit von 2 Millionen Mark mit die Verpflichtung eingegangen sei, dafür Lebensmittel zu kaufen. Dabei erklärte Dr. Rühe schließlich daß über das entsprechende Schreiben an die Staatsbank wahrscheinlich bei Dr. Hellwig und bei Barmat verschiedene Auffassungen bestanden hätten. Barmat betonte dazu, daß seine Firma etwa in der Höhe der fraglichen 2 Millionen Lebensmittelgeschäfte abgeschlossen habe, während die Sachverständigen dies an Hand der Bücher verneinten. — **Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.**

Entscheidung der Berliner Metallarbeiter

Kündigung des Rahmentarifs.

Die Vertrauensmänner und Betriebsobleute der BBMI.-Betriebe nahmen gestern abend im Kriegervereinshaus Stellung zur Kündigung des Rahmentarifes für die Berliner Metallindustrie. Genosse Urich vom Metallkartell schilderte zunächst die Entwicklung des Tarifvertrages in der Berliner Metallindustrie, der anfänglich die 48- bzw. 46½-Stundenarbeitswoche vorsah, infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse aber durch das Ueberzeitabkommen im Jahre 1922 verschlechtert wurde. Der Organisation gelang es, die weiteren Angriffe der Unternehmer, insbesondere gegen den Urlaub, abzuwehren. Die Funktionäre waren, als sie das Ueberzeitabkommen hinnehmen mußten, darin einig, daß bei Eintritt günstigerer wirtschaftlicher Verhältnisse dieses Abkommen wiederbeseitigt werden müsse. In einer Zeit, in der die Spitzenorganisationen die regste Propaganda entfalten gegen das Ueberstundenunwesen und für die Wiedereinführung des gesetzlichen Achtstundentages, besteht über die Notwendigkeit der Beseitigung des Ueberzeitabkommens unter den Metallarbeitern und ihren Gewerkschaftsführern keine Meinungsverschiedenheit. Es ist nur zu erwägen, ob die Kündigung des Rahmentarifes mit dem Ziele der Beseitigung des Ueberzeitabkommens nicht etwa die Zerschlagung des gesamten Rahmentarifes nach sich ziehen würde und damit auch die Folgen, die nach dem Eintritt des tariflosen Zustandes in der Lohnfrage eingetreten sind. Urich forderte die Funktionäre auf, auf Grund ihrer Erfahrungen im Betriebe und ihrer Kenntnis der Stimmung der Arbeiter in den Betrieben der Berliner Metallindustrie ernsthaft zu untersuchen, ob die Kündigung zum 2. April ausgesprochen werden soll oder nicht.

Die ausführliche Diskussion ergab unter anderem, daß in den Betrieben, in denen ein gutes Organisationsverhältnis vorhanden ist, trotz des Ueberzeitabkommens nur unter ganz zwingenden Umständen Ueberstunden gemacht werden, im allgemeinen aber nur acht Stunden gearbeitet wird. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Tarifkündigung in der jetzigen Zeit gingen natürlich auseinander.

Urich gab in seinem Schlußwort den Beschluß des Metallkartells bekannt, welches den Funktionären nach reiflicher Ueberlegung die Kündigung des Rahmentarifes empfiehlt, zugleich aber auch die Funktionäre auffordert, alle Kräfte aufzubieten zur Stärkung der Organisation, um die bevorstehende Bewegung mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Die Abstimmung ergab gegen ganz wenige Stimmen den Beschluß der Kündigung.

Hinter der Filmleinewand.

Einen recht erheblichen Teil nehmen die Klagen beim Gewerbegericht in der graphischen Kammer aus dem Filmgewerbe ein. Für die Filmgesellschaften ist Dr. Friedmann als Vertreter ständiger Gast des Gewerbegerichts, das sich jüngst mit den folgenden Fällen zu beschäftigen hatte:

Umgehung der Feiertagsbezahlung.

Ein Arbeiter der Europäischen Film-Allianz klagt auf Bezahlung der Feiertage. Nach § 5 des rechtsverbindlich erklärten Tarifvertrages für das Filmgewerbe sind die Feiertage zu bezahlen. Der Arbeiter wurde am 16. November gekündigt, und, da tariflich tägliche Kündigung besteht, an demselben Tage entlassen. Am 18. November wurde er wieder eingestellt und weiterbeschäftigt. Dr. Friedmann erklärte, daß die Arbeiter — trotz Tarifvertrag! — nur für wirklich geleistete Arbeit Bezahlung erhalten können. Sie müßten auch dem Betrieb angehören; der Arbeiter sei aber am 17. November, dem Bußtage, nicht mehr Angehöriger des Betriebes gewesen. Es sei ganz gleichgültig, ob er anderen Tags, am 18. November, wieder eingestellt worden sei. Die Entlassung war erfolgt, um den Tarif zu umgehen, zumal der Theatermeister dem Arbeiter erklärt hatte, wenn er auf den Feiertag verzichte könne er bleiben. Die Firma wurde verurteilt. Der Syndikus Dr. Friedmann erklärte, er versuche, diese Entscheidung revisionsfähig zu machen. Im übrigen würde die Firma künftig einige Tage vor einem Feiertag kündigen und entlassen.

Ein Vertrag gegen Bezahlung von Mehrarbeit.

Gegen den Sternheim-Film klagte eine Negativabzieherin Frl. K. auf Bezahlung von Sonntags- und Nachtarbeit. Der Inhaber der Firma gab an, die Klägerin mit einem Monatsgehalt von 200 M. eingestellt zu haben unter der Bedingung, daß damit alle Ueberstundenarbeit sowie Sonntags- und Nachtarbeit abgegolten sei. Er legt auch einen schriftlichen Vertrag vor, den er mit der Klägerin geschlossen, nach welchem diese Ueberstunden- und Nachtarbeit unentgeltlich geleistet werden sollten. Die Klägerin erklärt, regelmäßig Ueberstunden geleistet zu haben und keinen Tag vor 10 oder 11 Uhr aus dem Betrieb gekommen zu sein. Wenn es nachts besonders spät geworden sei, so wäre es wohl mal vorgekommen, daß sie am anderen Tage einige Male auch erst gegen Mittag im Geschäft erschienen wäre. Das Gewerbegericht stellte eine Arbeitszeit von täglich 10 bis 12 Stunden fest; wenigstens hat die Klägerin für diese Zeit zur Verfügung stehen müssen. Der vertraglichen Bindung, die die Klägerin beim Engagement eingegangen, sei damit Genüge geschehen. Die dreimalige Sonntags-, sowie die zweimalige Nachtarbeit sei jedoch über das zulässige Maß hinausgegangen und besonders zu entschädigen. Die Klägerin erhielt eine Extrabezahlung für diese Sonntags- und Nachtarbeit von 50 M.

Unberechtigte Entlassung.

Der Chauffeur H. klagte gegen die Filmgesellschaft Oswald auf Bezahlung von acht Tagen Kündigung. Der Chauffeur war zu einem Wochenlohn von 60 M eingestellt. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten erfolgte keine Bezahlung. An einem regnerischen Dezembertage fuhr der Chauffeur, der um 8 Uhr morgens seinen Dienst aufgenommen hatte, den Chef abends zwischen 8 und 9 Uhr nach dessen Villa. Der Beklagte behauptet, er habe dem Chauffeur gesagt, daß er mit dem Auto warten müsse, da er ihn noch nach einem Vergnügungslokal bringen müsse. Der Chauffeur gibt an, diese Aufforderung nicht gehört zu haben. Er habe jedoch aus eigenem Antrieb eine Stunde gewartet und dann den Wagen zur Garage gebracht. Als er am Montag früh sich wieder zum Dienst meldete, sei er fristlos entlassen worden. Das Gewerbegericht sprach dem Kläger die Kündigungswoche von 60 M. zu. Selbst wenn der Kläger gehört hätte, daß er warten sollte, läge kein Grund zur fristlosen Entlassung vor, da keine beharrliche Arbeitsverweigerung vorliege.

Damit ist allerdings die Frage offengelassen, wie lange ein Chauffeur zur „Arbeitsbereitschaft" verpflichtet ist.

Die Arbeiterschaft der Firma Carisch.

In einer Betriebsversammlung der Kaffee- und Schokoladenfirma Carisch beschäftigte sich die Arbeiterschaft neben der Lohnforderung der Gewerkschaft für die Süßwaren- und Genußmittelindustrie auch mit dem am 13. Januar erschienenen „Vorwärts"-Artikel „Schönheitsfehler bei Carisch". Es konnte festgestellt werden, daß bei der Firma größte Sauberkeit herrscht und daß die Reinigungsarbeiten der Treppen und Toiletten nicht von Arbeiterinnen der Produktion geleistet zu werden brauchen. Ferner wird die für die Saison eingestellte Arbeiterschaft, welche mit Saisonschluß zur Entlassung kam, gemäß Richtlinien, die mit der gesetzlichen Arbeitervertretung und der Gewerkschaft festgelegt sind, bei weiterem Bedarf von Arbeitskräften weiterbeschäftigt. Auch den Wiedereingestellten sollen die tariflich vorgesehenen Feiertage, sowie Urlaub gewährt werden. Der Arbeiterrat, insbesondere der Vorsitzende, Kollege W., erklärte, daß er stets mit der Gewerkschaft zusammen verhandelt hätte und auch in Zukunft so handeln werde.

Der in der Versammlung anwesende Gewerkschaftsvertreter wies darauf hin, daß die Firma nach Jahresgeschäftsabschluß erneute Verhandlungsmöglichkeiten einer Uebertarifbezahlung für schwere, verantwortliche und Staubarbeiten zugesagt hat. Die Arbeiterschaft erwartet von der Firma in dieser Hinsicht wie in vergangenen Jahren weitestes Entgegenkommen.

Protest gegen die litauische Gewaltherrschaft.

Amsterdam, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Republik Litauen gegen die Unterdrückung der litauischen Gewerkschaften energisch Protest erhoben.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, finden die Gruppen: **Neukölln** I: Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 29, Hof. Vortrag: „Körperkultur und Proletarier". — **Südwesten:** Gruppenheim Bezirksjugendheim Städtische Schwimmhalle Bärwaldstr. 64. Vorlesung proletarischer Dichtungen. — **Charlottenburg:** Gruppenheim Jugendheim Deutsches Krankenkassenhaus, Berliner Str. 137. Diskussionsabend: „Berufsfreuden und -leiden". — **Nordring:** Gruppenheim Jugendheim Eberswalder Str. 10. Satirischer Abend. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 16. Fortsetzung des Vortrages: „Die Flinte". — **Oberschöneweide:** Jugendheim Niederschöneweide, Berliner Str. 81. Leseabend. — **Weißensee:** Gruppenheim Parkstr. 36. Lichtbildervortrag: „Heiteres von Wilhelm Busch".

Jugendgruppe des ADB. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Neukölln:** Jugendheim Rogatstr. 53. Arbeiterdichtung (Ferma). — **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Bibliotheksheim 5 Tr.). Vortrag: „Kolonialfragen" (Lange). — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15. Lichtbildervorträge: „Kaffeepflanzungen" und „Die Alpen im Winter" (Eichbach). — **Lichtenberg:** Jugendheim Schule Goßlerstr. 61. Vortrag: „Berufskrankheiten" (Dr. Marx). — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4. Spielabend (Schachspiele mitbringen).

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Branche Gas- und Wasserwerke: Morgen, Donnerstag, 7 Uhr, im Verbandshaus Berlin N 24, Johannisstraße 14/15 (Saal). Funktionärversammlung.

Funktionär- und Betriebsdelegiertenkonferenz des Deutschen Verkehrsbundes, Sektion V. Sonntag, 30. Januar, vormittags 9½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Engelufer 24/25. Delegierten-Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht sowie Neuwahl der Sektionsleitung. Funktionäre und Betriebsdelegierte haben restlos zu erscheinen. Verbandsausweis nebst Funktionär- und Delegiertenkarte legitimieren. Ohne Ausweis kein Einlaß. Stellvertretung ist unzulässig. Betriebe, die noch ohne Delegierten sind, haben solche sofort zu bestimmen.

Die Sektionsleitung.

Achtung, SPD.-Betriebsfunktionäre! „Der Kämpfer" Nr. 1 ist erschienen und kann im Bureau Lindenstr. 3 in Empfang genommen werden. Besonders die Klein- und Mittelbetriebe müssen belefert werden.

Das Betriebssekretariat.

Achtung, SPD.-Vertrauensleute und Helfer! Am Sonnabend, 29. Januar, 6½ Uhr, bei Mogwitz, Bernauerstr. 13, wichtige Zusammenkunft aller Vertrauensleute. Jeder muß erscheinen. **Der Fraktionsvorstand.**

SPD.-Sattler, -Tapezierer und -Portefeuiller! Morgen, Donnerstag, 7½ Uhr, Fraktionssitzung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Wichtige Tagesordnung. Jeder Genosse muß erscheinen. Kollegen der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung können eingeführt werden.

Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhäfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ekkert; Feuilleton: Dr. Zehn Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Arbeiter, Angestellte, Beamte, sowie Mitglieder der Konsumgenossenschaft

Karten für Zirkus Karl Hagenbeck zu halben Preisen für alle Tage, außer Sonntag, im Gewerkschaftshaus, täglich von 10—1 Uhr und 4—6 Uhr zu haben.

WERTHEIM **EXTRA-PREISE**

Leipziger Straße · Königstraße · Rosenthaler Str. · Moritzplatz

Mittwoch bis Sonnabend · Soweit Vorrat

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Solinger Stahlwaren

	Tafel	Dessert
Bestecke	70 Pf.	60 Pf.
mit schwarzem Heft		
m. braun. Beckenheft	75 Pf.	70 Pf.
mit „Echt Ebenholz" Beckenheft	80 Pf.	75 Pf.
mit gebeiztem Heft	90 Pf.	85 Pf.
„Echt Ebenholz" . . .	95 Pf.	—
mit moderner Klinge	1 35	1 25
Tischmesser mit gebeiztem Heft	50 Pf.	40 Pf.
mit Eberholzheft . . .	75 Pf.	—

Horn-Salatbestecke 1 65
Tortenheber 50, 85 Pf. 1 25

Alpaka-Bestecke
mit hohem Nickelgehalt, glattem Rundstiel, Faden- oder Perlmuster
Kaffeelöffel · Eßlöffel · Bestecke
20 Pf. 40 Pf. 1 35

Gemüsemesser 10 b. 30 Pf.
rostfrei 30 u. 40 Pf.
Taschenmesser Stahl oxyd. 25 u. 30 Pf.
Stahlscheren geschmiedet 35 b. 85 Pf.

Blechwaren

Brotkästen lackiert, eckig, mod. Muster 2 75 3 50
Brotkästen oval, mit Füßen 3 50
Dosen für Kaffee Zucker, lack. 45 Pf.
Kaffeeflaschen Weißblech 30 b. 50 Pf.
Messerkörbe Draht . . 90 Pf.
Springformen Weißblech 95 Pf. bis 1 75
Briefkästen 65 Pf. 75 Pf. 1 05
Wärmflaschen 1 15 1 55
Leibwärmer 65 Pf. 85 Pf.

Aluminium

Kasserollen mit Holzstiel, bordiert 95 Pf. b. 1 05
Maschinentöpfe bordiert 95 b. 2 25
Pfannen m. Holzstiel 95 Pf. b. 2 30
Wasserkessel unbordiert, für Gas 1 90 b. 4 75
Kaffeekannen mit Holzgriff 3 25 b. 3 85

Eisenwaren

Reibemaschinen 1 65 2 45
Mandelmühlen 85 Pf. 1 25
Brotschneidemaschinen 2 75 mit Rundmesser 8 50
Messerputzmaschinen mit Bürsten 6 75
Tellerwagen m. Emaille-Zifferblatt 1 85

Borstenwaren

Roßhaarbesen 1 85 bis 3 75
Handfeger Roßhaar 90 Pf. bis 1 90
Teppichhandfeger Bassine 40 Pf. 85 Pf. Wurzel 1 15
Teppichbesen 1 65 1 85
Möbelbürsten 50 Pf. bis 1 85
Möbelklopfer 1 35
Kleiderbürste mit Brett 85 Pf.
Haarbürsten 50 Pf. bis 3 50

Gaskocher
sowie alle anderen Gasapparate für Gasabnehmer d. Städtischen Gaswerke
gegen Teilzahlung

Holzwaren

Wandkaffeemühlen mit Steingutbehälter 3 85
Schoßkaffeemühlen 3 20
Servierbretter 90 Pf. 1 30
Servierbretter Buche, mattiert 1 60 1 90
Besteckkästen 2teilig 75 Pf. 5teilig 90 Pf.
Wichskästen 90 Pf. weiß 1 35
Handtuchhalter 90 Pf. 2 10
Waschbretter mit Zinkeinlage 1 10
Wäscheklammern Schock 30 Pf.
Wurstbretter mit Brandmalerei 25 Pf.
Rolldecken . . 35 Pf. 75 Pf.
Gewürzschränke 1 35 1 55

Emaille

Schmortöpfe ohne Ring 50 Pf. b. 1 25
Schmortöpfe mit Ring 75 Pf. b. 1 50
Kasserollen 40 Pf. b. 1 05
Wasserkessel für Gas 1 45 b. 2 55
Weiße Küchenschüsseln flach 40 Pf. b. 1 15 tief 55 Pf. b. 1 10
Kaffeeflaschen m. Patentverschluß, grau ½ Lit. b. 2 Ltr. 50 b. 95 Pf.
Scheuergarnituren weiß, mit Schrift 1 45

Emaille-Geschirr
gute Qualität mit kleinen Fehlern, darunter Kaffeekannen, Kochgeschirr, Wasserkessel, dekoriertes Geschirr

Garnituren für Sand, Seife, Soda 1 45
Wasserkrüge weiß, gebaucht 1 70 b. 2 55
Wannen oval, grau 2 65 b. 3 85
Wasserkonsol mit Maß 85 Pf.

Nickelwaren

Kakaokannen weiß Steingut, mit Nickeldeckel 85 Pf.
Tortenplatten mit Nickelrand sortiert, dekoriert, 30 cm 2 35
Likörkelche vernickelt, innen Gold 50 Pf.
Isolierflaschen ½ Liter 85 Pf.
Teeglashalter komplett mit Glas, Messing vernickelt 85 Pf.
Bowlen mit geschlossenem Glaseinsatz 13 50
Gebäckkästen Steingut mit vernickeltem Rand, dekoriert 5 50

Gegen Lockerung des Mieterschutzes!

Ein Stadtverordnetenbeschluß für Aufhebung der mieterschädlichen Hirtsiefer-Verordnung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern Stellung zu nehmen zu der bekannten Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers, die mit ihrer Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft größte Erregung zunächst bei den Gewerbetreibenden und darüber hinaus in der gesamten Mieterschaft hervorgerufen hat. Zu den vier von den Sozialdemokraten, den Kommunisten, den Demokraten und der Wirtschaftspartei eingebrachten Anträgen, die den Magistrat aufriefen, bei der preußischen Regierung auf die Beseitigung bzw. auf eine mildernde Ergänzung der Verordnung hinzuwirken, kam im letzten Augenblick noch ein fünfter von den Deutschnationalen, die auch dabei sein wollten. Nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten forderten, bedingungslos und sofort die Verordnung zu beseitigen, dagegen wollten die anderen Parteien an ihr herumkurieren. Unser Genosse Wendt hob in entschiedenen Worten hervor, daß es hier nichts zu kurieren gibt, sondern nur schleunigste und völlige Beseitigung der Hirtsiefer-Verordnung den Mieterschutz sichern kann. In Verlegenheit geriet die Zentrumspartei, die das üble Werk ihres Parteigenossen Hirtsiefer nicht preisgeben wollte, und mehr noch die Wirtschaftspartei, die so oft den Hausbesitzern und zugleich den jetzt von den Hausbesitzern bewucherten Gewerbetreibenden das Blaue vom Himmel herunter versprochen hatte. Für den Magistrat erklärte Stadtrat Genosse Wutzki, daß der Magistrat einem Beschluß gegen die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft folgen werde. Mit den Stimmen der Linken kam es dann zu einem Beschluß, der nach den Anträgen der Sozialdemokraten und der Kommunisten ohne alle Umschweife die sofortige Aufhebung der Hirtsiefer-Verordnung fordert. Auf die Flickarbeit der Bürgerlichen ließ die Linke sich nicht ein.

*

Die gestrige außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten betraf ausschließlich eine Anzahl Anträge, die von der sozialdemokratischen, der demokratischen, der kommunistischen und der wirtschaftsparteilichen Fraktion eingebracht wurden und die alle die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft in Gestalt der Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers über die

Freigabe der gewerblichen Räume

zum Gegenstand haben. Der Antrag unserer Fraktion betont, daß die Verordnung des Ministers in den Kreisen der Gewerbe- und Geschäftsraummieter berechtigte Unruhe hervorgerufen hat. Der Magistrat wird ersucht, **„sofort Schritte zu unternehmen, um die Aufhebung der Verordnung zu erwirken"**. Die Wirtschaftsparteiler verlangen, der Magistrat solle darauf hinwirken, daß die Verordnung durch gesetzliche Bestimmungen dahin ergänzt wird, daß die Schiedsgerichte gesetzlich festgelegt werden. Während also **Sozialdemokraten und Kommunisten bedingungslose Aufhebung der Verordnung fordern**, begnügen sich die Wirtschaftsparteiler mit der zahmsten Fassung ihres Antrages. Schließlich haben auch die Deutschnationalen noch während der Versammlung einen ähnlichen Antrag eingereicht, so daß nunmehr fünf Anträge zur Debatte stehen.

Als erster begründet Stadtv. **Merten** (Dem.) den Antrag seiner Parteifreunde. Merten teilte mit, daß nach den Ausführungen des Wohlfahrtsministers in der gestrigen Landtagssitzung die Freigabe der gewerblichen Räume der erste Schritt zur völligen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bedeute. (Hört! hört! links.) Die Demokraten seien wohl für die freie Wirtschaft, allerdings erst dann, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten. Die Zeit dafür sei noch nicht gekommen und deshalb seien die Demokraten gegen die Verordnung. Der Erlaß, der ohne Uebergangsbestimmungen in Kraft getreten ist, habe eine Flut von Kündigungen und Mietsteigerungen zur Folge gehabt, die aufs schwerste in das Wirtschaftsleben eingreifen. Die Verordnung sei untragbar; sie bedeute eine gröbliche Störung der Wirtschaft. Merten forderte ebenfalls Schlichtungsstellen und Schiedsgerichte. Der Kommunist **Luscher** bezeichnete den Antrag der Wirtschaftspartei als Heuchelei und Irreführung der Mieterschaft und trat für die Annahme des Antrages seiner Fraktion ein. Stadtv. **Müller-Franken** (Wirtsch.) meinte, daß die Verordnung nur deshalb so katastrophal wirke, weil die Hausbesitzer in ihrem berechtigten Streben nach Erhöhung der Renten nunmehr alles aus den Ladenbesitzern herauszuholen suchen. Im übrigen seien die Wirtschaftsparteiler vor Erlaß der Verordnung nicht gehört worden. Den sozialdemokratischen Antrag begründete Stadtv. Genosse **Wendt**: Interessant ist vor allem, daß heute ausgerechnet die Wirtschaftsparteiler herkommen, um sich als die Harmlosen hinzustellen. Gegenüber den Ausführungen Müllers-Franken sei mit aller Bestimmtheit festzustellen, daß

im Landtag der Wirtschaftsparteiler Ladendorf stets die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangte!

(Hört! hört! links.) Sicherem Vernehmen nach haben die Vertretungen von Handel und Gewerbe, die Handels- und Gewerbekammern, den Wohlfahrtsminister bedrängt, die Wohnungszwangswirtschaft aufzuheben und nun sehe man die Auswirkungen einer solchen Maßnahme. Genosse Wendt brachte in seinen weiteren Ausführungen einige besonders krasse Fälle von Mietsteigerungen und Kündigungen von gewerblichen Mieträumen zur Sprache und erwähnte als ein besonders interessantes Vorkommnis, daß in einem westlichen Vorort ein Hausbesitzer der Polizei die bisher innegehabten Diensträume so gewaltig gesteigert hat, daß die Polizei die Verhandlungen über die Beibehaltung der Räume abbrechen mußte. **Wir Sozialdemokraten fordern die sofortige, bedingungslose Aufhebung der Verordnung!** Wir sehen in ihr den Anfang der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, und deshalb ersuchen wir um Annahme unseres Antrages! (Bravo! b. d. Soz.) Stadtv. **Treffert** (Z.) nahm den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer (der bekanntlich dem Zentrum angehört) in Schutz und betonte, daß der Minister nichts weiter getan habe, als daß er die Forderungen weiter Kreise der Wirtschaft erfüllt habe. Der Redner konnte sich namens seiner Partei nicht dazu verstehen, die Annahme der Anträge zu befürworten und sprach davon, daß man eigentlich diejenigen, die stets die freie Wirtschaft in jeder Form gefordert haben, nunmehr auch eine Zeitlang die Auswirkungen der Freigabe der gewerblichen Räume auskosten lassen müsse. Für die Deutschnationalen sprach Stadtv. **Linke**, von der Volkspartei Dr. **Falk**. Als Vertreter des Magistrats sprach Stadtrat Genosse **Wutzki**. Er ist mit den Ausführungen der Redner, die sich gegen die Verordnung wandten, einverstanden. Die Diskussion habe allerdings wieder Unklarheiten ergeben, die nun wieder allerlei Definitionen zulassen. Halten wir uns doch vor Augen:

Bisher ist doch das Feldgeschrei gewesen, so schnell wie möglich Abbau der Zwangswirtschaft!

Dabei machte man keine Ausnahme, sondern forderte einfach: Abbau! Was nun nach dem Erlaß der Verordnung gekommen ist, habe ich vorausgesehen. (Lachen rechts.) Jawohl, meine Damen und Herren, es konnte gar nicht anders kommen. Wenn es richtig ist, was Stadtv. Faltz sagte — ich stimme ihm darin voll zu — daß nämlich Angebot und Nachfrage die Wirtschaft regeln, so bitte ich aber denn doch, bei der Logik zu bleiben und mir zu sagen, wie sich die Wirtschaft regeln soll, wenn Tausende von Wohnungen und gewerblichen Räumen aller Art fehlen? Augenblicklich überwiegt eben die Nachfrage erheblich das Angebot und da ergeben sich dann Auswirkungen, wie sie Gegenstand der Anträge sind. Der Rechten des Hauses sagte Genosse Wutzki, daß ihre Anträge den Eindruck machen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß! Der Redner polemisierte dann gegen die Behauptung von rechts, daß nur die Konzerne und die Ausländer-Hausbesitzer unerhörte Steigerungen und Kündigungen vorgenommen hätten und der „alteingesessene Hausbesitz" nicht. Das stimmt durchaus nicht; sie wollen alle haben. Der Magistrat wird den Beschlüssen, die in der Angelegenheit gefaßt werden, gern folgen. Nach den Schlußworten der Stadtverordneten Merten, Krautzpaul (KPD.), Müller-Franken, Wendt und Lüdicke (Dnat.), der sich nicht mit der sofortigen und bedingungslosen Aufhebung einverstanden erklärte, sondern nur Milderungen der Verordnung und einen allmählichen Abau der Zwangswirtschaft verlangte, beantragte Stadtv. **Merten** (Dem.), die Abstimmung über die Anträge auf die nächste Sitzung zu verschieben. Er wurde in seinem Begehren von Stadtv. **Lüdicke** (Dnat.) unterstützt, während Stadtv. **Gaebel** (KPD.) dem entgegentrat. Schließlich wurde der Antrag Merten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. — In der Gesamtabstimmung wurden daraufhin die Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen. Dafür stimmten die Antragsteller.

Der Askari Seiner Majestät.

Koloniale Heldentodbegeisterung.

Welchen Zweck der Reichsbund 4. Gardisten, der sich kürzlich mit einem patriotisch-musikalischen Rummel im „Clou" produzierte, eigentlich erfüllt, ist weitesten Kreisen unbekannt. Es ist eine gut kleinbürgerlich-reaktionäre Kriegervereinigung mit bieder schwarzweißrotem Augenaufschlag, und so war es nicht erstaunlich, daß die üblichen Requisiten dieses Ensembles in verschwenderischer Fülle anzutreffen waren. Man sah erstaunlich viel alte Herren mit der ganzen Blechhistorie der preußisch-deutschen Geschichte beladen, und sehr viel junge Leutchen, so zwischen 17 und 18, die, mit dem „Stahlhelm"-Abzeichen dekoriert, Staffage bildeten, wohl weil sie nie das Erlebnis des Frontsoldaten durchzukosten brauchten. Eine sehr energische Musik verballhornte Klassisches auf militärisch-massive Art und Weise. Ein Herr v. Dressow, Oberst a. D., stellte zu unserer Verwunderung fest, daß ganz Deutschland seine Kolonien wieder haben wolle, und gab dann dem Generalobersten v. Lettow-Vorbeck das Wort, der über seine Kolonialkriegserlebnisse berichten wollte. Dieser Vortrag war in mancher Beziehung interessant. Wohl aus der Offiziersmentalität ist die etwas schnoddrige Art zu erklären, mit der der Herr General mit Fachausdrücken nur so um sich warf, und mit einem Lächeln erzählte er einem wahr und wahrhaftig schmunzelnden Publikum, „daß es im Busch immerhin ganz lebhaft zugegangen" sei. Auf die Entfernung von 20 bis 30 Schritt „hätten sich die Leute Kugeln in die Knochen geschossen". Das sollte Kriegerhumor sein. Da ist der Herr Generaloberst auf ein komisches Exemplar von Askari gestoßen, der zu seiner Truppe gehörte. Als man ihn um Deckung gegen den feindlichen Kugelhagel ersuchte, hat der Brave geschluchzt: „Ich bin 25 Jahre Soldat, 25 Jahre hat mir der Kaiser Sold bezahlt, da will ich auch einmal für ihn sterben." (!!) Mit solch kläglichen Kinderfibelkamellen suchte der General Stimmung zu machen. Im übrigen leistete sich v. Lettow-Vorbeck eine gröbliche Beschimpfung der Heimat, die die „ehrenvoll kämpfende Truppe in so schimpflicher Weise" zur Kapitulation gezwungen habe. Das glänzendste Kriegserlebnis nach der ostafrikanischen Isolierung waren v. Lettow-Vorbeck die — Wracks der torpedierten Kriegs- und Handelsschiffe im Aermelkanal. (!) Mit einem Hymnus auf die wilhelminische Vergangenheit schloß der General — und die ewig Gestrigen klatschten ihrem Repräsentanten Beifall.

Ein grauenvoller Selbstmord.

Der 49jährige Schlosser Erich L., der in der Wicherstraße 40 wohnt, verübte gestern unter eigenartigen Umständen Selbstmord. Zu der Tat erfahren wir folgende Einzelheiten:

L., der bereits viele Jahre in dem Hause Wicherstraße 40 wohnt, hat eine völlig gelähmte Frau, deren Zustand sich immer mehr verschlechterte, so daß sie kaum noch das Bett verlassen konnte. Gestern ertönten aus der Wohnung der L.schen Eheleute gellende Hilferufe. Hausbewohner wurden aufmerksam. Als auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde, rief man die Polizei und Feuerwehr herbei, die sich gewaltsam Einlaß verschafften. Als die Beamten in das Schlafzimmer eindrangen, fanden sie den Mann an der Türklinke erhängt auf. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Der Tod war wenige Minuten zuvor eingetreten. Die bedauernswerte gelähmte Frau, die durch die Aufregung inzwischen das Bewußtsein verloren hatte, mußte vom Bett aus zusehen, wie ihr Mann Anstalten machte, sich an der Türklinke zu erhängen, ohne daß sie ihn daran

---

2]

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Jetzt bildeten die gestempelten Papiere den Hauptbestandteil jeder Post und es verging kein Tag, an dem nicht ein Gläubiger sein Geld forderte: erst höflich, später aber mit großem Lärm. Sogar das Dienstmädchen wurde frech. Sie stürzte ins Speisezimmer, wo gewöhnlich die Mutter saß: „Gnädige Frau, es wünscht Sie jemand zu sprechen." Ein heftiges Läuten an der Tür ließ uns zusammenfahren. Die Mutter griff mit der Hand ans Herz.

„Mein Gott, was gibt's denn schon wieder?" Schon steht das Mädchen im Zimmer.

„Gnädige Frau, der Fleischhauer ist da."

Die Mutter geht hinaus, ich schleiche ihr nach. Der Fleischhauer ist ein noch junger klobiger Mensch. Er hat die Aermel trotz der Kälte aufgestreift und steht so auf der Türschwelle. Wie er die Mutter sieht, berührt er nur seine schmierige Mütze, er findet es nicht der Mühe wert, sie abzunehmen und sagt roh: „Ich komme wegen der Rechnung."

„Ist mein Mann nicht bei Ihnen gewesen?"

„Sie wissen ganz gut, daß er nicht gekommen ist. Jedesmal ist's dasselbe. Wollen Sie mir zahlen, ja oder nein?"

„Selbstverständlich," stammelt die arme Frau, „Sie müssen sich nur ein wenig gedulden."

„Gedulden! Das hör' ich ja schon seit sechs Monaten, ist das nicht genug?"

Keine Antwort.

„Geben Sie mir eine Anzahlung, oder ich hole den Gerichtsboten."

„In diesem Augenblick ist es mir wirklich ganz unmöglich."

„Und in einem anderen ebenso. So geben Sie mir wenigstens ein Pfand."

Die Mutter zittert.

„Was wollen Sie?"

„Was weiß ich? Geben Sie mir etwas von Ihrem Silber . . ."

Meine Mutter geht hinaus, die gegenüberliegende Tür wird halb geöffnet, das Dienstmädchen erscheint lächelnd: „Werden Sie was kriegen?"

„Jawohl."

„Wie haben Sie das angestellt? Im ganzen Hause ist kein Heller, seit drei Monaten habe ich keinen Lohn bekommen."

Die Person verschwindet; die Mutter kommt zurück, sie legt eine längliche Schachtel auf den Tisch und der Fleischhauer öffnet sie; er zieht sechs silberne Suppenlöffel heraus und schneidet ein Gesicht? „Das ist alles?"

„Ich habe nichts mehr," flüsterte kaum hörbar die Mutter, „alles übrige ist gepfändet."

„Und Sie haben mir nichts davon gesagt! Das ist eine Gemeinheit, ich gehe jetzt gleich zum Gericht."

Er schob die Schachtel in seine Tasche, verschwand im Garten ohne zu grüßen und warf die Tür so heftig zu, daß eine Scheibe zersprang.

Die Mutter war weiß wie ein Tuch. Sie rief das Mädchen, ließ sie die Glassplitter zusammenkehren und das Abendessen auftragen.

Bald nachher verließen wir diese Wohnung und übersiedelten in eine noch bescheidenere. Das Dienstmädchen war entlassen worden und die Mutter besorgte die ganze Hausarbeit allein. Damals begann für mich die Lehrzeit der Armut. Es gab keinen Salon mehr und jeder überflüssige Gegenstand war verschwunden. Armseliges Nickelservice ersetzte das Silber.

Zwei Jahre später hausten wir in einer jämmerlichen Wohnung, die aus zwei Zimmern bestand, in denen auch noch gekocht wurde. Die Eltern schliefen in einem der beiden Räume mit meiner kleinen Schwester zusammen, die damals auf die Welt gekommen war. Ich schlief mit den Brüdern im zweiten Zimmer.

Der Vater hielt sich fast den ganzen Tag außer Haus auf. Er war Versicherungsagent geworden; abends kam er immer fröhlich zurück. Wir gingen ihm entgegen, die Mutter trug das Schwesterchen auf dem Arm, wir drei schritten hinter ihr. Von weitem schon sahen wir den Vater, meine Brüder stürzten auf ihn zu und warfen sich ihm in die Arme. Immer hatte er in der Tasche etwas Süßes für sie. Er ging zur Mutter, küßte sie mit einer gewissen Verehrung auf die Stirn und sagte:

„Heut war ein guter Tag, bald werden wir wieder Weißbrot essen, man muß nur den Stier bei den Hörnern packen."

Diese Wendung „den Stier bei den Hörnern packen" schien etwas Ungeheures, etwas Geheimnisvolles zu bedeuten. Ich zweifelte nicht im geringsten, daß dies ein wunderbares Mittel sei, um das Glück endlich zu erobern.

Die Mutter gab keine Antwort, lächelte auch nicht mehr wie einst, nur schien es mir, daß sie den Vater manchmal, wenn er sie küßte, mit großen Augen anblickte, in denen ein unendlicher Schmerz brannte. Er senkte den Kopf, erinnerte sich plötzlich, mir noch keinen Kuß gegeben zu haben und küßte mich flüchtig auf die Wange. Dann merkte ich, daß ein eigentümlicher Geruch, fast wie Anisbrot, aus seinem Munde kam. Er begann sogleich eifrig zu sprechen, während die Mutter ihm schweigend zuhörte. Wir kamen in unsere Wohnung in dem großen, grauen Hause, vor dem ein vernachlässigter Garten lag, und setzten uns um den Tisch. Der Vater zog ein Paket mit seinem Wurstzeug aus der Tasche. Der Unselige hatte das gekauft, ohne zu zahlen!

Eines Abends, als wir ihm wieder entgegen gegangen waren und er die Mutter auf die Stirn küßte, sah ich, wie sie sich heimlich seinem Kuß entzog. In ihrem Blick lag ein harter Schein, den ich früher nie bemerkt hatte. Etwas war zwischen die beiden getreten, zum Elend hatte sich nun Zwietracht gesellt. Bald sollte ich die Wahrheit erfahren.

Ungefähr eine Woche später erwarteten wir ihn vergeblich auf der Landstraße; die Sonne war schon untergegangen, da sagte die Mutter: „Er wird heute abend nicht mehr kommen, gehen wir nach Hause und legt euch schlafen."

Wir gingen heim; auf dem kleinen eisernen Ofen bereitete sie uns eine Maggisuppe, schnitt ein Stück Brot ab und sagte schmerzlich: „Heut abend kann ich euch nichts anderes geben."

Nach dieser bescheidenen Mahlzeit schickte sie uns zu Bett; ich bat sie inständig, mich bei ihr zu lassen und sie gab schließlich meinen Bitten nach. Wir waren jetzt allein und horchten auf jedes Geräusch. Beim Schein der Petroleumlampe las ich zum drittenmal „Der kleine Dingsda" und zum erstenmal hatte ich das Gefühl, daß meine Lage mehr als eine Aehnlichkeit mit der seinigen hatte, nur war er älter als ich und konnte schon seinen Unterhalt verdienen. Ein Seufzer entfuhr mir.

„Was hast du?" fragte die Mutter leise, um die kleine Schwester nicht zu wecken, die eben eingeschlafen war.

Ich ging zu ihr und küßte sie, ohne zu sprechen, lange blieb ich in ihren Armen, dann fielen mir die Augen zu und ich merkte, wie sie mich aufs Bett legte.

Ich erwachte plötzlich, als die Tür geräuschvoll aufging; der Vater stampfte herein und schien zu schwanken.

Die Mutter legte den Finger auf ihren Mund.

(Fortsetzung folgt.)

hindern konnte. Ihre Rufe wurden zwar gehört, doch erschienen die Helfer zu spät. L. hat die Tat vermutlich wegen der unheilbaren Lähmung seiner Frau begangen. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Das „unfehlbare" Zählersystem.

Und die Postverwaltung ist stolz darauf.

Vor einigen Tagen berichteten wir ausführlich über einen Prozeß, in dem über das unzuverlässige Gesprächszählersystem der Reichspost Klage geführt wurde. Als Vertreter der Reichspost trat in diesem Prozeß ein Postrat auf, der sich sehr energisch für die Vorzüglichkeit des augenblicklich bestehenden Systems ins Zeug legte und eine Aenderung für ausgeschlossen erklärte. Zu diesem interessanten Thema wird uns jetzt noch folgendes mitgeteilt:

Vor einiger Zeit erhielt ein Fernsprechteilnehmer eine Gebührenrechnung, die er wohl bezahlte, gegen deren Höhe er aber Protest einlegte: er könne nicht so viel Gespräche geführt haben. Und was erhielt er zur Antwort? Wörtlich folgendes Schreiben: „Auf Ihre Beanstandung unserer Gesprächszählung für den Monat .... haben wir sämtliche Unterlagen für die Gesprächszählung nochmals eingehend geprüft und dabei festgestellt, daß von Ihrem Anschluß ... nur 123 statt 223 Gespräche aufgekommen sind. Der infolge eines bedauerlichen Irrtums zu viel erhobene Betrag von 12,58 M. wird Ihnen, wie bereits fernmündlich mitgeteilt, im Monat Januar 1927 gutgeschrieben."

Ja, allerdings sehr bedauerlich — 223 Gespräche statt 123! Dies ist also das unübertreffliche Fernsprechzählersystem. Es gibt aber schon eine Möglichkeit, die Herren von der Postverwaltung davon zu überzeugen, daß es nicht so vortrefflich ist. Die Teilnehmer mögen nur immer genau ihre Gespräche notieren und gegen unberechtigte Forderungen energisch Protest einlegen. Zuweilen hilft es, da ja irren — wie die Post selber zugibt — auch bei ihr menschlich ist.

Herr von Lehn.

Hochstapler oder Pechvogel?

Wenn nicht dieser 36jährige Herr von Lehn als Zentralfigur dieses neuesten Moabiter Monsterprozesses seine 16 Mitangeklagten auf viele Kopflängen überragte, es verlohnte wohl kaum, von ihm Notiz zu nehmen, denn wochenlange Monsterprozesse gehören ja heute zum täglichen Brot in Moabit. Wenn man ihn so sprechen hört, sagt man sich: Aus dem hätte doch wahrlich was werden können. Und was ist aus ihm geworden? Ein vielfach vorbestrafter Mensch. Weshalb? Das läßt sich heute nach dem ersten Eindruck noch nicht sagen. Ebensowenig aber läßt sich auch entscheiden, ob er Hochstapler oder Pechvogel ist.

Schon als 15½jähriger erhielt er von seinem Chef den Auftrag, eine Zigarettenfiliale zu leiten. Ein Sittlichkeitsverbrechen, an dem er unschuldig sein will, brachte ihm drei Monate Gefängnis ein. Als er später in Hamburg als Kesselarbeiter sein Dasein fristete, geschah eines Tages ein Einbruchdiebstahl an der Stelle, wo er schlief. Er wurde verhaftet —, natürlich unschuldig. Mittellos aus dem Gefängnis entlassen, fiel er über die Handtasche einer Dame her. Dann führte ihn der Weg nach Holland, Belgien und Frankreich. Bald war er Einfahrer bei einer Motorfabrik, bald Schrittmacher und Automobilfahrer beim Rennen. Bei Ausbruch des Krieges ging er als Freiwilliger ins Heer und brachte es bis zum Vizewachtmeister. Beim Ausbruch der Revolution will er vom Soldatenrat zum Kommandanten von Brüssel ernannt worden sein. Ins zivile Leben zurückgekehrt versuchte er sich ehrlich durchs Leben zu schlagen: Zuerst als Gründer von Spielklubs, dann als Pächter von Kabaretts. Nun aber ereilte ihn wieder einmal das Schicksal; dieses mal auf ganz eigentümliche Weise. Er wurde als Straßenräuber verhaftet. Man jagte ihn als „Gefängnispaket" von einem Untersuchungsgefängnis ins andere 10 Monate lang durch ganz Deutschland, um ihn schließlich auf freien Fuß zu setzen: Man hatte ihm seine Papiere gestohlen und ein anderer hatte auf diese den Raub begangen, dessen man ihn beschuldigt. Und dann wurde er Direktor des Kasinos von Heiligendamm. Ein Graf Baudissin entlarvte ihn aber als vielfach vorbestraften Menschen.

Nun eröffnet er eine kleine Ofenfabrik, arbeitet sich bald herauf und bezieht eine Zwölfzimmerwohnung am Kurfürstendamm. Mit der Inflation bricht die Herrlichkeit zusammen. Er versucht sich in einem Keller in der Nachodstraße mit neuartigen Benzinmischungen. Dann scheint ihm das Glück schließlich zu lächeln. Eine Tante aus Amerika erfreut ihn mit einem Geschenk von 25 000 Mark; er erwirbt die Firma Apel u. Co. mit allen Schulden und beginnt eine weitverzweigte Tätigkeit im Verkauf von Autos. Die alten Gläubiger aber pfänden ihm ein Auto nach dem andern; er flüchtet schließlich aus Berlin und geht nach Paris. Dann steht er wieder ohne einen Pfennig in Berlin. Jetzt hat er sich den bürgerlichen Namen Lehmann zugelegt. Ein alter Bekannter, Lohme, vielfach vorbestraft, führt ihn mit dem Direktor der „Transmarina" in Hamburg zusammen und hier ereilt ihn wieder das Schicksal. Es werden Autos gekauft und verkauft, und zwar in ganz Deutschland. Neben kleinen Barzahlungen werden auf den Rest des Kaufpreises Akzepte und Wechsel gegeben. Die werden natürlich nicht bezahlt. Für diese Betrügereien hat nunmehr von Lehn sich zusammen mit 16 Genossen zu verantworten.

Selbstmord eines Eisenbahnbeamten.

Weil er endgültig abgebaut wurde, hat sich gestern der 28 Jahre alte Eisenbahnsupernumerar Alfred Simon aus der Donaustraße 29 zu Neukölln das Leben genommen. Simon war bereits sieben Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt. Vor drei Jahren wurde er vorläufig abgebaut. Kürzlich erhielt er nun aber die Mitteilung, daß seine Notierung gestrichen worden sei. Damit war seine Hoffnung, in der Eisenbahnverwaltung wieder an- und vorwärtszukommen, vernichtet. Er nahm sich das Mißgeschick so zu Herzen, daß er sich am Dienstag mittag in der Wohnung, die er mit seinen Eltern teilte, durch einen Pistolenschuß schwer verletzte. Im Krankenhaus erlag er seiner Verletzung.

Reaktionäre Zensur bei der Berek.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Das Berliner Anti-Kriegsmuseum veranstaltet am 27. Januar in der Schulaula Weinmeisterstraße 16/17 eine satirische Exkaiser-Geburtstagsfeier, zu der Ernst Friedrich als „Hauptgratulant" vorgesehen war. Die Berliner städtische Anschlag- und Reklamewesen G. m. b. H. „Berek" übernahm die Plakatierung zu dieser Veranstaltung für drei Tage. Die Plakate wurden auch in der Nacht vom Montag zum Dienstag geklebt. Aber als am Dienstagmorgen der als reaktionärer Herr bekannte Direktor der „Berek", Kaiser, die Plakate mit der Karikatur seines Namensvetters sah, beanstandete er dieses Plakat und verbot die weitere Plakatierung. Dem Anti-Kriegsmuseum wurde das bereits eingezahlte Geld zurückerstattet, und Herr Direktor Kaiser erklärte, daß er persönlich das Plakat inhibiert habe, da es öffentliches Aergernis erregt. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß dieser reaktionäre Herr es gewagt hat, bereits in voraus bezahlte Plakatierungen nicht zum Anschlag zu bringen, wenn es ihm aus politischen Gründen mißfiel, während gerade in der letzten Zeit wiederholt Anschläge streng reaktionärer Kreise veröffentlicht wurden, die in ihrer nationalistischen Aufmachung in der überwiegend republikanischen Bevölkerung Berlins öffentliches Aergernis erregten. Das Anti-Kriegsmuseum hat gegen das Anschlagwesen Schadenersatzansprüche geltend gemacht und sich auch beschwerdeführend an die republikanischen Parteien des Stadtparlaments gewandt, damit ein für allemal im allgemeinen öffentlichen Interesse Abhilfe geschaffen wird.

Im übrigen entbehrt die ganze Sache nicht eines gewissen Humors dadurch, daß trotz Verbots des Herrn Direktors Kaiser die am Dienstag angeschlagenen Plakate bis Mittwoch nacht an den Säulen kleben bleiben müssen, da an jedem Mittwoch die Kleber laut Tarif ihren Ruhetag haben und erst am Donnerstag wieder plakatieren.

Funktionärinnenkonferenz.

Die Berliner Funktionärinnen hielten in ihrer Konferenz am Freitag, den 21. Januar, ihre Jahresschau ab. Die Genossin Juchacz sprach zunächst über die Frauenkonferenz in Brüssel, die die Fortsetzung einer ganzen Reihe von Verhandlungen und Ereignissen war. Der Hamburger Kongreß hat als erster internationaler Kongreß nach dem Kriege eine Bedeutung, die noch weit in die Zukunft hineinragen wird. Schon damals hatten einzelne Frauen der Länder angefragt, ob dem Kongreß nicht ein Frauenkongreß angeschlossen werden könnte. Damals haben die Genossinnen, die als Delegierte an dem Kongreß teilnahmen, sich zu einer Konferenz zusammengefunden und ihre Wünsche formuliert. Es wurde ziemlich heiß um die Form gerungen, die der Frauenbewegung in der Internationale gegeben werden sollte. In den Debatten machten sich die verschiedenartigen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sehr stark bemerkbar. Das Ergebnis war die Wahl eines Frauenkomitees von fünf Genossinnen, die die Lösung dieser Frage bis zum nächsten Kongreß vorbereiten sollten. Ihren Vorarbeiten ist es zu danken, daß in Marseilles eine besondere Frauenkonferenz stattfinden konnte. Die Marseiller Konferenz hat ihre Vorschläge in einer Entschließung niedergelegt. Danach sollte die Exekutive darüber beraten, wie ein ständiges internationales Frauenkomitee zusammenzusetzen sei, das den Zielen und Methoden der Frauenbewegung dienen sollte. Das internationale Sekretariat überwies einen Ausführungsplan einer nach Brüssel einberufenen Frauenkonferenz zur Durchberatung. Diese Konferenz hat einen Entwurf für ein Statut des Frauenkomitees ausgearbeitet. Nach diesem Statut sind im Frauenkomitee vertreten: 3 Vertreterinnen für Großbritannien und Deutschland; 2 Vertreterinnen für Oesterreich, Belgien, Dänemark, Schweden, Tschechoslowakei (1 Deutsche und 1 Tschechin), Polen; 1 Vertreterin für alle Länder. Dieser Vorschlag muß noch von der Exekutive bestätigt werden. Die Genossin Todenhagen sprach dann kurz über die während des Jahres geleistete Arbeit. Im Anschluß daran wurden Vorschläge für die Vertretung der Frauen im erweiterten Bezirksvorstand, für die Delegierten zum Parteitag und zum Frauentag in Kiel gemacht. Für den erweiterten Bezirksvorstand wurden gewählt die Genossinnen Klara Bohm-Schuch (284 Stimmenn), Wachenheim (260 Stimmen), Scheibenhuber (223 Stimmen), als ihre Stellvertreterinnen die Genossinnen Wengels (216 Stimmen) Kresse (193 Stimmen), Scholz (175 Stimmen). Für die Vorschläge zum Parteitag erhielten die Genossinnen Wurm 205, Kresse 199, Scholz 173, Meier 168 Stimmen. Zum Frauentag wurden vorgeschlagen folgende Genossinnen: Katz (201 Stimmen), Hanna Kühn-Charlottenburg (140 Stimmen), Bormann (126 Stimmen), Beidler (115 Stimmen). Ueber die Zahl der Delegierten und Personen entscheidet der nächste Bezirksparteitag. Zwei Anträge wurden einstimmig angenommen: 1. Der Bezirkstag wird gebeten, sich folgendem Antrag an den Parteitag anzuschließen: „Der Parteivorstand wird beauftragt, regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal kleine gemeinverständlich abgefaßte Broschüren für die Agitation herauszugeben. Jede zweite Broschüre soll der Frauenagitation besonders gewidmet sein." — 2. Die Frauenkonferenz vom 21. Januar 1927 richtet an den Bezirksvorstand den Antrag, regelmäßig alle acht Wochen die „Frauenstimme" in 500 000 Exemplaren als Agitationsnummer herauszugeben.

Haftentlassung des Bankiers Lindemann.

Nachdem der Kommerzienrat Karl Lindemann im Dezember gegen Stellung einer Sicherheit von 10 000 M. aus der Haft entlassen worden war, wurden ebenfalls Anträge auf Freilassung seines Bruders, des Bankiers Otto Lindemann, gestellt, die aber von der Strafkammer, selbst gegen Kaution, nicht gewährt wurde. Nunmehr hatten auf Grund des neuen Verfahrens die Verteidiger ein mündliches Verfahren beantragt, das gestern vom Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Kohen, erfolgte. Inzwischen war die Voruntersuchung in der Spritschmuggleraffäre, in der die Brüder Lindemann das Schmuggelschiff „Pelikan" finanziert hatten, so weit gediehen, daß sämtliche Zeugen vernommen worden waren. Da demnach eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr besteht, gab der Untersuchungsrichter jetzt seine Zustimmung zur Haftentlassung von Karl Lindemann. Von dem Hauptbeteiligten an der Spritschmuggelaffäre, dem Ingenieur Bauer, der mit seinem Motorboot unter dem Stander des „Kaiserlichen Jachtklubs" den Sprit von der See ins Inland beförderte, fehlt bisher jede Spur. Es wird daher gegen die übrigen Beschuldigten allein Anklage erhoben werden müssen.

Diskussionsabend der Impfgegner.

Der Deutsche Reichsverband zur Bekämpfung der Impfung lud alle Gleichgesinnten wie auch seine Gegner zu einem Diskussionsabend in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße. In der außerordentlich stark besuchten Versammlung wurde das Für und Widder dieser ewig strittigen Frage wieder einmal gründlich erörtert, und die Majorität der Impfgegner behauptete siegreich das Feld. Der Referent des Abends, Dr. von Niessen, Dresden, hielt der ganzen Impffrage eine richtiggehende Grabrede; er wandte sich mit scharfen Worten gegen das Reichsimpfgesetz und seine Auswirkungen. Die Impfgegner stehen bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Impfung nicht nur keine Immunität, sondern geradezu eine Bereitschaft zur Aufnahme der verschiedenen Krankheitserreger im menschlichen Körper hervorruft. An Hand von Lichtbildern aus seiner ärztlichen Praxis führte er verschiedene Beispiele vor, die seine Auffassung der ganzen Angelegenheit vom rein medizinischen wie vom allgemeinen Standpunkt erläutern sollte. Nach ihm sprachen dann noch Rechtsanwalt Dünnwald-Gera, Dr. Winch, der seine Meinung in witziger Vortragsweise zu Gehör brachte, und viele andere. Für die Minorität der Impfanhänger brach Dr. Wachtel eine Lanze, der das Publikum einfach für nicht zuständig erklärte, trotz seiner eifrigen Anwaltschaft aber die starke Gegenpartei nicht überzeugen konnte. Der Schluß der Versammlung brachte eine einstimmig gefaßte Resolution im Sinne der oben gekennzeichneten überwältigenden Mehrheit der Versammlung.

Funkwinkel.

Am Nachmittag singt die Sopranistin Mariola von Wollen Lieder von Schubert und Schumann. Eine an sich schöne Stimme, die aber ein hochgeschraubter Mezzosopran ist. Dann spielt das Trio Meyer-Marx neben Mozart und Beethoven das Brahms-Trio C-Dur, opus 87, und bietet durch seinen wundervoll beseelten Vortrag einen Ausgleich für den unzureichenden Gesang. Der erste Teil des Abends gehört Jakob Wassermann. Der Kritiker Fritz Engels entwirft das Porträt des Schriftstellers und richtet dabei scharfe Angriffe gegen fanatische Rassenfetischisten. Wassermann liest ein Kapitel aus seinem letzter Roman „Aufruhr um den Junker Ernst" und die kurze Novelle „Die Kaunzin". Merkwürdig eindringlich klingt diese tiefe, schwere Stimme, die nicht frei von Dialekt ist. Endlich zeigt sich ein großer Romanschriftsteller auch als bedeutender Vorleser, der scharf charakterisierend doch immer die große epische Linie wahrt. Außerdem drei interessante Vorträge. Norbert Jacques, der Verfasser des Dr. Mabuse und daneben bekannter Weltreisender, spricht in geschliffenen Sätzen über das Theater der Chinesen. Um die Anschaulichkeit zu steigern, führt Jacques Grammophonaufnahmen chinesischer Lieder vor, und daneben gibt er Vergleiche zwischen abendländischer und ostasiatischer Musik. Der erste Vortrag des Professors Preuß in dem Zyklus „Soziale Probleme der Völkerkunde" bewegt sich in streng wissenschaftlichen Bahnen. Allerdings etwas trocken, aber vorbildlich konzentriert gibt er einen klaren Umriß von den Zusammenhängen von Wirtschaft, Religion und Kunst. Leo Horwitz sprach über den heimischen Markt, der heimischen Erzeugung, ein Beitrag zur Lösung des Arbeitsbeschaffungsproblems. Eigenproduktion und so wenig wie möglich Geld ins Ausland ist seine Devise.

Der „Ulenspeigel" mit der Badehose.

Eine Beleidigungsklage vor dem Reichsgericht.

Mit was für Bagatellsachen sich manchmal doch die alten ehrwürdigen Reichsgerichtsräte zu befassen haben! So konnte man vor kurzem den humorvollen Vortrag des berichterstattenden Reichsgerichtsrats über eine kleine, wahre Geschichte aus dem Hannoverischen miterleben. Da ist in einem Dorfe ein Schulmeister. An warmen Sommertagen liebt er es in Badehosen auf der Wiese sich von der Sonne bestrahlen zu lassen. Oder er rudert den Fluß hinauf, nur mit der Badehose bekleidet — die Dorfbewohner nennen dies Kleidungsstück den dreieckigen Lappen; am Steuer sitzt in voller Kleidung seine Kollegin, die Lehrerin — die Leute bezeichneten dies Zusammensein als „intimen Verkehr". Am schlimmsten war aber auf den Schulmeister der Besitzer eines Fischereibetriebs zu sprechen; der störende Schwimmunterricht, den der Lehrer seinen Buben erteilte, hatte es ihm und seinen Fischen angetan. Das „stillsame" Dorf befand sich wegen des „unsittlichen Lebenswandels" des verheirateten Lehrers in hellstem Aufruhr: man hatte ihn noch nach 10 Uhr die Kollegin begleiten sehen. Die Badehose erregte immer größeres „öffentliches Aergernis": die Tochter des Fischereibesitzers weigerte sich, dem Lehrer das Mittagessen zu bringen, wenn er mit dem schamlosen „dreieckigen Lappen" ausstaffiert in der Sonne graste. An die vorgesetzte Behörde flogen Beschwerden; der Schulrat nahm Vernehmungen vor; ja selbst eine Reise nach Berlin schien notwendig. Was Wunder, daß die erhitzten Gemüter der Dorfbewohner sich schließlich in Beleidigungen und Verleumdungen Luft machten. Als der Lehrer eines Tages nur mit der berüchtigten Badehose bedeckt auf der Brücke stand, die von der Badeanstalt führte und die Lehrerin im Badekostüm sich zu ihm gesellte, sagte der Fischereibesitzer zu einigen Schulbuben, die wohl wieder seine Fische zu stören beabsichtigten: „Was wollt ihr denn hier? Euer Ulenspeigel steht auf der Brücke." „Ulenspeigel", das war schon eine Beleidigung. Und als der Fischereibesitzer eines Tages den Schulrat trat, der im Begriff stand, in der bewußten Angelegenheit nach Berlin zu fahren, da meinte er: „Die Fahrt ist unnütz, da ja das ganze Dorf über den „intimen Verkehr" zwischen Lehrer und Lehrerin Bescheid wisse." Das war schon eine böswillige Verleumdung eines verheirateten Mannes, dessen eheliche Treue über allem Zweifel erhaben war. Es half dem Landwirt nichts, daß er vor Gericht den „Ulenspeigel" als ganz harmlosen Gesellen darstellte, dem die Stadt Braunschweig selbst ein Denkmal gestellt habe. Und auch den „intimen Verkehr" als eine harmlose Angelegenheit verwandelt wissen wollte. Das Urteil lautete auf 20 Mark Geldstrafe. Auch die Berufungsinstanz konnte der Ansicht des Fischereibesitzers nicht beipflichten und bestätigte das erste Urteil. Und die Herren Reichsgerichtsräte fanden wenig Verständnis für die Harmlosigkeit der Bezeichnung „Ulenspeigel" und des Begriffes „intimer Verkehr"; sie verwarfen die Revision.

Dies ist die wahre Geschichte von dem „Ulenspeigel mit der Badehose" und der Beleidigungsklage vor dem Reichsgericht. Bei der sonst so ernsten Materie, die die Herren Reichsgerichtsräte zu erledigen haben, dürfte man ihnen diese kleine humorvolle Abwechslung schon gönnen.

Er wollte Kinobesitzer werden . . .

Wegen fortgesetzter Unterschlagungen, die er durch Fälschungen verdeckte, wurde ein 39 Jahre alter Buchhalter Emil Bloch aus der Fraunhoferstraße festgenommen. Bloch war seit Jahren bei einer großen Baufirma angestellt und genoß dort volles Vertrauen. Sein Einkommen genügte ihm nicht. Um seine Lage zu verbessern, wollte er ein kleines Kapital, das er besaß, gewinnbringend arbeiten lassen. Das glaubte er am besten durch Erbauung und Einrichtung eines Kinos erreichen zu können. So begann er denn bereits im Jahre 1924 mit dem Bau. Bald aber mußte er erkennen, daß sein Kapital nicht ausreichte, ihn zu vollenden, von der Einrichtung ganz abgesehen. Weil er keinen Kredit bekommen konnte, so griff er jetzt zu Unterschlagungen und Betrügereien. Er wertete Quittungen, die ihm ausgezahlt wurden, so hoch auf, daß es lohnte, z. B. von 84 auf 684 M. Das konnte er lange fortsetzen, weil er als Vertrauensmann fast gar nicht kontrolliert wurde. Mit 150000 Mark, die er auf diese Weise nach und nach in seine Hände brachte, stellte er auch das Kino fertig. Jetzt hoffte er aus den Einnahmen des Betriebes die Unterschlagungen allmählich decken und seiner Firma den Schaden ersetzen zu können. Da kam jedoch plötzlich gründliche Revision und deckte die Fälschungen auf. Bloch gab alles zu und verpfändete auch der Baufirma das Kino, das in der ersten Zeit Zuschüsse verlangt hatte, jetzt aber in der Tat mit Ueberschüssen arbeitet. Bloch wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Schwere Verkehrsstörung im Hochbahnbetrieb.

Auf der östlichen Strecke der Hochbahn entstand gestern abend kurz nach 9 Uhr eine empfindliche Verkehrsstörung. Auf Bahnhof Warschauer Brücke waren die Hauptsicherungen durchgebrannt, so daß der Verkehr in beiden Richtungen bis zum Kottbusser Tor lahmgelegt war. Der Kurzschluß hatte besonders einen riesigen Andrang auf den Bahnhöfen Warschauer Brücke und Stralauer Tor zur Folge, weil die Flachbahn als Zubringerstrecke für die Hochbahn in Betrieb blieb und fortgesetzt neue Fahrgastmasser anbrachte. Die sofort alarmierte Betriebswache von Gleisdreieck konnte erst nach längerem Arbeiten die Störung wenigstens insofern beheben, als die Züge, wenn auch in bedeutend verlangsamten Tempo, bis Kottbusser Tor verkehren konnten. Der Bahnhof Warschauer Brücke mußte aber längere Zeit für den Verkehr gesperrt bleiben; die von Kottbusser Tor ankommenden Züge wurden gleich hinter der Station Osthafen zurückgeleitet.

Falsche Fünfzigrentenmarkscheine im Umlauf.

Von den Rentenbankscheinen zu 50 Rentenmark mit dem Kopfbildnis, Ausgabe vom 20. März 1925, ist in Berlin eine Nachahmung aufgetaucht. Diese Fälschung ist an einem besonderen Merkmal zu erkennen: An den echten Scheinen zeigt sich, besonders wenn man sie gegen das Licht hält, bei dem Wasserzeichenmuster auf dem druckfreien Rand rechts von dem Kopfbildnis, daß die hellen und dunklen Stellen des Wasserzeichens leicht verschwommen ineinander übergehen. Bei dem Wasserzeichenmuster auf den falschen Scheinen heben sich die dunklen Linien scharf begrenzt gegen die hellen Stellen des Wasserzeichens ab. Ein zweites Merkmal ist für den Laien schwer zu erkennen. Die Direktion der Deutschen Rentenbank hat auf die Ergreifung der Fälscher eine Belohnung bis zu 10 000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen, die auf die Spur der Fälscher führen können und die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, erbittet Kriminalkommissar von Liebermann, Alte Leipziger Straße 16, Anruf Merkur 3789.

Eine segensreiche Einrichtung ist im Verwaltungsbezirk Wedding getroffen worden. Das Bezirksamt Wedding hat nämlich mit Beginn dieses Jahres in der Wallstraße 16, vorn eine Treppe, eine Eheberatungsstelle eröffnet, in der erfahrene

Aerzte Heiratswilligen und Verheirateten in allen Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens unentgeltlich Rat erteilen. Ehebewerber erhalten auf Wunsch kostenlos ein Heiratszeugnis über ihre gesundheitliche Eignung zur Eheschließung. Die ärztliche Beratung erfolgt streng vertraulich, das Ergebnis wird unter keinen Umständen Außenstehenden mitgeteilt. Die Sprechstunden finden statt an jedem Mittwoch von 12 bis 1 Uhr und an jedem Freitag von 5 bis 6 Uhr. Am Mittwoch ist eine Aerztin anwesend, am Freitag ein Arzt.

Ein Lichtbildervortrag der Freien Schulgemeinschaft Friedrichshain findet am Freitag, den 28. Januar, abends 7½ Uhr, im großen Saal des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11, statt. Thema: Aus dem Leben der weltlichen Schule. Referenten: Rektor Kreutziger, Stadtverordneter, Lehrer Erich Wendicke. Eltern, besucht diesen Aufklärungsvortrag und meldet eure Kinder für die weltliche Schule bis zum 3. Februar 1927 bei Lehrer Erich Wendicke, O 34, Richthofenstraße 32 v. III, Wilhelm Mardus, O 34, Löwestraße 7, Quergeb. II, Albert Voß, Thaerstraße 41 v. II, Walter Rose, Gollnowstraße 16, im Laden.

Englisch für Freunde internationaler Kleinarbeit. Ein Anfängerzirkel, der Donnerstags von 8—10 im Zentrum der Stadt tagen wird, nimmt noch Genossinnen und Genossen auf. Unkosten 1 M.; es wird Anschauungsunterricht erteilt und nur englisch gesprochen. Auf Wunsch sollen Spätnachmittagskurse eingerichtet werden, die von ½6—½8 laufen. Hierfür sind auch noch andere Tage offen. Ebenso sollen Zirkel gebildet werden, die ihre Zusammenkünfte vormittags abhalten. Zwecks Erweiterung des Brief- und Zeitungsaustausches mit englischen Gesinnungsfreunden sollten recht viele mitarbeiten und die Wege ebnen helfen, die zu einem besseren persönlichen Verstehen deutscher und englischer Genossen führen. Die bereits erfolgreich durchgeführten gegenseitigen Besuche werden im Sommer fortgesetzt. Auskünfte hierüber durch die „Freunde internationaler Kleinarbeit" (Gen. Dr. Baeh, NW 21, Stromstr. 58). Anmeldungen zu den Arbeitsgemeinschaften für Englisch an den Leiter, Gen. W. Floerke, SW 19, Kurstr. 32, langjähriger Lehrer städtischer Fortbildungsschulen in England und Schottland.

20. Bezirk Freidenker-Jugendweihe. Der Vorbereitungsunterricht findet für die Kinder in Reinickendorf in der 3. Gemeindeschule, Letteallee, Mittwochs von 4—6 Uhr, in Tegel in der 2. Gemeindeschule, Treskowstraße, Zimmer 30, für die Orte Tegel, Heiligensee, Hennigsdorf Mittwochs von 4—6 Uhr, in Hermsdorf in der Turnhalle am Bahnhof, für die Orte Hermsdorf, Wittenau, Rosenthal, Alt-Glienicke Freitags von 4—6 Uhr statt. Anmeldungen werden in den Lokalen entgegengenommen.

Anfängerkurse in Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch. Auf Wunsch zahlreicher Genossen und Genossinnen sollen vom 1. Februar in allen Stadtteilen neue Anfängerkurse (Abendunterricht) in den obigen Sprachen eingerichtet werden. Ferner werden besondere Kurse für Kinder (Nachmittagsunterricht) zusammengestellt. Anmeldungen für alle Kurse bis zum 5. Februar schriftlich oder persönlich beim Genossen H. Fuchs, W 57, Zietenstr. 6 (nahe Nollendorfplatz).

Unschuldig verurteilt.

Unglaubliches Fehlurteil eines Schöffengerichts.

Das große Schöffengericht Stuttgart hatte im vergangenen Jahre den Kraftwagenführer Kilian Schwarz aus Ellwangen auf Grund von Zeugenaussagen zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er mindestens 50 schwere Einbrüche in Bauerngehöfte verübt haben sollte. In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil auf zehn Monate Gefängnis ermäßigt. Die Einbruchsdiebstähle gingen aber weiter, auch als Schwarz seine Strafe verbüßte. Nach längerer Zeit gelang es der Kriminalpolizei, den wirklichen Täter in der Person des Malers Eugen Glaser aus Weschenbeuren zu verhaften. Glaser wurde jetzt vom Stuttgarter Großen Schöffengericht zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Gleichzeitig beantragte die Staatsanwaltschaft in einem Wiederaufnahmeverfahren vor der Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts, den unschuldig im Gefängnis sitzenden Schwarz freizusprechen. Das Gericht folgte diesem Antrag und sprach Schwarz für die unschuldig verbüßte Gefängnisstrafe eine Entschädigung zu.

Zugzusammenstoß in Rumänien.

5 Tote, 10 Schwerverletzte. — Betrunkenes Zugpersonal.

Wie „Esti Curier" aus Siebenbürgen meldet, ist der Galatzer Schnellzug in unmittelbarer Nähe von der Station Alsolonoa bei dichtem Nebel in einen entgegenkommenden Güterzug hineingefahren. Die Wucht des Zusammenstoßes war so groß, daß die Lokomotiven sich ineinander bohrten. Bei den Rettungsarbeiten wurden fünf Tote, zehn Schwer- und eine große Anzahl Leichtverletzter geborgen. Der Lokomotivführer und der Zugführer des Güterzuges, sowie der Lokomotivführer des Schnellzuges befinden sich unter den Toten. Der Lokomotivführer und der Zugführer des Güterzuges waren betrunken und mit Volldampf durch die Station hindurchgefahren, obwohl er dort den Schnellzug hätte abwarten müssen.

Groß-Waldenburg, Schlesiens neue Großstadt.

Regierungspräsident Dr. Jänicke teilte vor kurzem in einer Besprechung, an der sämtliche interessierten Bürgermeister, Amts- und Gemeindevorsteher teilnahmen, mit, daß der preußische Staat nunmehr gewillt sei, mit Hilfe des Landtages auf gesetzlichem Wege eine Gemeinde „Groß-Waldenburg" zu schaffen, zu der die großen Industrieorte Waldenburg, Weißstein und Nieder-Hermsdorf gehören werden. Die kommunalen Vertretungen beschäftigten sich in ihren letzten Sitzungen ebenfalls mit dem Problem. **Bis spätestens Frühjahr 1928 wird der großzügige Plan durchgeführt sein, der vor allem eine erhebliche Vereinfachung des Verwaltungsapparates und eine Verbesserung der sozialen Fürsorge bezweckt. In parteipolitischer Beziehung wird sich das Stimmenverhältnis zugunsten der SPD. und KPD. verschieben. Mit der Verstaatlichung der Polizei wird unverzüglich begonnen.** — Die neue Großstadt von etwa 100 000 Einwohnern umfaßt sodann den bergbaulich intensivsten Teil des mittelschlesischen Steinkohlengebietes.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr. **Wintersportabteilung:** Ski, Rodel, Eislauf Fr., d. 28., wichtige Sitzung betr. Fahrt Freienwalde usw., 8 Uhr, Schneiders Hotel, Kloster- Ecke Königstraße. Anmeldungen zur Fahrt und zu den Konkurrenzen beim 3. Märkischen Wintersporttag. Gäste willkommen. — **Friedrichshain:** Radfahrerabteilung Mi., d. 26., 8 Uhr, bei Rostin, Memeler Ecke Pillauer Straße. Fahrtbesprechung. — **Wilmersdorf:** Kameradschaft Nord Do., d. 27., 8 Uhr, Vollversammlung bei Kroibs. Erscheinen Pflicht. Jeden Donnerstag Turnen und Wehrsportübungen 8—10 Uhr Turnhalle der Oberrealschule am Seepark. — **Neukölln-Britz:** Do., d. 27., ½8 Uhr, im Karlsgarten Gründung des Sportvereins Fortschritt 14. — **Köpenick:** Fr., d. 28., 8 Uhr, Kreisgeneralversammlung im Stadttheater. — **Lichtenberg nebst Untergruppen:** Fr., d. 28., 8 Uhr, 4. und 5. Zug und Friedrichsfelde Vortrag im Restaurant Wilhelmbrunn, Türrschmidt- Ecke Lessingstraße. Referent Kamerad Mertens. 1. Zug 8 Uhr bei Lohahn, Jungstr. Ecke Oderstraße. Referent Erich Fränkel. Gruppenführer laden ein. — **Pankow (Kreis):** Fr., d. 28., 8 Uhr, wichtige Zusammenkunft Turnhalle Wollankstr. 131. Erscheinen Pflicht. Nachrichtendienst ladet ein. — **Reinickendorf:** Fr., d. 28., 8 Uhr, Generalversammlung im Schützenhaus Reinickendorf, Residenzstr. 1. Erscheinen aller aktiven und passiven Kameraden dringend erforderlich. — **Kreuzberg:** Do., d. 27., 7 Uhr, Abrechnung der Abteilungskassierer bei Bieler, Dieffenbachstr. 78. — **Schöneberg-Friedenau:** Kameradschaft Ruben: Mi., d. 26., 8 Uhr, findet im Lokal bei Lähn, Rubenstraße 49, unsere erste Monatsversammlung statt. Referent Kamerad Dr. Seligsohn über „Justizschande". — **Teltow:** Do., d. 27., 8 Uhr, Generalversammlung bei Kamerad Funke, Potsdamer Str. 54. Referent Kamerad Erich Fränkel.

Biochemischer Verein Groß-Berlin. Tiergarten: Mittwoch, 26. Januar, Wernickes Festsäle, Potsdamer Str. 39/39a. Referent Herr Dr. med. Schmeag. Thema: „Leber- und Gallenleiden", mit Lichtbildern. — **Gesundbrunnen:** Donnerstag, 27. Januar, Restaurant Schmidt, Prinzenallee 33. Referent Herr

Bei **Grippe, Influenza**

u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Togal-Tabletten hervorragend bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitserscheinungen sofort. Lt. not. Bestätigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Gutachten allein aus Ärztekreisen eingegang., darunter v. namhaften Professoren u. aus ersten Kliniken u. Krankenanst. Überrasch. Erfolge! Fragen Sie Ihren Arzt! Togal ist in allen Apotheken erhältlich. Preis M. 1.40

12,5 Lith., 0,46 Chinin, 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 amyl.

Am 24. Januar starb im Alter von 73 Jahren unser früherer langjährige Mitarbeiter, der Buchbinderei-Werkmeister

Paul Schneider

Seit Gründung des Geschäfts bis zu seinem Austritt im Dezember 1923 stand er unserer Buchbindereiabteilung als Leiter vor. Durch seinen aufrechten und uneigennützigen Charakter, den er sowohl im Verkehr mit seinen Kolleginnen und Kollegen als auch mit der Geschäftsleitung stets zur Schau trug, erwarb er sich die Achtung aller Mitarbeiter.

Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.

Geschäftsleitung und Gesamtpersonal der Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co.

Einäscherung Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Am 24. Januar, vormittags 3½ Uhr, verstarb im 63. Jahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter

Frau Maria Gruß

geb. Bluhm

Berlin-Pankow, Wollankstraße 31.

Im Namen der Hinterbliebenen
Paul Gruß.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 22. Januar starb unser Vater, Schwieger- und Großvater, der Zigarrenfabrikant

Hermann Kriedemann

im 68. Lebensjahre nach längerer Krankheit.

Familie Scheck.
Familie Beldner.

Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, den 27. Januar, abends 9 Uhr im Krematorium Gerichtstraße.

Statt Karten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Anna Bethge

geb. Schmidt, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands unsern herzlichsten Dank.

Gustav Bethge und Kinder.
Eichwalde bei Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Schraubendreher, -dreherinnen sowie Automaten-Einrichter-Branche!

Donnerstag, den 27. Januar, mittags 12 Uhr, im Zimmer 28 des Verbandshauses, Linienstr. 83/85

Arbeitslosen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die „Krisenfürsorge". 2. Diskussion u. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Berufsangehörigen ist dringend erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Am 24. Januar, vormittags ½11 Uhr, verschied plötzlich nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Expedient

Richard Strehl

im 54. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Lotte Strehl
geb. Ciesielska.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 29. Januar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters

Rudolf Nowigk

sagen wir hierdurch allen denen, die dem teuren Entschlafenen das letzte Geleit gaben, insbesondere der 99. Abt. der SPD. Britz-Buckow, der IV. Kameradschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Britz sowie dem Wirt und den Mietern des Hauses Chausseestraße 14 unseren tiefempfundenen Dank.

Ww. Emma Nowigk.
Gustav Nowigk und Frau.

10 Pf. — 100 Mark

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität **Conrad Müller** Schkeuditz-Leipzig

Inserieren bringt ERFOLG!

15.

Auf Grund des § 11

des Pressegesetzes ersuche ich Sie", so schreibt uns Herr Bliemchen, Blächheim, Zückerchenstraße 12 a, „zu berichtigen, daß ich der in Ihrer Anzeige Nr. 14 erwähnte Bliemchen nicht bin".

Sein Wille geschehe hiermit. Herr Bliemchen erinnert uns an einen wegen Beleidigung verurteilten Mann, der sich streng an das Gesetz halten wollte, damit aber gerade Schiffbruch erlitt.

Um nicht noch einmal hereinzufallen, fragte er einen Schöffen: „Darf ich zu einem Herrn niemals Ochse sagen?"... „Nein, niemals"... „Aber zu einem Ochsen könnte ich hoher Herr sagen?"... „Ja, das könnten Sie"... „Na, dann danke ich schön, hoher Herr".

So kann's kommen. Deshalb wollen wir uns lieber davon abwenden und von etwas anderem plaudern: vom Gesetz der Überlieferung.

Unser Münchner Kindl, das Wahrzeichen der alten, weltbekannten Zuban-Zigarettenfabrik, steht mit Dr. Ali Nabi, unserem Tabakdoktor, in dessem Laboratorium.

„Du weißt ja", erzählt der alte Tabakdoktor, „daß edle Tabake allein nicht genügen, um kostbare Zigaretten zu schaffen. Vor allem muß man die besonderen Eigenschaften jeder Sorte genau kennen.

Mein Stamm übertrug im strengen Überlieferungsgesetz die uralten Geheimnisse in der Tabakexpertise von Geschlecht zu Geschlecht bis auf den heutigen Tag.

Meine unermüdlichen Versuche, diese uralten Rezepte den heutigen Geschmacksrichtungen anzupassen, sind mir so gut gelungen, daß sich auch die verwöhntesten Zubanraucher daran begeistern werden. Eine Feierstunde wird jeder Zubanraucher erleben.

Der Zuban-Zigarettenfabrik gehört dieser beispiellose Erfolg!"

Übermorgen hören Sie mehr!

Die Geschmacksrichtungen der Raucher sind wandelbar wie die Zeiten. Wir gehen mit! Die leichten, süffig süßen Mischungen unserer Zigaretten sind Glanzstücke der heutigen Zigaretten-Herstellungsart.

Drum seien Sie nicht nur Lebenskünstler, sondern

werden Sie Künstler des Geschmacks!

Rauchen Sie die 4 Pfg.-Zigarette

Zuban Nr. 6!

Verstecken spielen

hat keinen Zweck, denn selbst das kleinste Schulkind weiß, wer ich bin und wo ich zu finden bin.

Auch der Sinn der funkentelegraphischen Marsbotschaft, die kürzlich ein englischer Gelehrter empfing, ist nicht verborgen geblieben. Sie lautete: „Lebt Dr. Unblutig noch? Wird noch kukirolt?" Dieser radiobedepeschierte sofort zurück: „Jawohl, Dr. Unblutig lebt noch! Königin von Rumänien, Mussolini, alle Kanalrekordschwimmer, alle Sport- und Filmgrößen kukirolen!" — Kukirolen Sie auch! Das heißt, beseitigen Sie Ihre Hühneraugen und Ihre Fußschmerzen, und halten Sie im Winter Ihre Füße hübsch warm und trocken durch die Kukirol-Erzeugnisse.

Mit Ihren Hühneraugen machen Sie kurzen Prozeß. Das vielmillionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster beseitigt sie schnell und schmerzlos, Packung 75 Pfg. Kukirol-Pflaster-Binden 8 Stück nur 60 Pfg.

Gegen kalte und nasse Füße

tragen Sie die Wärme spendenden, in mehreren Staaten patentierten Kukirol-Einlegesohlen. 1 Paar je nach Größe Mk. 1.25 bis Mk. 1.75, in einfacherer Ausführung 80 Pfg. bis Mk. 1.— Antiseptisch imprägnierte Kukirol-Einlegesohlen in einfachster Ausführung 6 Paar 50 Pfg.

Die Kukirol-Erzeugnisse sind in jeder guten Drogerie und Apotheke erhältlich oder direkt durch die

Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. (fettgedrucktes Wort 25 Pf., zulässig 2 fettgedruckte Worte). — Stellengesuche das 1 Wort (fettgedruckt) 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis spätestens 4½ Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von morgens 8½ Uhr bis nachm. 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Drehrollentische. Leistungsfähigste Spezialfabrik. Rollenmandlung 200,—. Rosenthalerstraße 26.

Dürkopp-Nähmaschinen ohne Anzahlung, 3 Mark Wochenrate. Wolff, Brunnenstraße 183, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6280.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halvern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Bettenverkauf! Neue 15,—! 19,50! Prachtvolle 22,50! 27,50! Kinderbetten 8,75! Bettwäsche! Steppdecken! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus Brunnenstraße 47.

Frackverleihinstitut Friedrichstr. 122/123, gegenüber Oranienburgerstraße.

Möbel

Gelegenheit! Kleiderschrank 18,—, Vertiko 15,—, Waschtoilette 11,—, Nußbaum-Schreibtisch 25,—, Küchen 24,—, Plüschsofa 15,—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Neue Anrichteküchen mit Linoleum 59,—, Rahmenküchen 64,—, weiße Auskleideschränke mit Facettespiegel 65,—, Nußbaum-Kleiderschränke mit Spiegel 73,—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Ausnahme-Angebot! Aufkleideschränke, 2 Meter breit, mit ovalem Spiegel, dreitürig, Wäscheabteilung, 185,—, 150 breit 105,—, englische Bettstellen, komplett, 55,—, Nachttische mit Marmorplatte 15,—, Nußbaum-Apotheken 12,—, Plüschsofas 48,—, Diplomaten 38,—, Säulenbüfetts 75,—, Bierauszüge 65,—, Standuhren 72,—, Eßzimmer, echt Eiche, komplett 295,—, Schlafzimmer mit echtem Marmor und Facettespiegel 285,—, Herrenzimmer mit Ledermöbeln 285,—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn Bahnhof Gesundbrunnen, Freilieferung.

Herrenzimmer 290,—. Rindlederfessel 85,—. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Rossbeu, Kastanienallee 57, Schlafzimmer, volle Türen und Betten 585,—, Speisezimmer 390,—, komplett 380,—.

Rossbeu, Kastanienallee 57, Ankleideschränke 105,—, Sofa 85,—, Lederstuhl 15,—, Schreibtisch 65,—, Herrenzimmer 180, Gelegenheit 465,—.

Ohne Anzahlung sämtliche Möbel in reichhaltigster Auswahl. Wochentliche Ratenzahlungen, erhalten Sie bei Möbel-Lohn, im Osten: Große Frankfurterstraße 58 (fünf Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47—48 (fünf Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen).

Musikinstrumente

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung. Fahrt. Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Pianos preiswert. Klaviermacher Brunnenstraße 35.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Kaufe stets: Sozialistische Schriften von 1890, Suche besonders: Die Neue Zeit 1883—1922, vollständig und in einzelnen Bänden. E. Martin Fraenkel, Antiquariat, Luisenstraße 19.

Verschiedenes

Vertrauenssache Auskunft, Untersuchung (ärztlich). Frau Gehmann, Köpenickerstraße 131, rechter Vorderaufgang 1 Treppe, Nähe Schlesischer Görlitzer Bahnhof.

Arbeitsmarkt

Ladenhelferin, tüchtige, stellt ein Otto Richter, Ellenstraße 2.

Reine Koch-, Back-**Butter 1.40**
Allerfeinste Tisch-Butter **1.80**
Wegner, Berlin SO, Mariannenstraße 34

Stellenangebote finden im Vorwärts **beste Beachtung!**

Dr. med. Ehrmann. Thema: „Herz-, Nieren- und Nervenleiden", mit Lichtbildern. — Kreuzberg: Donnerstag, 27. Januar, Bockbrauerei, Rheinstraße. Referent Herr Dan. Gay. Thema: „Biochemie und Magie", mit Lichtbildern. — Tempel: Donnerstag, 27. Januar, Restaurant Hannigk, Hauptstr. 6. Referent Herr E. G. Thomas. Thema: „Rheumatismus, Gicht". — **Hohenschönhausen:** Freitag, 28. Januar, Lademanns Gesellschaftshaus, Berliner Straße. Referent Herr Tanner. Thema: „Geisteskrankheiten".

Verband für Feuerbestattung. 20. Bezirk: Donnerstag, 27. Januar, 7½ Uhr, bei Ramlow, Schönholz, Bezirksmitgliederversammlung. Tagesordnung: „Weltliche Schule, Reichsschulgesetz". — **Strelitz:** Donnerstag, 27. Januar, 7½ Uhr, in der Realschule Klosterstraße Vortrag des Genossen Dr. Kritzler: „Zauberei und Aberglauben einst und heute".

Schlesischer Verein Rübezahl, Charlottenburg. Sonnabend, 29. Januar, 8 Uhr, Feier des 15. Stiftungsfestes im Schillertheater-Restaurant, Bismarckstraße 110, verbunden mit Theateraufführungen in schlesischer Mundart und Tanz. Gäste willkommen.

Berlin zur Förderung des Gewerbefleißes. Montag, 7. Februar, 7½ Uhr, hält Herr Bergassessor Dr. R. Beschloß im Hofmann-Haus, Stolzenfelsstr. 4, einen Vortrag über „Bergbau und moderne Kohlenverlesung". Anschließend Aussprache. Gäste (auch Damen) haben unentgeltlich Zutritt.

Berliner Esperantovereinigung, Ortsgruppe Berlin-Norden. Donnerstag, 27. Januar, 8 Uhr, in den Thorusälen, Berlin N, Müllerstr. 142, Vortrag über Weltkongreß und über Bedeutung, Verbreitung und Aufbau der Esperantosprache. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Berliner Handwerkerverein, Gneisenaustr. 18. Mittwoch, 26. Januar, 8 Uhr, Vortrag Musikdirektor Max Winkler: „Johann Strauß", mit Vorführungen aus seinen Werken.

Gesellschaft für Sexualreform. Mittwoch, 26. Januar, 8 Uhr, Schulaula Friedrichstr. 136 (neben Bahnhof Friedrichstraße) Vortrag Justizrat Dr. Werthauer: „Die Sexualprobleme unserer Zeit in rechtlicher Beziehung". Eintritt für Gäste 50 Pf., für Mitglieder die Hälfte.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdruck verb.) Trocken und zeitweise etwas aufklarend, Temperaturen wenig verändert. — **Für Deutschland:** Keine wesentliche Aenderung.

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 8: Madame Butterfly
Schauspielhaus 8 Uhr: Ariadne auf Naxos
Schiller-Theater 8. Wallensteins Tod.

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Das Glöckchen des Eremiten

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 Uhr: Reichardt v. Gaisenau von Wolfgang Goetz Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele Norden 10334—37 8 Uhr: Letzte Aufführungen Ollapotrida von Lernet-Holenia Regie: Heinz Hilpert. Hierauf: Das Veilchen von Franz Molnar Regie: Eug. Robert. Sonnabend, d. 29., 7½: Zum 1. Male: Germaine

Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8½ Uhr: Die Perle von Tristan Bernard Regie: Fritz Lettinger

Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091 8 Uhr: Max Adalbert in „Müllers"

Gr. Schauspielhaus Täglich 8½ Uhr: Von Mund zu Mund

CHARELL-REVUE Sonnt. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorstellg. zu ermäß. Preisen

Th. Königgrätzer St. Hasenheide 2110 8 Uhr Mrs. Cheney's Ende Elisabeth Bergner

Komödienhaus Norden 6304 8 Uhr: Frühstück

Rose-Theater 8 Uhr: Preziosa

SCALA Nollendorf 7360 Annette Kellerman und andere Novitäten!!

Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr: Zirkusprinzessin

Thalia-Theater 8 Uhr: Der große und der kleine Klaus

Residenztheater Täglich 8½ Uhr: Absteigequartier

Philharmonie 8 Uhr: Wagner-Abd. des Philharm. Orch. Dirigent: Otto Mortkowicz

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Nachtasyl. Morgen 8 Uhr: Volpone. Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr: Das Erstmal das unbekannte Soldaten.

Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: Der Trompeter vom Rhein. Vorverk. ununterbr. Preise von 1—7 M.

Neues Theater am Zoo Stpl. 8471, Tgl. 8 Uhr: Erika Gläßner in Modellhaus Crevette. Vorverk. ununterbr.

CASINO-THEATER 8 Uhr Neu! Ein Tag im Paradies! Neu! Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Wallner-Theater 8¼ Der Schlager 8¼ Das blonde Wunder

Winter-Garten Variete 8 Uhr. Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger. Das wundervolle Jubiläum-Programm! Nachmittags: halbe Preise, volles Programm! Dönhoff-Bratt's Varieté, Konzert, Tanz. Sonnab., 29. 1.: Benefiz Karl Braun

Komische Oper Premiere Freitag, den 28 Januar Die weltstädtische James-Klein-Revue Die Sünden der Welt. Hans Albers, Franz Baumann (Der Radio-Tenor), Vicky Werckmeister, Edith Schollwer, Helmut Krauss. 250 MITWIRKENDE. Vorverkauf heute eröffnet ab vormittags 10 Uhr an der Theaterkasse.

Familie Schimeck Otto Künstler-Th. 8 Uhr: Familie Schimeck mit Max Pallenberg. Beg. 3½: Der fröhliche Weinberg

Lessing-Theater Alb. Bassermann 8: Der Diktator

Th. a. Kurfürstendamm 8 Uhr: Major Barbara

Lustspielhaus 8½ Guido Thielscher: Hurra — ein Junge

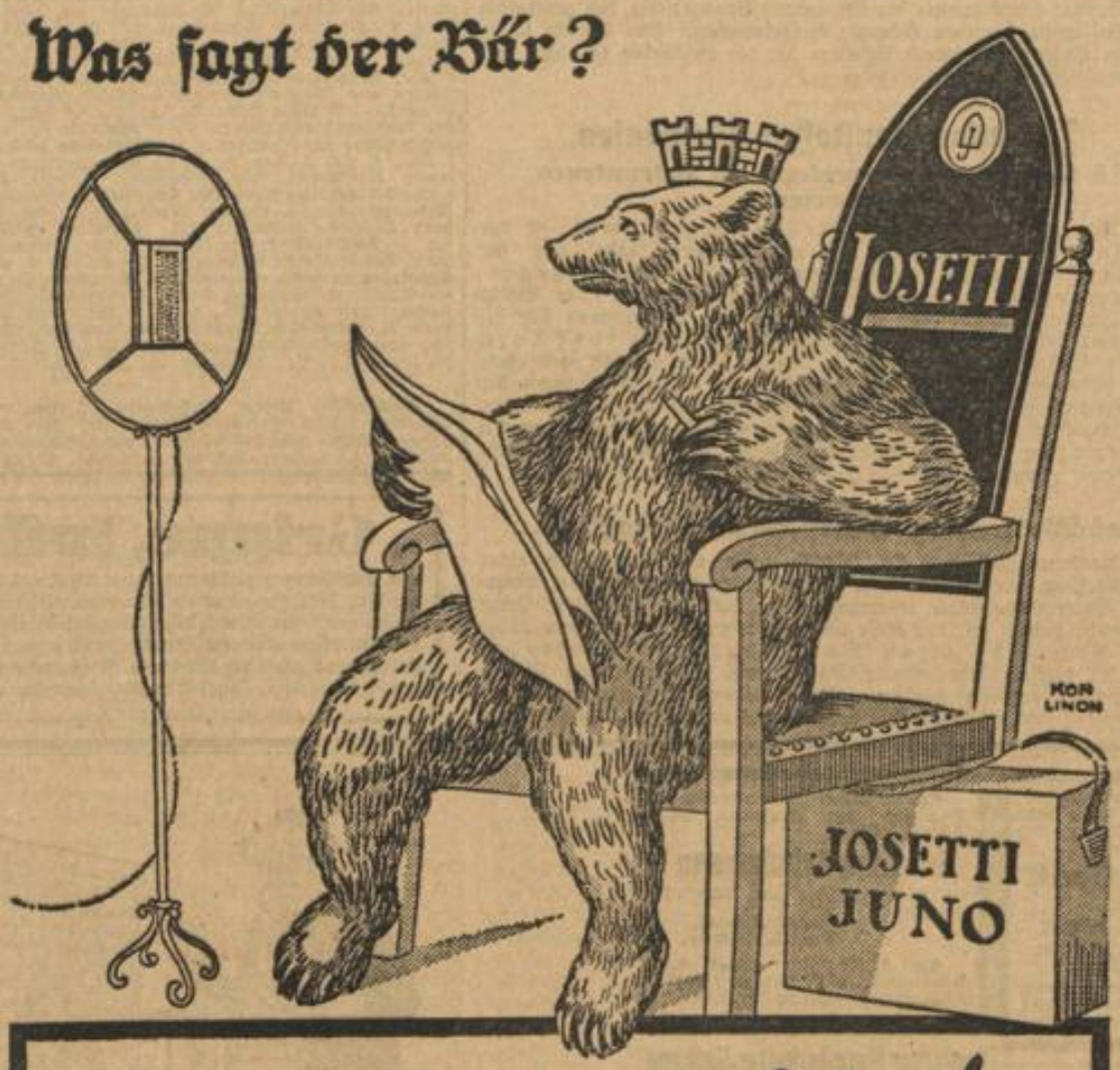
Trianon-Theat. Heute 7½ Uhr: Deutsche Uraufführung Der Mann der Aline Léger. Regie: Friedr. Lohe

Walhalla-Theat. Weinbergsweg Tgl. 8½: Es war einmal in Heidelberg mit d. Schlagerlied Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren. Vorzeig. 50% Ermäß. Käte Schmidt-Samst Gaston Briese

Neue Welt A. Scholz Hasenheide 108/114. Mittwoch, den 26. Januar, sowie täglich Bockbierfest in den bayer. Alpen / 8 Kapellen. Neue Dekorationen. / 30 bayer. Madl. Großer Alpenball in Berchtesgaden. Heute Spez. Bayerische Weißwürste. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Voranzeige: Donnerstag, den 27. Januar: Großes Schweineschlachten

Saalbau Alpendorf Invalidenstraße 63, am Lehrter Bahnhof. Große Bockbier-Feste. Stimmung! — Humor! — 2 Kapellen! Beginn 8 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Morgen, Donnerstag: Prämiierung der schönsten Frauenbeine. Preisrichter aus dem Publikum. 3 Preise

Was sagt der Bär?



Meine sehr verehrten Hörer!

Wenn Sie behaglich den Darbietungen des Rundfunk lauschen, dann erinnern Sie sich, daß eine gute Cigarette den Genuß zu steigern vermag.

Vergessen Sie, bitte, nicht Ihre

Josetti Juno

Berlins meistgerauchte 4 ₰ Cigarette

MENSCH unter MENSCHEN

Der europäische Großfilm nach dem weltberühmten Roman

»Les Misérables«

von Victor Hugo

Regie: Henri Fescourt

Cinéroman-Film Europa-Produktion der Deulig

Der gewaltige internat. Filmerfolg!

New York Carnegie Hall — Paris Grand Opéra — London Albert Hall

Die Presse Amerikas, Frankreichs und Englands überbietet sich in enthusiastischen Aeußerungen über die monumentale Wucht und Eindringlichkeit dieses Films.

Uraufführung: Freitag, 28. Januar

7⁰⁰ 9¹⁵ Uhr

UFA-THEATER KURFÜRSTENDAMM

Wandlungen in Frankreichs Wirtschaft.

Von der Klein- zur Großindustrie. – Die Proletarisierung des französischen Volkes.

Außer den Umstellungen, die in der Entstehung neuer Riesenunternehmungen, in der Schaffung von Kartellen und ähnlichem bestehen und täglich von den Zeitungen registriert werden, gibt es in der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker noch andere langsame Umstellungen, die für das ganze Leben des Landes von ungeheurer Bedeutung sind, die aber lange unsichtbar bleiben und nur durch eine Volkszählung festgestellt werden können. Die Ergebnisse einer Zählung werden gewöhnlich mit großer Verspätung, lange nach der Erhebung veröffentlicht, und bei ihrem Erscheinen hat man den Eindruck, als ob es sich um etwas handelt, das schon nicht neu sei. Nichtsdestoweniger verdienen diese Ergebnisse große Aufmerksamkeit, da sie die Richtung beleuchten, in welcher das Land von den geschichtlichen Kräften getrieben wird.

Von diesem Gesichtspunkt sind die vor kurzem bekannt gegebenen Ergebnisse der französischen Volkszählung vom Jahre 1921 von großem Interesse. In den 77 Departements Frankreichs (ohne die neuerworbenen und befreiten Gebiete) ist in der Zeit 1906—1921 die Gesamtbevölkerung von 32,5 Millionen auf 31,4 Millionen zurückgegangen, wobei die Zahl der Frauen unverändert blieb, und der gesamte Rückgang auf die Zahl der Männer fällt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist allerdings von 17 111 135 auf 17 651 685 gestiegen: Frauen haben die Männer in ihrer alten Erwerbstätigkeit ersetzt.

Die Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung auf die einzelnen Gebiete der Wirtschaftstätigkeit hat seit dem Jahre 1906 keine großen Veränderungen erfahren. Es waren registriert (in den 77 Departements):

	Im Jahre 1906		Im Jahre 1921	
	Erwerbstätige	Davon Frauen	Erwerbstätige	Davon Frauen
In der Landwirtschaft	7 974 400	3 013 600	8 001 900	3 527 200
„ „ Industrie	4 911 700	1 840 400	4 970 600	1 776 500
Im Verkehrsgewerbe	740 600	196 600	949 500	234 900
„ Handelsgewerbe	1 697 900	644 400	1 905 900	882 700
In den freien Berufen u. dem öffentlichen Dienst	898 600	256 900	1 082 000	413 700
Im Privatdienst	887 900	685 200	741 800	618 200
Zusammen	17 111 100	6 637 100	17 651 700	7 398 300

Wie diese Tabelle zeigt, weist die industrielle Bevölkerung keine bedeutende Zunahme auf: ihr prozentualer Anteil an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung ist sogar seit 1906 etwas zurückgegangen; von 28,71 Proz. auf 28,16 Proz. Das Wachstum des Verkehrs- und des Handelsgewerbes läßt sich durch die vorübergehenden Verhältnisse des Jahres der Zählung erklären. Die größte Aufmerksamkeit verdienen aber die tiefen Veränderungen in der Zusammensetzung und Struktur der französischen Industrie.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Textil-, Leder- und Bekleidungsgewerbe ist von 2 165 800 auf 1 797 100 gefallen, das ist ein Rückgang von 18 Proz.! Die Zahl der Beschäftigten in der Metallindustrie sowie in der mechanischen und chemischen Industrie ist von 800 000 auf 1 271 400 gestiegen, das ist eine Steigerung von 59 Proz.! Von der Produktion der Verbrauchsgüter geht Frankreich also ganz deutlich zur Erzeugung von Produktionsmitten über. Diesen Weg hat Frankreich noch vor dem Kriege betreten, ist ihn in den Kriegsjahren weiter gegangen und geht ihn noch jetzt, wobei die französische Industrie dieselbe Entwicklung nimmt, die für Deutschland in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts charakteristisch war.

Mit dieser Industrialisierung Frankreichs ist die Konzentration seiner Industrie verbunden: die Zweige, die im Rückgang begriffen sind, stellen das Gebiet der Zwergbetriebe dar; die emporsteigenden Industriezweige konzentrieren immer größere Massen von Arbeitern in einem Betriebe. Im Jahre 1906 entfielen etwa 29 Proz. der industriellen Bevölkerung Frankreichs auf Einzelproduzenten und weitere 29 Proz. auf die Zwergbetriebe (mit 2—5 Personen). Im Jahre 1921 ist der Anteil der Einzelproduzenten auf 21 Proz., derjenige der Zwergbetriebe auf 23,5 Proz. gesunken. Die relative Bedeutung der mittleren Betriebe (6—20 Personen) ist in dieser Zeit fast unverändert geblieben. Dagegen ist die Zahl der Beschäftigten in den Großbetrieben stark gewachsen. Sie stieg in Betrieben

mit	21—100 Pers.	von 584 700	auf 733 300	+ 25 Proz.
„	101—500 „	„ 512 900	„ 707 800	+ 38 „
	über 500 „	„ 419 500	„ 666 300	+ 59 „

Das ist eine Entwicklung, die für die Zukunft der französischen Arbeiterbewegung außerordentlich bedeutungsvoll ist.

Dieselbe Evolution hat auch das Wachstum des Proletariats in Frankreich beschleunigt. In einem Lande, wo die Bevölkerung keinen natürlichen Zuwachs erfährt, vermehrt sich die Arbeiterklasse nicht durch den Zustrom der Bauernsöhne in die Städte (wie in Deutschland), sondern durch die Zersetzung der Kleinindustrie, durch die Proletarisierung der Einzelproduzenten. Die Zählung hat ermittelt (in allen Departements):

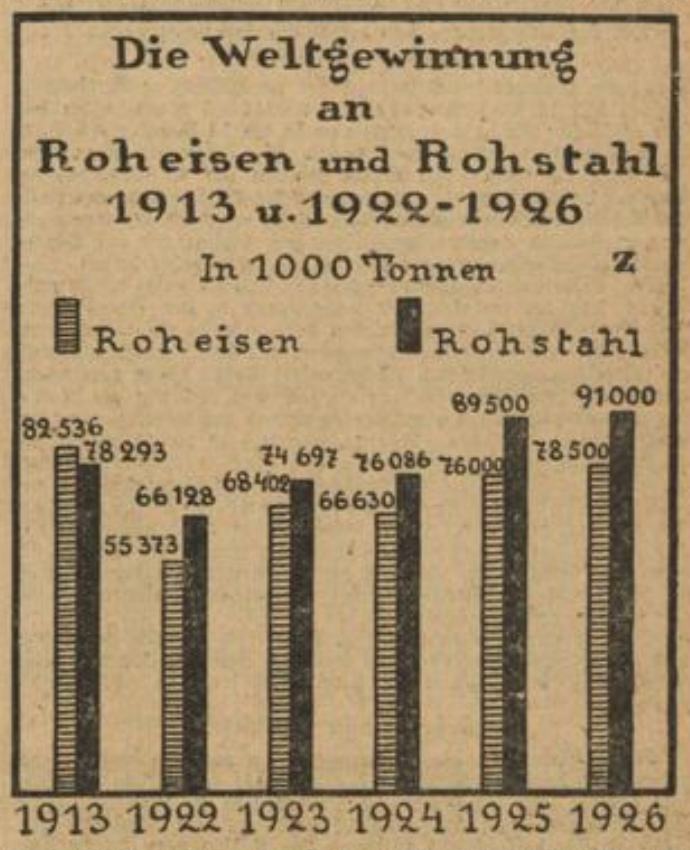
	1906	1921	Zu- (—) oder Abnahme (+)
Selbständige Unternehmer	6 286 500	6 205 900	— 80 600
Einzelproduzenten	4 171 800	3 247 600	— 923 700
Arbeiter	7 907 000	8 307 400	+ 400 400
Angestellte	2 117 500	2 560 000	+ 442 500
Arbeitslose	238 700	522 900	+ 284 200
Zusammen	20 720 900	20 848 800	+ 122 800

Die Gesamtzahl der Proletarier in Frankreich erweist sich im Lichte der Ergebnisse der letzten Zählung demnach als bedeutend höher, als bis jetzt angenommen wurde: im Jahre 1921 betrug sie 12 Millionen (einschließlich neuerworbene Gebiete) und ist am Ende 1925 infolge der Einwanderung ausländischer Arbeiter etwa auf 13 Millionen gestiegen. Nicht weit von der letzten Zahl muß sie auch für die Gegenwart geschätzt werden. Mit diesem Wachstum der proletarischen Bevölkerung Frankreichs sind auch die Aufgaben des französischen Sozialismus gewachsen, mit ihnen aber auch die Kräfte, die zu ihrer Lösung berufen sind. Bl. B.

Unter Berufung auf die Verwaltung des AEG.-Konzerns hat Herr Generaldirektor Pott übrigens unsere Mitteilung, daß die Ruhrzechen dem AEG.-Konzern, der bekanntlich sehr stark an der Braunkohle interessiert ist, die ihrerseits auch in der gestrigen Versammlung sehr energisch ihre Ansprüche vertreten hat, mit der Bezugssperre gedroht hätten, in das Reich der Fabel verwiesen. Wir können Herrn Generaldirektor Pott die beruhigende Versicherung geben, daß im engsten Kreise sehr wohl diese Drohung erörtert worden ist und daß wir nach wie vor keinen Anlaß haben, an der Zuverlässigkeit unserer Information, wenigstens in diesem Sinne, irgendwie zu zweifeln.

Die Eisen- und Stahlproduktion der Welt.

Die Weltgewinnung an Roheisen und Rohstahl zeigt seit Kriegsende eine bemerkenswerte Erscheinung: Während man vor dem Kriege weniger Rohstahl als Roheisen gewonnen und das Verhältnis etwa 95 Proz. betragen hat, wurde in der Nachkriegszeit, wie die Graphik zeigt, mehr Rohstahl als Roheisen erzeugt. Im allgemeinen blieb indessen die Produktion sowohl des Roheisens wie



des Rohstahls gegenüber der Vorkriegszeit zunächst erheblich zurück. Noch im Jahre 1922 wurden rund 31 Proz. weniger Roheisen und 18,4 Proz. weniger Rohstahl produziert. Die Produktion stieg aber allmählich, und im Jahre 1925 betrug die Rohstahlproduktion schon 14,3 Proz. und 1926 sogar über 16,2 Proz. mehr als in der

Vorkriegszeit, während die Roheisenproduktion das Vorkriegsquantum noch nicht erreicht und im Jahre 1926 noch etwa 95 Proz. der Vorkriegsmenge ausmachte.

Diese gesteigerte Rohstahlproduktion und die damit verbundene Konkurrenz auf dem internationalen Markt führte Ende 1926 zu einer internationalen Rohstahlgemeinschaft. Die Beteiligung der Rohstahlgemeinschaftsländer an der Produktion ist aus der zweiten Graphik ersichtlich.

Das Ausland erhält billige deutsche Rohstoffe! Die deutsche Industrie benutzt durchweg die übersetzten Preise im Inland, um auf dem Auslandsmarkt Preisschleuderei zu treiben. Besonders toll macht es die deutsche Zementindustrie, deren gegenüber dem Frieden stark übersteigerten Preise zu häufigeren Erörterungen Anlaß in der deutschen Oeffentlichkeit gegeben haben. Deshalb interessiert wohl eine Anfrage im holländischen Parlament, durch die der Arbeitsminister darauf hingewiesen wird, daß deutscher Zement, der in Aachen 455 Mark = 278 Gulden pro 10 Tonnen kostet, in den Niederlanden mit 150 Gulden verkauft wird. Weiter heißt es, daß der sogenannte Dijkerhofzement, dessen Preis in Deutschland 800 Mark = 480 Gulden pro 10 Tonnen beträgt, in Holland zu 220 Gulden abgegeben wird. Die Tatsachen sind derart skandalös, daß wohl auch das deutsche Wirtschaftsministerium nicht umhin kann, sich um die Dinge zu kümmern, da gerade die Verteuerung der deutschen Baukosten zu den bekannten Mißständen auf dem Bau- und Wohnungsmarkt führten.

Der Kampf um das Gas.

Vollversammlung im Reichskohlenrat.

Unser gestriger Appell an den Reichskohlenrat, die Frage des Fernversandes von Ruhrzechengas in einer für die öffentliche Meinungsbildung möglichst fruchtbaren Weise erörtern zu lassen, hat leider keine allzugroßen Früchte getragen. Am Ende der ziemlich ausgedehnten Verhandlungen der Vollversammlung des Sachverständigenausschusses für Brennstoffverwertung bestand der Eindruck, daß für die Oeffentlichkeit nicht allzu viel Neues zutage gefördert worden ist.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Herrn zur Nedden über die Arbeit des Sachverständigenausschusses und die zu lösenden Aufgaben auf dem großen Gebiet der Brennstoffverwertung, der einen recht guten Ueberblick über deren Probleme gab, sprach zunächst Prof. Dr. Franz Fischer vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung sehr übersichtlich über die internationale Kohlentagung in Pittsburg, die im vorigen Jahre stattfand. Das eigentliche Thema der Tagung, die Frage der Gasfernversorgung durch die Ruhrzechen, das aus ganz Deutschland Interessenten nach Berlin geführt und eine überfüllte Versammlung zur Folge hatte, behandelte Generaldirektor Dr. Pott von der A.-G. für Kohleverwertung-Essen. Aus seinem Vortrag sind für die Oeffentlichkeit einige

Feststellungen von erheblichem Wert,

die erkennen lassen, daß die Ruhrzechen allmählich doch einiges Wasser in ihren anfangs so schäumenden Wein gegossen haben. Daß andere Steinkohlenreviere und mit sehr viel Nachdruck auch das mitteldeutsche Braunkohlengebiet ihre Konkurrenz gegen die Ruhrzechen angekündigt haben, veranlaßte Herrn Dr. Pott zu der Feststellung, daß die Ausschaltung anderer Kohlenbergbaureviere durch die Ruhrzechenpläne keineswegs beabsichtigt sei. Die lebhafte öffentliche Diskussion darüber, daß es keineswegs feststehe, daß die Kokereigaserzeugung wirtschaftlicher sei als die der großen Gaswerke, veranlaßte zu dem Zugeständnis, es sei weder die Absicht noch sei es praktisch, wirtschaftlich arbeitende Gasanstalten in jedem Fall zu schließen und dafür Ferngas zu beziehen. Das gegenseitige Verhältnis der

beiden Versorgungsarten

müsse von Fall zu Fall auf Grund rein wirtschaftlicher und sozialer Ueberlegungen entschieden werden. Auch sehe der endgültige Plan eine Reihe von untereinander verbundenen Fernleitungen vor, was die Zuleitung auf verschiedenen Wegen gestatte und damit die Sicherheit erhöhe. Interessant ist, daß Generaldirektor Pott die Wettbewerbsfähigkeit der Ruhrzechenversorgung schon verteidigen zu müssen glaubte, nachdem bisher nur von der absoluten Ueberlegenheit der Ruhrversorgung die Rede war. In gewissen Ausnahmefällen könne Ferngas sehr wohl teurer sein als die Erzeugung in neuzeitlichen großen Gaswerken. Es sei auch nie bestritten worden, daß es für die Ferngasversorgung wirtschaftliche Grenzen gebe. Bestätigt wird unsere Auffassung, daß die Großgasverbraucher in irgendwelcher Form direkte Bezieher der Ruhrzechen und auch zu bedeutend vorteilhafteren Preisen beliefert werden sollen. Man wird die Werbungsgründe, die dafür angeführt werden, also so verstehen müssen, daß man die industriellen Verbraucher in ihrer Gesamtheit für die Ruhrzechen gegen die Kleinkonsumenten gewinnen will. Besorgt ist der Generaldirektor Pott darum, daß die Gemeinden sich finanziell im Falle der Gasverbrauchssteigerung in der Zukunft belasten könnten. Er ist nicht für einen Mitbesitz der Gemeinden an Kokereien, weil dadurch gerade jene Kapitalkosten und Risiken wieder entstehen würden, die die Gemeinden durch die Ueberlassung des Mehrbedarfs an die Zechen bei der Fernversorgung abwälzen könnten. Wir glauben allerdings, daß das die geringste Sorge der Gemeinden sein würde.

Sorgfältige Beachtung verlangen die Ausführungen über die

Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle.

Herr Generaldirektor Pott ist der Meinung, daß über den gemischtwirtschaftlichen Leitungsbesitz und über den gemischt-wirtschaftlichen Bau und Betrieb der Leitung durch die A.-G. für Kohleverwertung sich reden lasse. Das ist keineswegs ein neuer Standpunkt, da er schon in den ersten Verhandlungen der gemischten Kommission im Dezember vertreten worden, aber von mehreren Angehörigen der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Gaswerke mit der Motivierung abgelehnt worden ist, daß die Beteiligung an den Leitungen keinerlei Kontrolle über die Gaserzeugung und über die Preisstellung selbst gewährleiste. Ferner ist Generaldirektor Pott der Meinung, daß als öffentliche Kontrolle die gesetzlichen Befugnisse des Reichskohlenrats genügen (!), Koks- und Kohlenhöchstpreise festzusetzen. Die A.-G. für Kohleverwertung wolle das Gas ab Zeche nicht in Mark, sondern nach marktgängigen Kohlenmengen bezahlt haben, so daß der Gasgrundpreis selbsttätig mit dem Fallen der Weltkohlenpreise sinke. Wie wir früher schon festgestellt haben, würde das natürlich bedeuten, daß den Ruhrzechen alle Vorteile des technischen Fortschrittes und vor allem die großen Selbstkostenersparnisse aus der Absatzsteigerung mühelos zufielen. Für die Arbeiterschaft und für zukünftige Gestaltung der gesamten Fernversorgung von höchster Bedeutung ist die Forderung Dr. Potts nach einer

Neuregelung des Wegerechts,

die es unmöglich mache, daß eine Gemeinde oder eine Provinz nach Belieben die Durchführung der Leitung vereiteln könne. Wir sind auch der Meinung, daß die Frage des Wegerechts eine Kardinalfrage in der Zukunft sein wird, wobei es aber selbstverständlich sein muß, daß jede reichsgesetzliche Ordnung des Wegerechts nachdrücklichst dem öffentlichen Gesamtinteresse, unter keinen Umständen aber dem privatkapitalistischen Sonderinteresse der Zechen dienen darf. Das um so mehr, als auch jede interkommunale Großwerksfernversorgung selbst eine zweckmäßige Regelung des Wegerechts braucht.

Wie man sieht, haben die Bemühungen des „Vorwärts", die Frage der Ferngasversorgung zu einer öffentlichen zu machen und sie dem Dunkel zu entziehen, in welchem die Verhandlungen zunächst geführt worden sind, genützt. Mit dieser Feststellung zu dem Vortrage des Herrn Generaldirektors Pott wollen wir uns für heute begnügen. Wir wollen nur noch einmal mit aller Schärfe unseren Standpunkt dahin festlegen, daß, was auch in der Frage der Ferngasversorgung geschehe, jede Möglichkeit der Schaffung einer zukünftigen Zusatzrente aus der Steigerung des Gasverbrauchs in Deutschland nicht dem Privatkapital, sondern dem Gesamtinteresse zugute kommen muß. Unter diesem Gesichtspunkt sind die gegenwärtig laufenden und in der Zukunft noch zu führenden Vertragsverhandlungen zwischen den Zechen und den verbrauchenden Gemeinden eine öffentliche Angelegenheit allererster Ordnung, bei der der Arbeiterschaft überhaupt keine Wahl übrig bleibt. Es ist auch volkswirtschaftlich gesehen ein kaufmännisches Problem, das hier zu lösen ist. Solange aber nur die Gemeinden mit den Zechen verhandeln, so lange muß die Arbeiterschaft die Position der öffentlichen Hand mit allen Mitteln stützen. Sehr viel wird später noch über die Möglichkeiten und die Notwendigkeiten der Staatskontrolle zu sagen sein, falls es zu größeren Vertragsabschlüssen kommen sollte, was aber noch durchaus dahinsteht.

Arbeitsbeschaffung und Wohnungsnot

Verhandlungen im Preußischen Landtag. – Die Sozialdemokratie für die Mieter.

In der Dienstagsitzung des Landtags wurde zunächst ein sozialdemokratischer Antrag ohne Besprechung dem Hauptausschuß überwiesen, der sich gegen die Aufforderung der Gestütsverwaltung an die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten wendet, das von ihnen gehaltene Vieh abzuschaffen.

In der fortgesetzten Debatte über den Wohlfahrtsetat erhielt zum Kapitel Erwerbslosenfürsorge zunächst das Wort

Abg. **Haese** (Soz.):

Die große Erwerbslosigkeit ist eine der Hauptursachen für den schlechten Gesundheitszustand, insbesondere für das Anschwellen der Erkrankungsziffern an Tuberkulose. Nach den Mitteilungen des Ministers haben wir zurzeit 1¾ Millionen Erwerbslose in Deutschland. Davon entfielen am 15. Dezember 1926 880 000 Unterstützte auf Preußen. Daran ist die Landbevölkerung allein mit 30 Proz. beteiligt. Berlin stellte ein Heer von 300 000 Erwerbslosen. (Hört, hört! links.) Diese Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, gibt es zwei Wege. Der eine ist die Arbeitsbeschaffung, der andere die Erwerbslosenunterstützung.

Zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gehört auch die rücksichtslose Anwendung des Achtstundentages, das Verbot von Ueberstunden und der Nachtarbeit, entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften.

So hat eine Umfrage des Ortsausschusses des ADGB. in Magdeburg ergeben, daß in 538 Betrieben mit 11 603 Beschäftigten bei einer tariflichen Wochenarbeitszeit von 53 bis 54 Stunden 49 945 Ueberstunden gemacht worden sind. Bei Zugrundelegung einer 48stündigen Arbeitszeit pro Woche würden sich die Ueberstunden sogar auf 107 980 steigern. Das bedeutet die **Ausschaltung von rund 2000 Arbeitern aus dem Produktionsprozeß**, die damit der Erwerbslosenunterstützung anheimfallen. Deswegen müssen wir auf Durchführung des Achtstundentages bestehen. (Sehr wahr! links.)

Die Erwerbslosen können auch kein Verständnis dafür aufbringen, daß bei mehrfacher Arbeitslosigkeit in der Familie nur eine Person Unterstützung beziehen darf. Es ist ein unhaltbarer Zustand, der durch die neue Verordnung des Reichsarbeitsministers nur teilweise abgestellt ist. (Sehr wahr! links.) Wir verlangen, daß die von den Pflichtarbeitern ausgeführten Arbeiten als Notstandsarbeiten vergeben werden und so zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen. Besonders wichtig ist die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, vor allem des Straßenbaues im Westen. Hier ist die Arbeitslosigkeit besonders groß. Das besetzte Gebiet bedarf der besonderen Fürsorge des Ministeriums. (Sehr richtig links.) Wir werden jedenfalls alles unterstützen, was die schwere Notlage dieses Landesteils zu beheben geeignet ist. Im übrigen hoffen wir, daß der Minister sich gegen jede Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung mit aller Energie wendet. (Beifall links.)

Nach weiteren Reden des Abg. **Kloft** (Z.), der sich gegen das Ueberstundenunwesen wendet, und des Abg. **Seilheim** (Komm.) folgt die Beratung des Kapitels Wohnungs- und Siedlungswesen.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer:

Die Bestrebungen, die Wohnungsnot im verflossenen Jahre zu lindern, sind dank der Mitarbeit des Landtags von Erfolg gewesen. Vom Oktober 1925 bis Oktober 1926 wurden in Preußen 117 000 Wohnungen fertiggestellt, während im Vorjahre nur 93 000 Wohnungen gebaut wurden. Im Kalenderjahr 1926 sind sogar insgesamt 130 000 Wohnungen bezugsfertig gebaut worden. Das ist das günstigste Resultat seit Kriegsende. 99 000 Wohnungen konnten aus der Hauszinssteuer und anderen öffentlichen Mitteln gebaut werden, rund 18 000 sind aus privaten Mitteln ausgeführt worden. Allerdings verdient der Umstand Berücksichtigung, daß viele Kommunen im großen Ausmaß Vorschüsse auf das künftige Aufkommen der Hauszinssteuer genommen haben, eine Tatsache, die bei der Aufstellung des Wohnungsbauprogramms für das laufende Jahr nicht unberücksichtigt bleiben darf.

In Verfolg eines Landtagsbeschlusses hat die Regierung in Aussicht genommen, eine Wohnungsbauanleihe in Höhe von voraussichtlich 80 Millionen Mark aufzunehmen, deren Verzinsung und Tilgung aus Zinsrückflüssen von bereits ausgeliehenen Hauszinssteuerhypotheken erfolgen soll. Diese Summe ist selbstverständlich nicht ausreichend.

250 bis 300 Millionen Mark der diesjährigen Mittel sind bereits im Vorjahre verbaut.

Es fehlen noch etwa 200 Millionen, um die vorjährige Bauproduktion in diesem Jahre zu erreichen. Ich habe für diesen Zweck eine entsprechende Mietsteigerung vom 1. April 1927 ab vorgeschlagen. Doch ist darüber eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen spricht der Minister sein Bedauern aus über den Proteststurm der Mieterorganisationen gegen seine Verordnung über Aufhebung der Zwangswirtschaft für Geschäftsräume usw. Mit Protestresolutionen allein sind die Dinge nicht abgetan. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei und rechts.) Die Darstellungen über die schädlichen Wirkungen der Verordnung sind erheblich übertrieben. Wir brauchen die Zusammenarbeit aller Interessenten. Nach den Erfahrungen, die das Ministerium gemacht hat, gibt es für seine Politik nur eine Linie: die abwartende Haltung. (Große Unruhe links.) Für die Bevölkerung gilt auch hier das alte Wort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. (Beifall rechts und bei der Wirtschaftspartei!)

Abg. **Lüdemann** (Soz.):

Bei der Beratung unseres Urantrages, der zurzeit noch im Ausschuß liegt, wird im Plenum die ganze Frage erneut aufgerollt. Dann werden wir zum Wohnungsbauprogramm des Ministers eingehend Stellung nehmen. Sicher ist der Minister bestrebt, der Wohnungsnot, soweit die Mittel zur Verfügung stehen, abzuhelfen. Aber wir sind der Auffassung, daß der Minister, soweit die Verteilung aus dem Ausgleichsfonds in Frage kommt, die Erfordernisse der Industriezentren und der großen Städte nicht richtig erfaßt.

Insbesondere Berlin ist mit seiner katastrophalen Wohnungsnot viel zu wenig berücksichtigt worden.

Der Minister ist der Auffassung, daß Berlin eine reiche Stadt sei, die aus eigenen Mitteln zur Steuerung der Wohnungsnot beitragen müsse. Aber trotz der größten Anstrengung ist Berlin nicht in der Lage, allein durchgreifend zu helfen. Im Gegensatz dazu hat Hamburg nicht nur sein Aufkommen aus der Hauszinssteuer zurückgehalten, sondern darüber hinaus noch 17 Millionen Mark auf Anleihen. Berlin hat im vergangenen Jahre allein einen Zugang von 30 000 Familien gehabt. (Hört, hört! links.) Wenn in derselben Zeit nur 13 500 Wohnungen fertiggestellt wurden, so hat sich die Wohnungsnot durch das Fehlen weiterer 17 000 Wohnungen verschärft. Wir verlangen, daß der Minister diesen Verhältnissen mehr Beachtung schenkt. (Sehr wahr! links.) Die Ausführungen des Ministers über seine umstrittene Verordnung zur Lockerung der Zwangswirtschaft haben den Beifall der Rechtsparteien gefunden. Sicher werden von der Freigabe größerer Wohnungen nicht unmittelbar die ärmeren Klassen getroffen. Aber sie ist für uns eine Frage des Prinzips. Was die Freigabe der gewerblichen Räume anlangt, so bedauern wir, daß die Ateliers der bildenden Künstler, die häufig genug als Wohnräume benutzt werden, mit einbezogen sind. Wir haben deshalb einen Antrag auf Abänderung dieser Bestimmung eingebracht. Was die gewerblichen Räume und die Läden betrifft, so handelt es sich nicht allein um eine wirtschaftliche, sondern auch um eine soziale Frage. (Sehr wahr! links.)

Die Ladenmieter sind nach Lockerung der Zwangsbestimmungen völlig der Vormachtstellung der Hausbesitzer ausgeliefert.

Der Minister bezog sich auf die Spitzenorganisationen, die angeblich eine weitere Lockerung der Zwangswirtschaft wünschen. Sind das die Mieterorganisationen? Nein, es sind die wirtschaftlichen Organisationen, die mit dem Grund- und Hausbesitz verfilzt sind. (Stürmische Zustimmung links!) Die Herren von rechts, die die Verordnung des Ministers provoziert haben, sind jetzt gezwungen, in einem Antrag gegen die Auswirkungen der Lockerungsverordnung Stellung zu nehmen und das Ministerium aufzufordern, die „skrupellose Mietsbewucherung“ zu unterbinden. Das ist ein Beweis für den Katzenjammer, der in ihre Reihen (nach rechts) eingezogen ist. (Sehr wahr! links.) Angesichts der protestierenden Mietermassen werden Sie zu unserem Antrag Stellung nehmen müssen, der kurz und bündig lautet: Die Verordnung vom 11. November 1926 betr. Lockerung des Mietschutzgesetzes ist aufzuheben. – Für die von rechts geforderte Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft sind die Voraussetzungen noch lange nicht geschaffen. (Sehr richtig! links.) Dazu gehört einmal die Beseitigung der Wohnungsnot und zum anderen die Schaffung eines sozialen Wohnrechts. Solange diese Vorbedingungen nicht geschaffen sind, wird die unter der Wohnungsnot leidende Bevölkerung jede weitere Lockerung der Zwangswirtschaft als ein Stück Klassenkampf ansehen, der gegen sie geführt wird. (Beifall links!)

Abg. **Sonnenschein** (Dnat.) fordert die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Hauszinssteuer.

Abg. **Köthenbürger** (Z.): Wie kann man den Wohlfahrtsminister wegen der Verordnung angreifen, die vor ihrem Erlaß nicht nur von den Hausbesitzern, sondern auch von den Handelskammern gefordert worden ist.

Abg. **Grundmann** (D. Vp.): Gewiß haben wir die Verordnung gefordert; aber in der jetzigen Form kann sie nicht restlos aufrecht erhalten werden.

Abg. **Hoff** (Dem.): Die Verordnung macht die Geschäftsinhaber tatsächlich wehrlos. Der Mittelstand wird der Wirtschaftspartei die Quittung dafür geben.

Die Fortsetzung der Debatte und die Beendigung der zweiten Lesung des Wohlfahrtsetats werden auf Mittwoch, 11 Uhr, vertagt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Ein paar Tropfen auf den heißen Stein.

Die **Denkschrift** über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung ist soeben dem Reichstag zugegangen. Die Schilderung der Durchführung der Arbeitsbeschaffung bringt neben vielen bereits bekannten Dingen verschiedene interessante Einzelheiten – die Hauptfrage dagegen, die die Oeffentlichkeit vor allem interessiert, nämlich die Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf dem Arbeitsmarkt, wird nur andeutungsweise beantwortet. Man erfährt nichts Genaues darüber, wie sich denn die Arbeitsbeschaffung, wenn auch nur schätzungsweise, zahlenmäßig ausgewirkt hat, und ebenso vermißt man eine genaue Darstellung darüber, was von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm

bis jetzt noch nicht durchgeführt

ist. Die Denkschrift erklärt, daß, abgesehen von den Notstandsarbeiten, bei den Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung nicht einmal die unmittelbare Entlastung des Arbeitsmarktes zahlenmäßig erfaßt werden könne, da die Uebernahme der Aufträge keineswegs in allen Betrieben Neueinstellungen erforderlich gemacht habe. Schließlich habe ja aber die Reichsregierung bei ihren Maßnahmen den Hauptwert in der mittelbaren Wirkung auf den Arbeitsmarkt erblickt. Zur Feststellung dieser mittelbaren Wirkung begnügt man sich, gestützt auf die Arbeitslosenziffern vom Juni bis November, mit dem Hinweis, daß die Maßnahmen der Reichsregierung neben anderen Ursachen, z. B. englischer Bergarbeiterstreik, jedenfalls zur Belebung des Arbeitsmarktes beigetragen haben. Man könne erwarten, daß der noch in Ausführung begriffene Teil und ebenso

der noch nicht in Angriff genommene Abschnitt

des Programms dazu beitragen, den inzwischen eingetretenen Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt zu mildern.

Bei der Schilderung der Abwicklung des Arbeitsbeschaffungsprogramms weist die Denkschrift darauf hin, daß Reichsbahn und Reichspost verhältnismäßig am schnellsten ihre Aufträge weitergegeben haben. Die Aufträge der Reichspost waren bereits am 15. Oktober vergeben. Bei der Reichsbahn liegt leider, abgesehen vom Oktoberbericht, eine abschließende Darstellung über die Arbeitsbeschaffung noch nicht vor. Beim Wasserstraßenbau, dessen Schwierigkeiten ja bekannt sind, hat man schließlich mit Mühe und Not den Ausbau der Reststrecke des Mittellandkanals in Angriff genommen. Zurzeit werden

etwa 1800 Arbeitskräfte beschäftigt.

Eine wesentlich größere Zahl wird, wie die Denkschrift ankündigt, zur Einstellung gelangen, wenn die bereits erfolgte Vergebung der vier großen Erdarbeitslose bei Braunschweig, Fallersleben, Neuhaldensleben und Magdeburg sich auswirken werden. Ferner sind fünfzehn eiserne Brücken in sieben Losen in Auftrag gegeben worden. Weitere Erdarbeiten und Brückenbauten werden in allernächster Zeit vergeben werden. Beim Staubecken Ottmachau ist neben dem Bau der Dienstgebäude die Verlegung der Eisenbahnlinie Ottmachau—Patschkau im Gange. Die Arbeiten am Küstenkanal Kampe—Dörpen werden jetzt auf breiterer Grundlage fortgeführt. Für die Verbesserung der Hochwasserverhältnisse am Neckar ist nachträglich noch ein Betrag von einer Million bereitgestellt worden. Die Frage, inwieweit das Reich

Bauten für den Hochwasserschutz

fördern kann, wird zurzeit im Reichsverkehrsministerium geprüft. Das Beschaffungsprogramm der Wasserstraßenabteilung des Reichsverkehrsministeriums ist durch Vorwegnahme einiger Bestellungen von Geräten im Werte von 3½ Millionen erweitert worden. Ueber die grundsätzliche Klärung der Kanalbaufrage schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der Reichsbahngesellschaft. Beim Wohnungsbau sind von dem 200-Millionen-Kredit von Preußen für zweite Hypotheken 60, für erste Hypotheken von sämtlichen Ländern (außer Lübeck) 43,5 Millionen abgerufen worden. Von dem Kassenkredit in Höhe von 50 Millionen (Vorschüsse auf die Hauszinssteuer) sind von den Ländern bisher 27,9 Millionen abgerufen und (mit den 27,9 Millionen) 40,6 Millionen angefordert. Beim Landarbeiterwohnungsbau und Siedlungswesen werden keine genauen Zahlen angegeben. Beim Straßenbau ist von dem Anerbieten der Zinsverbilligung in verhältnismäßig großem Umfange Gebrauch gemacht worden. Die Straßenbauten, die mit Hilfe der Zuschüsse in Gang gesetzt worden sind, stellen einen Gesamtwert von rund 80 Millionen dar. Bei den Meliorationen sind

bisher rund 200 000 Hektar kultiviert

worden. Daneben sind aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zahlreiche Meliorationsunternehmungen gefördert worden. So wurden in diesem Jahre von der Reichsarbeitsverwaltung für Meliorationsunternehmungen Zuschüsse und Darlehen im Gesamtbetrag von über 40 Millionen Mark bewilligt. Beim Russengeschäft sind bisher mit der russischen Handelsvertretung Verträge abgeschlossen worden. Die Exportkreditversicherungsstelle hat Versicherungen über etwa 2000 Auslandsgeschäfte im Werte von über 25 Millionen Mark genehmigt. Verhandlungen über weitere Maßnahmen zur Erleichterung der deutschen Ausfuhr, insbesondere nach Rußland, sind noch in der Schwebe. Bei der Reparationslieferungsfrage verweist die Denkschrift auf das mit dem Generalagenten getroffene Abkommen über den sogenannten kleinen Besserungsschein, wonach die zusätzlichen Reparationszahlungen aus dem Reichshaushalt in Höhe von 300 Millionen ausschließlich für den Bezug von Sachlieferungen zu verwenden sind. Infolge dieser Vereinbarung sei mit einer

Steigerung des Sachlieferungsverkehrs

im Reparationsjahr 1926/27 zu rechnen. Ueber das wenig erfreuliche Kapitel der Notstandsarbeiten wird etwas eingehender gesprochen werden müssen.

Der Gesamteindruck, den die Denkschrift hinterläßt, ist wenig befriedigend. Wenn irgend etwas, dann muß diese Denkschrift dem Reichstag zu denken geben. Vermehrung der Arbeit tut dringend not!

Achtstundentag statt Abbau!

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat sich erneut mit den von der Reichsbahngesellschaft beabsichtigten Entlassungsmaßnahmen in den Ausbesserungswerken beschäftigt. Angesichts der Wirtschaftsdepression und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit fordert er erneut und nachdrücklich, daß als einzige wirkungsvolle Maßnahme gegen jedweden Abbau und und jede Stillegung von Betrieben der Achtstundentag in den Ausbesserungswerken der Reichsbahn sofort eingeführt wird. Der Einführung des Achtstundentages könne die Reichsbahngesellschaft keine finanziellen Bedenken gegenüberstellen, da die Reichsbahngesellschaft nach den neuesten Pressemeldungen zurzeit äußerst liquid ist.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abrechnung der Beiträge heute von 5–7 Uhr.

Die Bücherstube ist von 5–7 Uhr geöffnet.

Die Führerausweise (zweite Lieferung) sind eingetroffen und können abgeholt werden.

Wanderleiterkonferenz heute im Jugendheim Lindenstr. 3. Lichtbildervortrag: „Geschichtliches aus Alt-Berlin“.

Funktionärversammlung am kommenden Sonnabend in der Schulaula Mittenwalder Str. 41 (Nähe Hallesches Tor, Untergrundbahn Gneisenaustraße). Karl Heinz-Wien, Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale, spricht über: „Sozialistische Jugend und Sozialistische Arbeiterinternationale.

Führung durch die Neuköllner Stadtbibliothek, Jugendbücherei und Kinderlesehalle für die Abteilungsleiter, Bibliothekare und interessierte Genossen am Sonntag, 30. Januar. Treffpunkt vormittags 10 Uhr vor der Bibliothek, Neukölln, Ganghoferstr. 3/5.

Arbeitsgemeinschaft des Genossen Bruno Krumann: Anmeldungen können noch erfolgen.

Ermäßigungskarten für die Benutzung der Eisbahnen im Bezirk Kreuzberg können vom Jugendsekretariat bezogen werden.

Heute, Mittwoch, 26. Januar, abends 7½ Uhr:

Humannplatz: Funktionärversammlung bei der Genossin Erna Wolff, Schliemannstr. 12. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 14. Besprechung über die Gründung einer Aeltergruppe. Interessenten sind eingeladen. — **Friedenau:** Treffpunkt Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau. — **Wedding:** Jugendheim Luxemburger Ecke Genter Straße. Vortrag: „Berufs- oder Industrieverbände.“ — **Roftplatz:** Jugendheim Schule Oberwalder Str. 10. Funktionärsitzung. — **Helmholtzplatz:** Jugendheim Greifenhagener Str. 28/30. Vortrag: „Die Bauernkriege“. — **Rosenthaler Vorstadt:** Jugendheim Gipsstr. 23. Vortrag: „Fürsorgeerziehung“. — **Petersburger Viertel:** Jugendheim Ebertystr. 12. Vortrag: „Wir und die Kommunistische Jugend“. — **Warschauer Viertel:** Jugendheim Tilsiter Str. 4. Vortrag: „Die Klassiker“. — **Görlitzer Viertel:** Jugendheim Reichenberger Str. 66. Heiterer Dichterabend. — **Reichenberger Viertel:** Jugendheim Reichenberger Str. 66. Satirischer Abend. — **Westen:** Jugendheim Bülowstr. 88. Arbeitsgemeinschaft: „Das Kommunistische Manifest“. — **Tempelhof:** Jugendheim Germaniastr. 4/6. Vortrag: „Die Stadt der Zukunft“. — **Falkenberg:** Jugendheim Am Falkenberg 117. Vortrag: „Die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft“. — **Friedrichshagen:** Jugendheim Scharnweberstraße 106a. Vortrag: „Berliner Humor“. — **Friedrichsfelde:** Jugendheim Schloß- Ecke Berliner Straße. Lichtbildervortrag. — **Mariendorf:** Jugendheim Schule Rathausstraße. Vortrag: „Warum muß ich in der Gewerkschaft organisiert sein?“ — **Lichtenberg-Mitte:** Jugendheim Dossestr. 22. Vortrag: „Monarchie und Republik“. — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Schule Prinz-Albert-Straße. Satirischer Abend. — **Lichtenberg-Nord:** Jugendheim Parkaue 10. Vortrag: „Die Grundideen des Marxismus“. — **Lichtenberg-West:** Jugendheim Scharnweberstraße 24. Vortrag: „Der Kampf der Arbeiterjugend gegen den Krieg“.

Werbebezirk Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 13 (Kapelle). Bildungskursus: „Wirtschaftsgeschichte (Antike Gesellschaft)“.

Werbebezirk Neukölln: Jugendheim Kanner Straße. Erster Abend der Arbeitsgemeinschaft für Mädchenfragen. Vortrag: „Das Mädel und die Bewegung“.

Geschäftliche Mitteilungen.

Was man gegen Grippe tun kann? Der namhafte Berliner Internist Professor Dr. med. Zueltzer, der sich auf reiche praktische Erfahrungen stützen kann, empfiehlt bei der Bekämpfung dieser heimtückischen Krankheit besonders die Verwendung einer Mischung von Chinin mit Salizylpräparaten. Diese Kombination weisen die Togal-Tabletten auf, die sich schon seit zwölf Jahren hervorragend bewährten. Dieselben enthalten außerdem noch andere Bestandteile, deren Auswirkung auf den Organismus bisher wenig bekannt war, welche aber nach den Urteilen bekannter Aerzte die sonst bei Verwendung von Salizylaten auftretenden Herz- oder Magenstörungen verhindern. Es ist also im Interesse eines jeden selbst gelegen, mit diesem Präparat einen Versuch zu machen.

Roter Punkt auf gelbem Grund. Draußen im Westen Berlins, am Kurfürstendamm, leuchtet auf einer gelben Holzfüllfe der rote Punkt auf. Seit langem kannte man das Zeichen des Hauses Gustav Cords aus der Leipziger Straße vom Hause in Köln und von unzähligen Paketen, die den Weg aus diesen Häusern überall hinfanden. Jetzt hebelt sich der rote Punkt auf gelbem Grund auch im Westen an, und ein Blick hinter den Zaun lehrt, daß Gustav Cords, dem seine Kundschaft den Namen gab: „Das Haus der guten Qualitäten“, forten seiner westlichen Kundschaft im wahrsten Sinne entgegenkommt. Die Cords-Ecke, Kurfürstendamm Ecke Augsburger Straße, wird demnächst eröffnet. Ueberflüssig zu betonen, daß der neue Zweigbau die Tradition des Hauses Gustav Cords: gute Qualitäten, Mode, Geschmack und Preiswürdigkeit, pflegen wird, die den Ruf des Hauses begründet haben.

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser

Zu Haustrinkkuren

bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.

Man befrage den Hausarzt.

Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken und Drogerien sowie in Berlin bei der Verwaltungsstelle der Staatsquellen Fachingen und Niederselters, Berlin SW. 11, Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8260/61.

Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin W. 66, Wilhelmstrasse 55.

Gnadenbrot.

Von Henrik Pontoppidan.

(Schluß.)

Es muß aber auch von allen anerkannt werden, daß man in dem jetzigen Inspektor einen Mann gefunden hat, der in seltenem Grade zu der ihm anvertrauten Stellung wie geschaffen ist. Groß und furchteinflößend, so daß der Fußboden unter seinen Schritten zittert, führt er mit der ganzen trunkfesten Majestät und unzugänglichen Kaltblütigkeit eines alten Unteroffiziers ein festes und energisches Regiment. Mit einer Haltung, als ob er ein spanisches Rohr verschluckt oder wenigstens unter seinem eng zugeknöpften Rock versteckt hätte, macht er seine Runde die Treppen hinauf und durch die Stuben, und übt mit seiner einzig dastehenden Fähigkeit, auch die kleinsten Unregelmäßigkeiten oder das geringste Versäumnis zu entdecken, die regelmäßige Justiz der Anstalt aus.

Zu diesem Zwecke findet man unten im Keller eine Reihe kleiner dunkler, wohlverschlossener Gelasse — die „Brummer" —, wo die Sünder hineingesteckt werden zu einer Holzpritsche, einem Strohsack und einem neuen Testament, um daselbst ein paar Tage lang in Ruhe ihr Vergehen zu überlegen und zu bereuen ... eine Strafe, für die der Inspektor als alter Militär eine natürliche Vorliebe hat, und zu der er aus eigenem gekränkten Pflichtgefühl noch eine knappere Bemessung der Speiserationen hinzufügt, zugunsten seiner vielgerühmten Prämienkuh „Gine".

Es kann nach all dem unmöglich Erstaunen erwecken, daß die Anstalt von allen Seiten als musterhaft gerühmt wird. Es ist durchaus keine Prahlerei, wenn der Inspektor dem interessierten Besucher, den er zuvorkommend in dem weitläufigen Gebäude herumführt, mit Selbstgefühl anvertraut, daß sie vorbildlich für mehrere ähnliche Barmherzigkeitsasyle in den umliegenden Bezirken geworden sei. Ja, überall im Lande gibt es Bruder- und Schwesteranstalten, die in keinem Punkte wesentlich zurückstehen, sondern Zug für Zug den gemeinsamen Ursprung zu erkennen geben — bis zu dem Namenszug seiner Majestät als einem Vertrauen einflößenden Siegel über der Eingangstür.

Sonderbarerweise scheinen die armen Leute des Bezirks durchaus nicht dankbar für diesen Palast zu sein, mit dem man doch so großzügig ihre alten Tage bedacht hat. Es ist sogar kaum zuviel gesagt, daß schon die bloße Erwähnung desselben imstande ist, den stärksten Scheunendrescher vor Schreck erbleichen zu lassen.

Auch Stine Bödkers hatte kein rechtes Verständnis für das sinnreiche Ventilierungssystem und das schöne architektonische Linienwerk der Anstalt, und als man sie an jenem Nachmittag abholen wollte und der einspännige Leiterwagen, der dazu bestimmt war, den Umzug vorzunehmen, vor ihrer Tür hielt, war sie auf keine Weise zum Mitkommen zu bewegen; und als man Gewalt anwenden wollte, setzte sie sich mit solcher Leidenschaft zur Wehr, daß ihre Schreie die Leute des Dorfes von allen Seiten herbeiriefen.

Es entstand ein furchtbarer Auflauf. Die halbe Gasse stand schließlich voll von allen möglichen Gaffern, und durch Zurufe, Gelächter, Hundegebell und Jubelgeschrei der eben entlassenen Schuljugend hörte man Stine in ihrer Stube schimpfen, fluchen und schreien, wie es nur eine betrunkene und ganz verrückte Bettel fertig bringt.

Eine gebrechliche Banktruhe, eine wurmstichige Kiste und allerlei alter Plunder — ihre gesammelte Habe — hatte man ihr mit Mühe entwunden und zu den Fenstern hinauspraktiziert. Von draußen konnte man deutlich sehen, wie sie mit drohenden Gebärden in dem engen Raum hin- und herschritt.

Es war übrigens in der letzten Zeit nichts Ungewöhnliches für die Dorfleute gewesen, Stine in solcher Erregung zu sehen. Sie war früher eine tüchtige und strebsame Frau gewesen, die nach dem Tode ihres Mannes sich selbst und viele Kinder ernährt hatte, durch redliche Arbeit auf den Rüben- und Kartoffelfeldern und überhaupt überall, wo man Verwendung für einen breiten Rücken und ein paar flinke Hände hatte. Nachdem sie aber im vergangenen Herbst ihre Hand in einer Dreschmaschine gequetscht hatte, war sie im verzweifelten Kampfe ums Dasein immer häufiger zu dem großen Tröster der armen Leute geflüchtet, dem barmherzigen Branntwein. Von dem Augenblick, wo sie eingesehen hatte, daß ihr Widerstand vergeblich war und das Arbeitshaus früher oder später ihr letztes Asyl sein würde, ließ sie alle Zügel fahren, und jetzt lief sie da drinnen durchs Zimmer wie ein wildes Tier, schrecklich zugerichtet mit der vom halbkahlen Scheitel nach hinten gerutschten Haube und dem dreckbeschmierten Gesicht.

Ein Haufen lärmender Männer und Burschen, der sich in der Tür gesammelt hatte, suchte ihr auf gemütliche Weise zuzureden. Wenn sich aber einer von ihnen näherte oder nur die Hand nach ihr ausstreckte, krümmte sie sich jedesmal vor Wut und stampfte auf den Boden. Dann und wann ging sie zum Fenster hin und spuckte nach den Jungen aus, die zu schreien anfingen — und dann wollte das Geschrei kein Ende nehmen.

Endlich kam der Dorfschulze, nach dem man geschickt hatte.

Er kam direkt von der Dreschtenne — erregt und warm — Spreu hing ihm noch im Haar und in seinen grauen neuen Frieshosen.

Eilig drängte er sich durch den Schwarm und trat in die Stube. Er blieb mitten im Zimmer breitbeinig stehen, die gespreizten Hände in die Hüften gestemmt.

Als es Stine klar wurde, wen sie vor sich hatte, wurde sie mit einem Male still. Langsam und mit einem verstohlenen Blick zog sie sich bis in den innersten Winkel der Stube zurück und nahm eine Verteidigungsstellung ein.

Der Dorfschulze folgte ihr, mit schweren, furchterregenden Holzschuhtritten.

„Du willst doch nicht die Hand an den Schulzen legen, Stine!" sagte er und lächelte in dem angenehmen Gefühl seiner Macht.

Draußen und drinnen war es jetzt vollkommen still. Stine war in die Knie gesunken. Abwehrend hielt sie die schmutzigschwarzen mageren und zitternden Hände vor sich. Und der Unterkiefer bewegte sich auf und nieder, als wollte sie sprechen. Aber kein Laut kam heraus. Nur die Augen — klein, schwarz, verängstigt, unter der fleckigen Stirn — wie sie flehten! Es war ein jammervoller Anblick.

Der Dorfschulze trat noch einen Schritt näher, um sie zu greifen. Im selben Augenblick klang es mit rauher Stimme aus der Menge: „O, laß sie in Ruh'!" Und gleich darauf mit drei bis vier verschiedenen Stimmen derselbe Zuruf:

„Laß sie doch in Ruh'!"

Der Dorfschulze drehte sich nicht um. Er hatte wahrscheinlich die Stimme des langen Schmieds Zacharias erkannt. Plötzlich in einem Nu hatte er mit Hilfe einiger danebenstehender Burschen Stines Hände und Füße gebunden, und darauf wurde sie von vier Mann unter dem neu ausbrechenden Geschrei der Schuljugend zur Tür hinausgetragen.

Es gibt kein Maß dafür, wie sie schrie. Es war ein Schrei, der bis ans Ende der Welt und ganz bis in die Reiche des Himmels dringen zu müssen schien. In der Tür zerriß das Band an ihren Füßen, und sie fing an, wütend um sich zu treten. Da entstand ein Gelächter unter den jungen herumstehenden Burschen. In aller Eile aber hatte sie der Dorfschulze in das Wagenstroh geworfen, ein paar Männer sprangen auf, der Kutscher hieb aufs Pferd ein ... der Wagen rumpelte davon.

Dann war es vorbei, und die Leute entfernten sich ruhig.

Der Schulze und der lange Schmied Zacharias wechselten im Vorbeigehen einen Blick. Darauf ging jeder seiner Wege nach Haus.

Kurz darauf kam der Probst in seinem neuen Landauer durchs Dorf gefahren.

Wahrscheinlich hatte er das Gefühl von etwas Ungewöhnlichem, denn als er an den Teich kam, wo noch die Schuljugend versammelt war, ließ er den Wagen halten und fragte, was denn losgewesen sei.

Und wie aus einem Munde, mit den Mützen in der Hand, antworteten die Kleinen in ihrer Unschuld:

„Es ist nur Stine Bödkers, die in den Kasten gekommen ist!"

(Berechtigte Uebersetzung von Heinrich Goebel.)

Stoßgebet des antiklerikalen Volksparteilers

„Lieber Gott, gib mir den Bürgerblock, — aber wenn du es gut mit mir meinst, laß ihn nicht kommen!"

Canberra, die neue Hauptstadt Australiens

Von Rudolf Nutt.

Die 1901 in Kraft getretene australische Verfassung bestimmte, daß eine neue Landeshauptstadt geschaffen werden sollte, die weder Melbourne noch Sydney sein durfte, aber innerhalb des volkreichsten Staates Neu-Südwales und nicht weniger als hundert Meilen von Sydney entfernt liegen sollte. Man kann sich denken, daß das gestellte Preisrätsel viele Lösungen fand. Da in der Bestimmung nicht die geringste Andeutung darüber enthalten war, daß der zu wählende Ort bereits eine größere Stadt sein mußte, erfaßte die kleinste Ansiedlung der Ehrgeiz, Hauptstadt Australiens zu werden. Die Vorschläge waren so zahlreich, daß nach einer strengen Auswahl durch die Parlamentskommission immer noch vierzig Plätze übrig blieben. Unter diesen vierzig wurden dann endgültig nach vielen hitzigen Wortgefechten sechs ausgewählt, über die das Parlament die letzte Entscheidung treffen sollte. Die Wahl, aus sechs Plätzen einen herauszusuchen, war noch schwieriger als aus vierzig sechs herauszufischen. Aber schließlich raffte sich das Parlament zu einer heroischen Anstrengung auf und bestimmte als neue Hauptstadt das kleine Nest Tumut. Aber der Wille des einen Hauses ist nicht immer der des anderen. Der Senat war eigenwillig und wählte seinerseits Bombala. Die Folge war natürlich, daß zwischen den beiden Städten ein gewaltiger Streit entbrannte, so daß einem neuen Parlament, um die lodernden Eifersuchtsflammen beider zu löschen, nichts anderes übrig blieb, als beiden die Hoffnung zu entziehen und einen neuen Ort zu bestimmen. Man dachte sich sicher: wenn schon, denn schon! Und so wählte man einen mit ein paar Wellblechbaracken besiedelten Ort mitten im australischen Busch, weit ab von jedem Verkehr, ohne Eisenbahnverbindung. Bald wird jedes Schulkind den Namen lernen müssen: Canberra.

So heißt die neue Hauptstadt der australischen Staatengemeinschaft. Der Staat besitzt in jener Gegend 900 Quadratmeilen Land. Zwölf Quadratmeilen sollen davon für die neue Stadt vorläufig zur Verfügung gestellt werden. Der Ort ist heut nur durch Flugzeug oder Auto zu erreichen. Von Sydney ab fährt man mit einer kleinen Zweiglinie an der Südküste von Neu-Südwales entlang nach Bombala. Von dort hat man noch vierzig Meilen und muß sehen, wie man weiterkommt. Seitdem 1920 mit der Aufbauarbeit begonnen wurde, ist die Einwohnerzahl Canberras auf 5000 gestiegen, von denen aber über die Hälfte an den Bauten beschäftigte Arbeiter sind. Bereits zu Anfang des nächsten Jahres werden sämtliche Regierungsstellen und das Parlament von Melbourne nach Canberra übersiedeln. Das Parlamentsgebäude steht bereits. Es hat nur 10 Millionen Mark gekostet, weil es nur ein auf siebzig Jahre berechnetes Provisorium ist. Das schließlich auf Capitol Hill zu errichtende neue Parlament soll ein Wunderwerk an Pracht und Schönheit werden, ein babylonischer Turm, der die von ihm fächerförmig ausstrahlende Stadt mit seiner gewaltigen Masse beherrscht. Denn alle anderen Gebäude in Canberra außer den Staatsgebäuden werden nicht über zwei Stockwerke hinausgehen. Nicht in Wolkenkratzern soll der Reichtum des aufblühenden Landes zum Ausdruck kommen, sondern in gesunden, geräumigen Wohnhäusern, die von Licht und Luft umflossen sind, in herrlichen Parks und Anlagen. Canberra wird in erster Linie eine nach weitausschauenden Plänen angelegte Gartenstadt sein, die dazu in einem herrlichen Klima liegt. Vorerst wird sie fast ausschließlich von Beamten besiedelt sein und aus diesem Grunde wäre sie beinahe überhaupt nicht besiedelt worden.

Wie!, riefen die Frauen der Regierungsbeamten aus, wir sollen unser schönes Melbourne verlassen, wo wir unsere Theater, unsere Läden, unsere Freundinnen haben und in den Busch ziehen, wo noch vor einigen Jahren die Kängerubs herumsprangen! Der Widerstand war sehr heftig und die Regierung hatte die größte Mühe, ihn zu überwinden. Sie bietet allen Australiern, die in die neue Hauptstadt ziehen, die größten Vorteile. Das Land für Haus und Garten wird ihnen zu einem Spottpreis zur Verfügung gestellt und sie brauchen nicht die Kaufsumme sondern nur eine fünfprozentige Verzinsung derselben zu bezahlen. Um aber die Spekulation zu unterbinden, muß binnen zwei Jahren auf dem gekauften Stück Land ein Haus errichtet werden. Bei steigendem Bodenwert findet alle zehn Jahre eine Neueinschätzung statt. Es sind etwa 20 Häusertypen vorgesehen. Vom Wohnhause mit dem modernsten Luxus bis zum sogenannten Cottage von vier Räumen. Um den Beamten weiter entgegenzukommen, werden auf Staatskosten große Sportplätze angelegt, ein Theater und mehrere Kinos erbaut, auch, da eine Eisenbahnlinie noch nicht existiert, eine Flugzeugverbindung nach Melbourne und Sydney geschaffen.

Am 26. Januar wird diese neue Hauptstadt Australiens ihr junges Leben beginnen und in zehn Jahren bereits werden sicher australische Schulkinder auf die Frage: Welches ist die schönste, gesündeste und billigste Stadt der Welt? mit Begeisterung antworten: Canberra. Und niemand wird sich mehr um Tumut und Bombala kümmern.

Das Herz der Pflanzen.

Zum Tode des indischen Gelehrten Jagadis Bose.

Dieser Tage starb der große indische Gelehrte Jagadis Bose.

Die wissenschaftliche Welt wurde von dem plötzlichen Tode des eigenartigen indischen Gelehrten Sir Jagadis Chun der Bose überrascht, der mitten aus seiner bedeutungsvollen wissenschaftlichen Arbeit herausgerissen wurde. Noch erwartete man von diesem seltsamen Forscher neue und ungeahnte Erkenntnisse über den Nervenmechanismus der Pflanzen, die wohl heute schon buchmäßig vorliegen, aber noch nicht als abgeschlossen von Jagadis Bose betrachtet wurden. Doppelt schmerzlich der plötzliche Tod des 69jährigen indischen Gelehrten, der seine westeuropäische Bildung niemals verleugnen konnte, so wenig, wie seine tief im indischen Volkstum wurzelnde Seele.

Was den indischen Gelehrten, der in Kalkutta das Bose-Forschungsinstitut leitete, in der wissenschaftlichen Welt und unter den gebildeten Laien so berühmt machte, waren seine aufsehenerregenden Untersuchungen über das „Herz der Pflanze". Wenn Bose das Herz der Pflanze entdeckte und durch ganz besonders fein hergestellte Apparate experimentell nachweisen konnte, so dürfen wir das Wort „Herz" nicht begrifflich so genau aus der Biologie übernehmen, so wenig die Pflanzen auch menschenähnliche Nerven besitzen, um nun Parallelen zwischen menschlichem und pflanzlichem Herz zu ziehen. Daß aber ein innerer Organismus in der Pflanze vorhanden sein muß, der die Säfte aus den Wurzeln bis hinauf in die höchste Spitze und in die feinsten Verästelungen führt, ergibt sich aus der Beobachtung des pflanzlichen Lebens. Jagadis Bose weist nun nach, daß jede Pflanze ein schlauchartiges Organ von unten bis oben besitzt, das die Pflanze mit Nahrung versorgt, denn nur durch das Hinaufpumpen der Säfte ist das pflanzliche Leben möglich. Auf kleinsten und feinsten Registrierapparaten ist sogar der Herzschlag der Pflanzen festzustellen und darüber hinaus jede Veränderung im Leben der Pflanze.

Außer diesen hochbedeutsamen wissenschaftlichen Feststellungen untersuchte Jagadis Bose auch das sogenannte Nervensystem der Pflanzen. Auch hier darf man nicht unsere Vorstellung von menschlichen Nerven als organische Träger aller Empfindungen auf die Pflanze übertragen, denn Bose stellt keineswegs die Behauptung auf, daß die pflanzlichen Nerven Empfindungsträger seien. Was er untersucht und auch behauptet, ist nur der Versuch, den Mechanismus der Reaktionen und Bewegungen festzustellen und darzulegen, daß funktionell kein Unterschied zwischen den menschlichen und pflanzlichen Nerven besteht. Mit seinen selbsterfundenen Apparaten, die allein schon außerordentliche Bedeutung in der wissenschaftlich-physikalischen Welt besitzen, stellt Bose fest, daß die pflanzlichen Nerven genau so auf Reize reagieren, wie die Nerven der Menschen und ebenso reizaufnehmend sind. Wer schon einmal Pflanzen beobachtete und die Reizwirkungen studierte, muß die Tatsache existierender Pflanzennerven bejahen. Die Existenz pflanzlicher Nerven kann nicht allein deshalb verneint werden, weil die pflanzliche Nervenstruktur andersartig ist als bei den Menschen. Die wissenschaftlichen Kritiker des indischen Gelehrten Bose weisen auf die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen hin, weil nicht allein aus der Funktion das Vorhandensein von Nerven geschlossen werden darf, sondern auch eine vorhandene biologische Struktur nachweisbar sein muß für die Existenz von pflanzlichen Nerven.

Leider hat der zu schnelle Tod dem indischen Gelehrten die Möglichkeit genommen, selbst auf die Einwendungen seiner wissenschaftlichen Gegner einzugehen. Daß mit dem Tode Jagadis Boses einer der eigenartigsten und originellsten Forscher verloren ging und mit seinem Tode noch viele ungelöste Probleme begraben wurden, wird allein schon aus der knappen und umrißhaften Schilderung ersichtlich sein.

Mit Jagadies Bose starb ein tiefer Erforscher des pflanzlichen Innenlebens und ein wunderbarer Beobachter des pflanzlichen Lebens.

S. F.

Das Geheimnis der römischen Weinfässer. Ueberall, wo an alten Römerstätten Ausgrabungen veranstaltet wurden, hat man die dickbauchigen, unten spitzen und mit Henkeln versehenen Tongefäße gefunden, die bei den Römern das Weinfaß ersetzten. Diese Amphoren haben gewöhnlich eine Höhe von 70 bis 100 Zentimeter und fassen gegen 60 Liter Flüssigkeit. Sie wurden zum Transport und zur Aufbewahrung von Wein, Oel und anderen Flüssigkeiten benutzt. Die Henkel zeigen die Stempel der Fabrikanten der Gefäße oder der Weinhändler, während die Namen der Besitzer häufig auf den Bauch der Amphore eingekratzt sind. Nun sind die Wände dieser antiken Weinfässer recht dick, aber dabei sehr porös, und man hat sich daher den Kopf zerbrochen, wie der Wein in diesen durchlässigen Gefäßen auf lange Strecken befördert werden konnte. Andererseits ist es sicher, daß Wein in solchen „Fässern" über See gebracht wurde. Sind doch ganze Scherbenberge aufgedeckt worden, die Ueberreste der aus Spanien und Nordfrankreich nach Rom gebrachten Weingefäße enthielten. Jetzt ist man dem Geheimnis der römischen Weinfässer, wie C. Blümlein in der „Umschau" mitteilt, auf die Spur gekommen. In einem Schutzhügel der alten Römersiedlung Vindonissa in der Schweiz, dem heutigen Windisch, wurden zahlreiche Amphorenstücke gefunden, die auf der Innenseite mit einer sehr festhaftenden Harzmasse bestrichen sind. Daraus ergibt sich also, daß die antiken Fässer, wenn sie zur Beförderung von Wein oder anderen Flüssigkeiten verwendet wurden, vorher mit heißem Harz ausgegossen und dadurch undurchlässig gemacht wurden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. 9., 10., 11., 12., 13. Abt.: Am Donnerstag, 27. Januar, beteiligen sich sämtliche Genossinnen und Genossen an einer Besichtigung des Kaufhauswarenhauses in Charlottenburg. Treffpunkt: Rosinenstr. 4 in Charlottenburg, nachmittags 3 Uhr auf dem Hof. Die Frauen werden besonders gebeten, zu erscheinen und evtl. Sympathisierende mitzubringen.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Sonnabend, 29. Januar, 6 Uhr, bei Burg, Prenzlauer Allee 189, Sitzung der Zeitungskommission. Sämtliche Abteilungen müssen unbedingt vertreten sein.

6. Kreis Kreuzberg. Obleute der sozialdemokratischen Elternbeiräte: Werbematerial kann sofort vom Genossen Cieski, Blücherstr. 33, Quergeb. III, abgeholt werden.

17. Kreis Lichtenberg. Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, 27. Januar, 7½ Uhr, im Rathaus Möllendorfstr. 6 zweiter Abend des Kursus: „Organisation der öffentlichen Fürsorge". Referent Genosse Reik.

Heute, Mittwoch, 26. Januar:

8. Abt. 7 Uhr Zahlabend und Diskussionsabend beim Genossen Faber, Stephanstr. 11.

10. Abt. 7½ Uhr in der Schule Alt-Moabit 29 Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Abteilungsleitung. Wahl der Delegierten zum Kreiswertretertag.

14. Abt. 7½ Uhr in der Schule Putbusser Str. 3 Abteilungsversammlung. Vortrag: „Die Kulturaufgaben der Sozialdemokratie". Referent Pastor Francke. Neuwahl der Abteilungsleitung. Wahl der Delegierten zum Kreiswertretertag. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich.

64. Abt. Die Kinderfreundegruppe tanzt heute ausnahmsweise von 5—7 Uhr in den Comeniussälen, Wemeser Str. 67.

38. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Schmidt, Fruchtstr. 36a. Tagesordnung: Wahl des Abteilungsvorstandes. Vortrag: „Religion und Sozialismus". Referent Genosse Reik. Achtung, Genossen! Bringt alle noch lagernden Meldungen für die weltliche Schule mit. Kein Mitglied darf fehlen. Mitgliedsbuch weist aus.

40. Abt. 7½ Uhr bei Wallentin, Görlitzer Str. 72, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Kulturaufgaben der Sozialdemokratie". Referent Stadtverordneter Hans Wamnod. Erscheinen eines jeden Genossen einer jeden Genossin ist wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingt erforderlich.

81. Abt. Friedenau. 8 Uhr im Gesellschaftszimmer des Rathauses Am Lauterplatz Jahreshauptversammlung. Neuwahl des Vorstandes. Stellungnahme zum Kreiswertretertag. Wahl der Delegierten. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

111. Abt. Bohnsdorf. 8 Uhr Zahlabend bei Heimann, Waltersdorfer Straße.

128./130. Abt. Pankow. Die Mitgliederversammlung im Türkischen Zelt, Breite Str. 14, muß umständehalber ausfallen.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. Die parteigenössischen Beamten treffen sich eine halbe Stunde vor Beginn der Generalversammlung im Schützenhaus, kleiner Saal, zu einer kurzen, aber wichtigen Besprechung. Das Erscheinen sämtlicher Beamten ist Pflicht.

Morgen, Donnerstag, 27. Januar:

92. Abt. Neukölln. 7½ Uhr in den Passage-Festsälen, Bergstraße, Abteilungsmitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen. Geschäftsbericht, Kassenbericht, Aussprache, Neuwahl der Abteilungsleitung, Verschiedenes. Vorträge der Genossen Höhne und Weinert. Thema: Besonders aktuelle Fragen. Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen.

108. Abt. Köpenick. 7½ Uhr im Stadttheater Am Wilhelmplatz Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage". Referent Dr. Karl Mierendorff. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

•

91. Abt. Neukölln. Das Winterfest der Abteilung am Sonnabend, 29. Januar, 8 Uhr, findet im Lokal Bergschlosshöhe, Karlsgartenstr. 6/11, statt. Karten sind noch erhältlich.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, 27. Januar:

6. Kreis Kreuzberg. 8 Uhr bei Wolff, Gräfestr. 36, Sitzung sämtlicher Funktionärinnen, der Abteilungs- und Jugendvertreter usw., der Arbeiterwohlfahrt. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

5. Abt. 7½ Uhr bei Krotewind, Linienstr. 22, Vortrag: „Heimkultur". Referentin Herta Gotthelf.

68. Abt. Halensee. 8 Uhr bei Sandmann, Westfälische Str. 42, Vortrag des Genossen Robert Breuer, Neuwahl.

86. Abt. Schöneberg. 7½ Uhr bei Görlich, Bozen- Ecke Aubenstraße, Vortrag: „Gesetzgebung und Fraueninteressen". Referentin Gertrud Hanna, M. d. L.

141. Abt. Rosenthal und Niederschönhausen-West. 7½ Uhr im Lokal Ebbmeyer, Hauptstraße, Vortrag: „Hygiene des täglichen Lebens". Referentin Dr. Käthe Frankenthal. Gäste herzlichst willkommen.

Jungsozialisten.

Gruppe Pankow: Heute, Mittwoch, 26. Januar, pünktlich 8 Uhr, im Städtischen Jugendheim Görschstr. 15, Zimmer 2, Vortrag: „Die Entwicklung der Gewerkschaften". Referent Georg Heinrich. Parteigenossen sind willkommen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

85. Abt. Neukölln. 60. Bezirk: Unser Genosse August Mo k, Ziethenstr. 30, ist plötzlich verstorben. Einäscherung am Donnerstag, 27. Januar, nachmittags 5½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung ersucht der Vorstand.

104. Abt. Niederschönweide. Unser Genosse Oskar Ro ck ist verstorben. Einäscherung heute, Mittwoch 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

114. Abt. Lichtenberg. Unser Genosse Karl Re schke, Krossener Str. 27, ist nach kurzer Krankheit verstorben. Einäscherung am Donnerstag, 27. Januar, abends 6½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

133. Abt. Buckholz. Am Donnerstag, 20. Januar, verstarb plötzlich unsere Genossin Albertine Ni ke l im Alter von 64 Jahren. Einäscherung heute, Mittwoch, 26. Januar nachmittags 4 Uhr. Um rege Beteiligung wird gebeten.

In allen unseren Warenhäusern beginnen am 31. Januar unsere

WEISSE WOCHEN

Wir führten die „WEISSE WOCHE" in Deutschland ein.

Unsere „WEISSE WOCHEN" waren und sind eine Sehenswürdigkeit, eine Gelegenheit, gute Waren zu billigsten Preisen zu erstehen.

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnenstr.
Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Strasse • Grosse Frankfurter Str. • Chausseestr.